Heute auf Seite 3 zu den Landtagswahlen: „Wird jetzt geholzt?"

Das Ostpreußenblatt

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Jahrgang 26 — Folge 9 | 2 Hamburg 13, Parkallee 84 / 1. März 1975 | C 5524 C

Warschau verweigert jedwede Entschädigung

Vertriebene sollen für erfolgte Enteignung leer ausgehen

Warschau (hvp) — Nachdem Warschau es monatelang vermieden hat, zu den Forderungen der deutschen Ostvertriebenen auf Entschädigung für ihr in der Zeit der Flucht und Austreibung aus der Heimat von Polen beschlagnahmtes und enteignetes Eigentum Stellung zu nehmen, liegt nun der erste Versuch von polnischer Seite vor, eine „Begründung" für die Ablehnung aller Restitutions- bzw. Entschädigungsforderungen zu liefern, die von deutscher Seite angekündigt bzw. oder erhoben worden sind.

Die diesbezügliche polnische „Gegenargumentation" wurde von dem hauptamtlich mit der Frage der polnischen Reparationsansprüche beauftragten Spitzenfunktionär C. Pilichowski zusammengestellt und in der Warschauer Monatsschrift für internationale Fragen „Sprawy Miedzynarodowe" veröffentlicht. In dem Artikel, der sich sonst mit den polnischen Reparationsansprüchen an Bonn befaßt, wird — im Abschnitt V — vorgebracht, daß „das Problem der Kriegsreparationen seitens der Bundesrepublik Deutschland für polnische Staatsbürger ... nicht mit den Ansprüchen verknüpft werden darf, welche von Vertriebenenverbänden und revisionistischen Organisationen aufgrund der Evakuierung von Deutschen und der deutschen Verluste an staatlichem und privatem Eigentum ... erhoben werden". Ein solche „Verknüpfung" sei sowohl mit Rücksicht auf das Potsdamer Abkommen von 1945 als auch in Anbetracht des Wortlauts des im Jahre 1970 abgeschlossenen Warschauer Vertrags unzulässig.

Dazu wurde von Pilichowski folgendes ausgeführt:

1. Es habe sich um den „verlassenen Besitz" derjenigen „Staatsbürger des Dritten Reiches" gehandelt, die entweder aufgrund von Anordnungen der Wehrmacht „zwangsevakuiert" oder die aufgrund des Potsdamer Abkommens „umgesiedelt" worden seien.

2. Gemäß dem Potsdamer Abkommen — Kapitel XIII — sei die polnische Regierung von den vier Besatzungsmächten „verpflichtet" worden, „die deutsche Bevölkerung aus dem gesamten polnischen Staatsgebiet, einschließlich der Gebiete ostwärts der Oder und der Lausitzer Neiße zu evakuieren, die aus der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands herausgenommen und der souveränen „Machtvollkommenheit des polnischen Staates unterstellt wurden". Dieser „Verpflichtung" sei Polen gemäß dem Plan des Alliierten Kontrollrats für Deutschland vom 26. November 1945 nachgekommen.

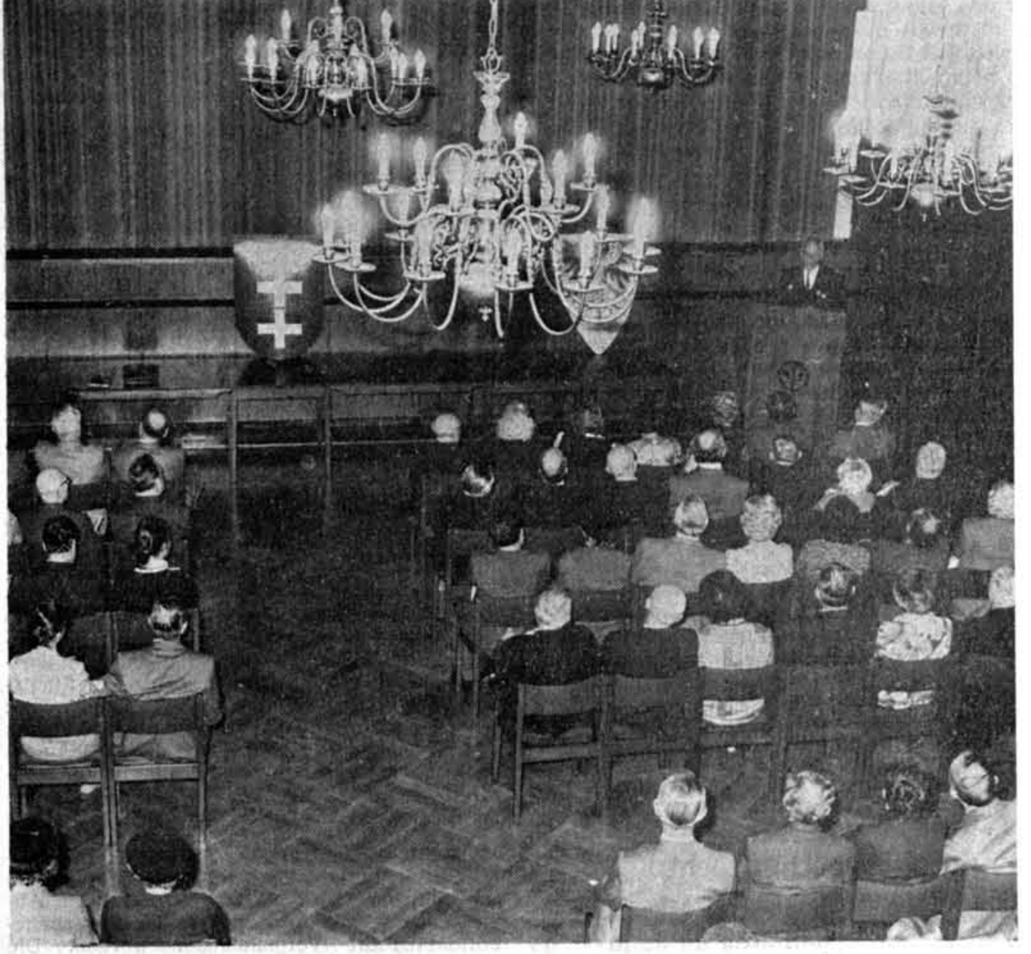
3. Die polnische Regierung habe die Deutschen aus polnischem Territorium entsprechend den Prinzipien des Völkerrechts und **aufgrund der legal erworbenen Souveränität über ehemaligen deutschen staatlichen und privaten Besitz in diesen Gebieten** evakuiert.

4. **Demgemäß habe „Polen durch Ausdehnung seiner Souveränität über die Gebiete ostwärts der Oder und Lausitzer Neiße, die Gebiete des früheren Dritten Reiches waren, das Recht erworben, das gesamte Eigentum des Dritten Reichs und seiner Staatsbürger zu verwalten".**

5. „Jedwede Anerkennung von Gegenansprüchen (gegenüber den polnischen Reparationsforderungen Warschaus), wie sie von revisionistischen und Vertriebenenorganisationen vorgetragen werden, würde die Prinzipien des (Warschauer) Vertrages vom 7. Dezember 1970 und insbesondere den Artikel 1, Punkt 3, dieses Vertrags ... verletzen." Dieser Punkt 3 hat den Wortlaut: „Sie (die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen) erklären, daß sie gegeneinander keinerlei Gebietsansprüche haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden."

Das polnische Vorbringen geht also dahin, daß im Widerspruch zum Wortlaut des Potsdamer Protokolls behauptet wird, die Bestimmungen betr. den „Transfer" der deutschen Bevölkerung hätten sich nicht nur auf das polnische Staatsgebiet, sondern auch auf die Oder-Neiße-Territorien erstreckt, die aber nur polnischer „Verwaltung" (Administration") unterstellt wurden. Gleichfalls in Verfälschung der historischen Wahrheit wird die unhaltbare These verfochten, Polen habe die volle „Souveränität" nicht nur über die Oder-Neiße-Gebiete als solche, sondern auch über das dort befindliche deutsche Eigentum „legal erworben".

Schließlich wird der Bundesregierung ohne jede völker- oder zivilrechtlich relevante Begründung vorgehalten, sie würde gegen „die Prinzipien" des Warschauer Vertrages verstoßen, wenn sie die Entschädigungsforderungen der Ostvertriebenen verträte. Schon aus dieser Formulierung Pilichowskis geht aber deutlich genug hervor, daß die polnische „Gegenargumentation" gegen die Wiedergutmachungsansprüche der Ostvertriebenen auf äußerst schwachen Füßen steht, zumal nicht einmal der Versuch gemacht wird, den Nachweis zu führen, daß derartige Entschädigungsforderungen mit „Gebietsansprüchen" im Sinne Art. 1, Punkt 3 des Warschauer Vertrags identisch seien.



Die Probleme der Ostpolitik behandelte Botschafter a. D. Horst Groepper, der u. a. als Missionschef die Bundesrepublik in Moskau vertreten hatte, am letzten Wochenende auf den 17. Angerburger Heimattagen in Rotenburg (Wümme). Tage zuvor hatte Groepper im Rahmen einer Veranstaltung der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft in Bremen (unser Foto) ein ebenso interessiertes Publikum wie in Rotenburg bei den Ostpreußen

Dem Ural näher als dem Rhein ...

Ost-Berlin verschärft jetzt die Abgrenzung zur Bundesrepublik

„Westlich von Elbe und Werra liegt eine Welt, die uns fremd ist. Uns sind die Probleme und das Leben zum Beispiel am Ural näher." So ist in der jüngsten Ost-Berliner Wochenzeitung „Volksarmee" zu lesen, so klingt es seit Beginn dieses Jahres wieder ununterbrochen aus den Radio- und Fernsehsendungen der „DDR". Es geht wieder um den Begriff einer deutschen Nation. Noch vor kurzem hatten sich die Ost-Berliner Spitzenpolitiker zur These von den zwei deutschen Staaten deutscher Nation bekannt, wie das auch heute noch Allgemeingut aller Parteien des Bundestages ist.

Offenbar unter dem Eindruck des in der Bundesrepublik wachsenden geschichtlichen Bewußtseins versucht sich die „DDR" stärker abzugrenzen. Zu den besten Sendezeiten abends ab 18 Uhr beschäftigen sich die Kommentatoren von „Radio DDR" und der „Stimme der DDR" mit der Frage des deutschen Geschichtsbildes und einer „Widerlegung des pragmatischen Nationsbegriffs". In der Bundesrepublik wolle man, so meinen die Kommentatoren, die revolutionären Bewegungen in der deutschen Geschichte verniedlichen und umfunktionieren, als sei es „den kämpfenden Massen nicht vor allem um einen Sturz, sondern nur um die Eingliederung in die bestehende Gesellschaftsordnung gegangen".

Attackiert werden mit besonderer Schärfe die Bemühungen des Braunschweiger Historikerkongresses mit seiner Forderung, die Geschichte wieder mehr als bisher zu berücksichtigen. Geschichte, so meint man in Ost-Berlin, sei für die Westdeutschen nur ein Mittel der Manipulierung. Eine nationale Einheit von Sozialismus und Imperialismus sei nicht möglich.

Parolen dieser Art verdienten keine besondere Aufmerksamkeit, wenn es in der Bundesrepublik genug Institutionen gäbe, die von wissenschaftlicher Warte aus die geistige Auseinandersetzung mit solchen östlichen Ideologien pflegten. Gerade in den letzten Jahren aber wurde der Bereich der Ostforschung stark beschnitten. Die Bundesregierung schränkte die Arbeit von Ostakademien ein, die Besucherzahlen bei Tagungen und Vorträgen aus der „DDR" nehmen sprunghaft ab, Zeitungen und Zeitschriften zur Ostkunde klagen über Abonnentenschwund. Die Massenmedien entziehen sich mehr und mehr ernsthafter Darstellung des Marxismus östlicher Prägung. Wer also widerspricht noch der These, daß ethnische Gemeinsamkeit für eine Nation nichts bedeute, daß es keine Einheitlichkeit der Kultur gebe?

H. W.

Erwartungen und Enttäuschungen

Bremens Bürgermeister Koschnick will Rückzugslinie aufbauen

„Mir selbst und vielen anderen mit mir wird es immer ein wenig rätselhaft bleiben, wo die tieferen Ursachen dafür liegen, daß insbesondere in der deutschen Bevölkerung die Ostpolitik mit Erwartungen begleitet wurde, die sie vernünftigerweise nicht erfüllen konnte." Dies erklärte der Bremer Senatspräsident und Bürgermeister Hans Koschnick in einem Vortrag in Bremerhaven, der zwar das Thema „Deutsche Ostpolitik im Verständnis der osteuropäischen Staaten" behandeln sollte, in Wirklichkeit aber dem Zwecke diente, den Nachweis zu führen, daß auch die sozialdemokratisch-liberale Koalition in Bonn von vornherein in Zweifel gewesen sei, ob die viel berufene „Öffnung nach Osten" auch wirklich positive Resultate zeitigen werde. Koschnick hatte es sich somit zur Aufgabe gesetzt, seine Zuhörer gegenüber dem Argument der Opposition zu wappnen, Bonn habe vermittels der Ostverträge einen ganzen Obstgarten für ein paar Äpfel weggegeben. So zitierte denn der sozialdemokratische Regierungschef des kleinsten Landes bzw. Stadtstaates der Bundesrepublik Deutschland, gewisse Äußerungen Willy Brandts aus jener Zeit ostpolitischer Hybris, mit denen er — gewissermaßen „für alle Fälle" und teils nur beiläufig angedeutet hat, die ganze Sache mit der „Normalisierungspolitik" könne eventuell auch schieflaufen.

Der eingangs zitierte Passus des Koschnick-Vortrags paßt insofern durchaus in den Duktus seiner Versuche hinein, die eigenen maßgeblichen Partei- und die Bonner Koalitionsfreunde gegenüber den Vorwürfen zu rechtfertigen, sie hätten beim Vollzug ihrer sogenannten „neuen Ostpolitik" allzu eil- und leichtfertig gehandelt. Jetzt — nachdem das weitgehende Scheitern der außenpolitischen Bemühungen Bonns in östlicher Richtung vor aller Augen steht, hält Koschnick plötzlich den einstigen Anhängern der Bundesregierung Brandt/Scheel vor, daß sie in „rätselhafter" Weise übermäßige Erwartungen ob des Erfolgs der „Entspannungspolitik" gehegt hätten.

Dabei war das ganz und gar nicht rätselhaft. Um das zu erkennen, braucht man sich nur daran zu erinnern, daß in zahlreichen regierungsamtlichen Erklärungen und unzähligen Kommentaren gewisser Massenmedien zwischen 1970 und 1973 vorgebracht wurde, Bonn habe in ostpolitischer Hinsicht den Stein der Weisen gefunden und hole nun das nach, was die vorangegangenen Bundesregierungen verabsäumt hätten. Mit solchen und ähnlichen Ausführungen wurde denn auch tatsächlich in weiten Kreisen der westdeutschen Bevölkerung eine euphorische Stimmung hervorgerufen, deren Strömung so stark wurde, daß sie Willy Brandt bei den letzten Bundestagswahlen erneut ins Palais Schaumburg trug. Es war das eines der wichtigsten Ergebnisse jener Popagandaflut, die sich über den Wähler ergoß und in der jene zu Alibi-Zwecken eingestreuten angeblichen oder tatsächlichen Zweifel an der eigenen Sache völlig untergingen.

Und noch ein weiterer Umstand war dafür maßgeblich, daß ein hoher Prozentsatz der damaligen Sympathisanten der SDP und F.D.P. allzu optimistische Erwartungen hinsichtlich der Resultate der Ostpolitik hegte: Gerade weil diese Politik hauptsächlich im Verzicht auf Rechtsansprüche in der Deutschen Frage und in der Anerkennung der „Realität" der deutschen Teilung bestand, sagten sich viele, angesichts des Ausmaßes der Vorleistungen und Zugeständnisse Bonns müsse sich ein eklatanter außenpolitischer Erfolg zwangsläufig auch im Osten einstellen. Nachdem es ganz anders gekommen ist, ist naturgemäß die Enttäuschung bei denen um so größer, welche nach 1969 den Sirenenklängen übereifriger Ostpolitiker gefolgt sind.

Peter Rutkowski



NEUES AUS BONN

Rotes Kreuz überfordert

Dr. Czaja: Regierung einschalten

Der Präsident des Bundes der Vertriebenen (BdV), der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Herbert Czaja, hat die Bundesregierung aufgefordert, wegen der ins Stocken geratenen Familienzusammenführung „unverzüglich und mit Nachdruck" bei der polnischen Führung in Warschau vorstellig zu werden. Dr. Czaja betonte letzten Freitag in Bonn, Polen habe die Regelung dieser humanitären Frage „in unverantwortlicher und gegen alle Vereinbarungen verstoßender Weise mit politischen Auflagen überfrachtet".

Die Rotkreuz-Gesellschaften beider Seiten, die bisher mit der Abwicklung der Familienzusammenführung betreut gewesen seien, sähen sich „einfach überfordert", Fortschritte zu erreichen. Die Bundesregierung in Bonn dürfe „keine Minute zögern, die polnische Führung auf die Nichteinhaltung gegebener Zusagen unmißverständlich hinzuweisen und Warschau vor den Folgen zu warnen, die sich aus diesem Verhalten für die deutsch-polnischen Beziehungen ergeben können".

Der BdV-Präsident unterstützte mit dieser Stellungnahme eine Forderung des DRK-Suchdienstreferenten und Experten für Fragen der Familienzusammenführungen, Kurt Böhme. Böhme hatte die Regierungen in Bonn und Warschau am Dienstag in einem Interview des Deutschlandfunks aufgefordert, angesichts der stockenden Familienzusammenführung tätig zu werden.

Endlich Menschenrechte zur Sprache bringen

Vertriebene appellieren an Jahn

Das Präsidium des Bundes der Vertriebenen (BdV) hat den deutschen Vertreter in der UNO-Menschenrechtskommission, Bundesjustizminister a. D. Gerhard Jahn MdB, telegrafisch gebeten, in der laufenden Generaldebatte in Genf eine am 14. Dezember 1973 in New York den UNO-Instanzen übergebene Petition zur Sprache zu bringen. Die Bittschrift ist von 140 000 Deutschen, darunter die ehemaligen Bundeskanzler Erhard und Kiesinger, unterzeichnet worden. In ihr wird auf das 12,5 Millionen deutschen Vertriebenen zugefügte und noch nicht beseitigte Unrecht sowie auf die „fortwährende Diskriminierung der in der Heimat zurückgebliebenen Deutschen" hingewiesen.

Das BdV-Präsidium erklärte in Bonn, es erwarte, daß Jahn unter Berufung auf die Pakte über bürgerliche und politische Rechte von 1966 und auf die in mehreren UNO-Beschlüssen bestätigten „allgemeinen Völkerrechtsregeln die Wiederherstellung der Rechte der Vertriebenen und die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, sowie in Wahrnehmung der Schutzpflicht für alle Deutschen die Beseitigung der in der Petition dargelegten Verstöße gegen die Menschenrechte dabei fordert".

Während seines Aufenthalts in Bonn hatte UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim in einer Unterredung mit BdV-Repräsentanten auf die Möglichkeit hingewiesen, daß die deutsche Delegation in der Menschenrechtskommission die Petition zur Sprache bringen könne.

Deutsche Nation:

Das einigende Band

Bemerkungen zur deutschen Staatsangehörigkeit

Die kürzlich erfolgte Paraphierung eines Konsularvertrages zwischen der Republik Österreich und der „DDR" hat die Frage nach Begriff und gegenwärtigem Inhalt der deutschen Staatsangehörigkeit neu aufgeworfen, die beim Abschluß des Grundvertrages noch umgangen, nämlich ausdrücklich ausgeklammert worden war. Sachverständige hatten bereits während der Auseinandersetzung um die Ostverträge darauf hingewiesen, daß nach deren Ratifikation schwer sein werde, den grundgesetzlich gebotenen Standpunkt vom Fortbestehen einer gesamtdeutschen Staatsangehörigkeit international durchzusetzen. Diese Warnungen beginnen sich jetzt zu bestätigen.

Die Staatsangehörigkeit ist das rechtliche Band des einzelnen zu seinem Staat. Jeder Staat pflegt das Rechts- und Schutzverhältnis der ihm zugehörigen Personen, eben seiner Staatsangehörigen, abzugrenzen gegenüber dem Verhältnis zu Ausländern und Staatenlosen. In einem Bundesstaat ist die Beziehung der Staatsangehörigen regelmäßig eine doppelte: eine Beziehung zum Zentralstaat und eine Beziehung zum Gliedstaat. Beide können unabhängig nebeneinander stehen; die eine kann aber auch die rechtliche Folge der anderen sein. In dieser Weise war denn auch die Staatsangehörigkeit im Deutschen Reich angelegt, bis die föderale Struktur der Weimarer Verfassung 1934 unter Hitler beseitigt wurde.

Das geltende Recht der deutschen Staatsangehörigkeit beruht in den Grundzügen auf dem Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. Juli 1913, das seither zwar zahlreiche Änderungen erfahren hat, aber bis heute nicht ersetzt worden ist. Ebenso wie 1945 die Besatzungsmächte sind später auch die Bundesrepublik Deutschland und die „DDR" übereinstimmend vom Fortbestehen einer einheitlichen deutschen Staatsangehörigkeit ausgegangen. Unser Grundgesetz setzt das weitergeltende Gesetz von 1913 voraus und ergänzt es. Die Verfassung der „DDR" vom 7. Oktober 1949 hatte sogar in ihren Eingangsartikel den Satz aufgenommen, daß es „nur eine deutsche Staatsangehörigkeit gibt".

Freilich sind im Laufe der Zeit sowohl in Westals auch in Mitteldeutschland nicht unerhebliche und durchaus unterschiedliche rechtliche Abwandlungen und Anpassungen im Staatsangehörigkeitsrecht vorgenommen worden. Die „DDR" hat schließlich im Februar 1967 ein eigenes Staatsbürgerschaftsgesetz erlassen. Aber auch durch diese Proklamierung einer Staatsbürgerschaft der „DDR" ist die darüber bestehende gesamtdeutsche Staatsangehörigkeit rechtlich nicht in Mitleidenschaft gezogen worden. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 31. Juli 1973 ausgesprochen: Im Grundgesetz ist auch die Auffassung vom gesamtdeutschen Staatsvolk verankert. Nur in diesem Sinne darf nach dem Spruch des Gerichts auch der Grundvertrag mit der „DDR" angewandt werden.

Wie ein am vorletzten Wochenende im „Neuen Deutschland", dem Zentralorgan der SED, ganzseitig erschienener Aufsatz zeigt, ist auch die „DDR" ihrerseits bemüht, theoretische Begründungen für eine fortbestehende Gemeinsamkeit zu finden. In diesem Artikel unterscheiden die Verfasser, die beiden „DDR"-Professoren Alfred Kosing und Walter Schmidt, zwar zwischen einer „Sozialistischen Deutschen Nation in der DDR" und einer „kapitalistischen Nation" in der Bundesrepublik. Sie kommen aber zu dem bemerkenswerten Schluß, daß die Bewohner der „DDR" ihrer Nationalität nach Deutsche sind — ebenso wie die Bürger der Bundesrepublik.

Man mag diese Konstruktion von zwei Nationen mit einer einheitlichen „Nationalität" als begrifflich abwegig oder mißglückt betrachten. Gerade angesichts der verstärkten Abgrenzungspolitik der „DDR" haben wir jedoch allen Grund, derartigen Bemühungen, auch fortbestehende Gemeinsamkeiten festzustellen, mit wohlwollender Aufmerksamkeit zu begegnen. Die Aufrechterhaltung einer einheitlichen deutschen Staatsangehörigkeit ist ja nicht nur wichtig für Bewohner der „DDR", die sich im Ausland an eine Botschaft der Bundesrepublik wenden wollen.

Auch die rechtliche Möglichkeit für die Bundesrepublik, sich für die noch in den Oder-Neiße-Gebieten lebenden deutschen Staatsangehörigen einzusetzen, knüpft rechtlich an deren fortbestehender deutscher Staatsangehörigkeit an. Wenn diese „vergessenen Deutschen" heute auf Grund des Warschauer Vertrages auch daneben die polnische Staatsangehörigkeit haben, so beruht ihr Anspruch auf die Obhut der Bundesrepublik doch auf dem fortbestehenden staatsrechtlichen Band zu Deutschland als Ganzem. Es ist unsere Pflicht auch diesen Menschen gegenüber, das einigende Band rechtlich nicht aufzulösen.

Vor allem aber ist die Aufrechterhaltung der einheitlichen deutschen Staatsangehörigkeit von grundlegender Bedeutung auch für das Offenhalten der deutschen Frage überhaupt und für das vom Grundgesetz gesteckte Ziel der Wiederherstellung der deutschen Gesamtstaates. Wie das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zum Grundvertrag unmißverständlich ausgesprochen hat, ist trotz aller Ostverträge an diesem Ziel festzuhalten. **Hans Günther Parplies**

Gehört · gelesen · notiert

Die Gewerkschaften wurden nicht ins Leben gerufen, um die Wirtschaft funktionieren zu lassen, sondern um den Apparat zu sabotieren.
Arnold Toynbee, britischer Historiker

Wir haben etwas Kurzarbeit und einige Arbeitslose.
Bundeskanzler Helmut Schmidt in der Süddeutschen Zeitung vom 15. 7. 1974

Eine Million Arbeitslose — nur im Extremfall.
Bundeskanzler Helmut Schmidt in der Neuen Ruhr-Zeitung vom 4. 11. 1974

Pure Not — wie man so sagt — wird es ganz sicher nicht geben, auch dort nicht, wo Arbeitslosigkeit hierzulande herrscht. Und dieses Problem werden wir wieder in den Griff bekommen, da bin ich ganz sicher.
Bundesarbeitsminister Walter Arendt in der Wirtschaftswoche vom November 1974

Wir haben nichts beschönigt. Aber der Herbstaufschwung, mit dem wir im vorigen Sommer noch gerechnet hatten, ist ausgeblieben — aus weltwirtschaftlichen Gründen.
Bundeswirtschaftsminister Hans Friedrichs in Bild vom 17. 1. 1975

Der Höhepunkt ist wahrscheinlich nah.
Regierungssprecher Grünewald zum Thema Arbeitslosigkeit am 7. 2. 1975

Gegen nationalistische Einseitigkeit

Zu den Schulbuch-Gesprächen: Warschau gegen Hupka

Vor „nationalistischer Einseitigkeit und kommunistischen Verdrehungen" bei der deutsch-polnischen Schulbuchkonferenz hat der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Herbert Hupka, Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen (BdV), gewarnt. Dr. Hupka sagte in Bonn, die bisher ausgearbeiteten 33 Empfehlungen zur Revision der Geschichtsbücher seien geeignet, Geschichtsklitterung „unter dem Deckmantel wissenschaftlicher Autorität in den Unterricht auch deutscher Schulen zu tragen". Der Vertriebenenpolitiker kritisierte scharf den Text einer jüngst verabschiedeten Empfehlung, in dem es heißt: „Die territorialen Veränderungen bei Ende des Zweiten Weltkrieges wurden mit umfangreichen Bevölkerungsverschiebungen verbunden. Sie zielten darauf ab, staatliche und ethnische Grenzen nach Möglichkeit in Übereinstimmung zu bringen." Vertreibung und Annexionspolitik als Praxis des polnischen Nationalismus und sowjetischen Kommunismus würden hier „bewußt unter den Teppich gekehrt". Das Ziel der Schulbuchkonferenz, zu einem Höchstmaß an Objektivität zu gelangen, sei somit „bereits in einem frühen Stadium aufgegeben worden". Dr. Hupka appellierte an die Kultusminister der Bundesländer, nicht zuzulassen, daß „Lügen in Verpackung von Empfehlungen einer deutsch-polnischen Schulbuchkonferenz in unsere Schulen einziehen". Wenn die polnischen Teilnehmer „unter dem Diktat der Warschauer Führung noch nicht in der Lage sind, ausschließlich nach geschichtswissenschaftlichen Kriterien" vorzugehen, sollte überlegt werden, ob eine weitere Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland „überhaupt sinnvoll und vertretbar ist".

Der polnische „Wissenschaftler" C. Pilichowski, regierungsamtlich damit beauftragt, immer neue „Argumente" zur Begründung der Reparationsforderungen Warschaus an die Bundesrepublik Deutschland zusammenzustellen, hat den Versuch gemacht, mit einer Reihe windiger Auslassungen den Nachweis zu führen, daß die deutschen Ostvertriebenen sowohl dem Potsdamer Abkommen von 1945 als auch dem Warschauer Vertrag von 1970 zuwiderhandelten, wenn sie vom polnischen Staate Entschädigung für das ihnen entwendete — nämlich beschlagnahmte und dann partiell verteilte — Eigentum verlangten, das sie in der Heimat — in Polen und den Oder-Neiße-Gebieten — zurücklassen haben. Dabei war es besonders bezeichnend, daß Pilichowski speziell gegen den Bundestagsabgeordneten der CDU, Dr. Herbert Hupka, polemisierte, der stellv. Vorsitzender des Bundes der Vertriebenen und Sprecher der Landsmannschaft Schlesien ist. Ihm wurde es zum besonderen Vorwurf gemacht, daß er die Restitutions- und Entschädigungsansprüche der heimatvertriebenen Ostdeutschen vertreten hat. Weiterer Anlaß zur Polemik war die Tatsache, daß MdB Dr. Hupka eben wegen seiner Ablehnung des Warschauer Vertrags über die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie die SPD-Fraktion verließ und sich der Opposition anschloß, wie er denn auch im Bundestag gegen die Annahme der Zustimmungsgesetze zu den Ostverträgen gestimmt hat. Das alles hat dazu geführt, daß die polnischen Massenmedien diesen aufrechten Mann mit einer Flut von Verleumdungen und Verunglimpfungen überschütteten, indem sie ihn — zumindest — beschuldigten, einer der prominentesten „Vertreter des Revanchismus" und „Gegner der Entspannung" zu sein.

Jetzt hat Warschau diese Polemik so weit getrieben, daß es die Beteiligung einer aus Wissenschaftlern, Politikern und Publizisten bestehenden polnischen Delegation an einer vom Bonner Institut für Auswärtige Politik und vom Warschauer Institut für internationale Angelegenheiten vorbereiteten Konferenz mit der Begründung absagte, eine Diskussion über westdeutsch-polnische Fragen erscheine von vornherein als wenig fruchtbringend, wenn Dr. Hupka daran teilnehme. Nach außen hin — der deutschen Öffentlichkeit gegenüber — soll Dr. Hupka damit als Gesprächspartner disqualifiziert werden, aber genau das Gegenteil wird erreicht werden; denn allzu deutlich tritt vor Augen, daß die polnische Seite sich scheut, mit Fragen auf Gebieten konfrontiert zu werden, auf denen Dr. Hupka einer der vornehmlichsten Experten ist, die es in Westdeutschland gibt. Ist es doch dieser Bundestagsabgeordnete gewesen, der immer wieder nachgewiesen hat, daß Warschau jener „Information" über die Familienzusammenführung zuwidergehandelt hat, die zur „Geschäftsgrundlage" für den Warschauer Vertrag gehört, wie er eben auch darauf hingewiesen hat, daß bei jeder Erörterung der Reparationsforderungen Warschaus davon auszugehen ist, daß sich Polen für im Zweiten Weltkrieg erlittene Unbill bereits durch die Vertreibung von Millionen Deutschen aus der Heimat und durch deren totale Enteignung schadlos gehalten hat. Man ist sich in Warschau nämlich dessen bewußt, daß man mit einer deutschen Delegation, der Dr. Hupka angehört, nicht dasselbe leichte Spiel hätte wie mit den westdeutschen Unterhändlern, die mit der Erstellung des Warschauer Vertrags über die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie befaßt waren. **Peter Rutkowski**

Bonn für Scheljepin „nicht zuständig"

Eine Strafverfolgung des sowjetischen Gewerkschaftschefs und ehemaligen Leiters des sowjetischen Staatssicherheitsdienstes Alexander Scheljepin anläßlich eines Besuches in der Bundesrepublik im Januar wäre nach Feststellung der Bundesregierung nicht in ihre Kompetenz, sondern in die der zuständigen Strafverfolgungsbehörden gefallen. Scheljepin, der einer Einladung des DGB-Vorsitzenden Vetter gefolgt war, wird u. a. Mord an Exilukrainern vorgeworfen.

Wie andere es sehen:





„Wir gingen damals davon aus, daß es sich um eine Halskette handeln würde ..."

Zeichnung aus „Die Welt"

Das Ostpreußenblatt

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Chefredakteur:
Hugo Wellems
Verantwortlich für den politischen Teil

Stellvertr. Chefredakteur:
Ruth Maria Wagner
Kultur, Unterhaltung, Frauenseite

Chef vom Dienst:
Hans-Ulrich Stamm
Geschichte, Landeskunde und Aktuelles

Soziales und LAG:
Horst Zander
Zugleich Jugend, Heimatkreise, Gruppen

Bonner Redaktion:
Clemens J. Neumann

Anzeigen und Vertrieb:
Heinz Passarge

Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der Landsmannschaft Ostpreußen – Bezugspreis Inland 4,80 DM monatl., Ausland 6,– DM monatl. Postscheckkonto für den Vertrieb Postscheckamt Hamburg 84 26 - 204 — Verlag, Redaktion, Anzeigenabteilung, 2 Hamburg 13, Parkallee 84 Postfach Nr. 8047, Telefon 0 40/45 25 41/42, Anrufbeantworter nach Dienstschluß 45 25 41 – Bankkonto Landesbank Hamburg BLZ 200 500 00, Konto-Nr 192 344 – Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet Rücksendung nur wenn Porto beiliegt Postscheckkonto für Anzeigen 90 700 - 207 Postscheckamt Hamburg

Druck Gerhard Rautenberg, 295 Leer Norderstraße 29/31, Ruf 04 91 / 42 88

Für Anzeigen gilt Preisliste Nr. 18


Kühn: sichtlich verärgert ...


... ob der Strauß-Erfolge: **überfüllte Nibelungenhalle in Passau**


... im Aufwärtstrend: **Köppler** Foto

Wird jetzt geholzt?

Der Auftakt zu den Landtagswahlen weckt Befürchtungen

Das war aber nun eine Blamage: das „Saustall"-Zitat, von Franz Josef Strauß in Passau gebraucht, hat prominente Politiker der SPD/FDP-Koalition auf die Palme gebracht oder, wie man zu sagen pflegt, zu „anhaltend heftigen Reaktionen" veranlaßt, die umso unverständlicher sind, solange die von Herbert Wehner gebrauchten Formulierungen, die fast einen eigenen, wenn auch mitunter wenig appetitlichen Zitatenschatz ausmachen, im Raume stehen. Da stehen denn als „Koseworte" für die Opposition: der Strolch neben dem Flegel und dem Lümmel und selbst der Schleimer. Die „Übelkrähe" und der „Hodentöter" sind Wehners sinnige Verdrehungen von Namen solcher Bundestagsabgeordneten der Unionsparteien, die ihm sauer aufgestoßen sind. Sie alle zusammen sind „Heuchler", bedienen die „Dreckschleuder", sind „einstudierte Pharisäer" und gar „Selbstbefriediger", sind Leute mit kaputten Schließmuskeln". So läßt sich das bei Herbert Wehner fortsetzen. Und ausgerechnet seine Partei gerät aus dem Häuschen ob des — nicht nur in Bayern — gebräuchlichen „Saustall" — der, und nun wird es drollig, noch nicht einmal bei Strauß patentiert werden kann. Denn der Generalsekretär der CSU, Tandler, konnte in München feststellen, Strauß habe „eine der äußerst seltenen richtigen Lagebeurteilungen durch Bundeskanzler Schmidt wort- und sinngetreu übernommen."

Bei Schmidt entlehnt

So stellt sich die Frage, wer denn den Begriff vom „Saustall" in die hohe Politik eingeführt hat. Gerold Tandler, den wir vorhin zitierten, bezog sich bei seiner Feststellung auf eine im Oktober vergangenen Jahres von der Illustrierten „Stern" veröffentlichte angebliche Äußerung Helmut Schmidts über die damalige Portugal-Reise des früheren Bundeskanzlers und heutigen SPD-Chefs Willy Brandt: „Der sollte besser zu Hause bleiben und den Saustall aufräumen."

Bereits in unserer letzten Ausgabe hatten wir vorausgesagt, daß die Regierungskoalition an diesem „Saustall" Klimmzüge machen werde und Heinz Kühn, stellvertretender Parteivorsitzender der SPD und Ministerpräsident jenes Bundeslandes, in dem im Mai die eigentliche Entscheidung fallen wird, hat auf der Parteikonferenz der Sozialdemokraten in Recklinghausen die Frage gestellt: „Wer ist die Sau im Haus?" Die Frage an die Bürger gestellt, wird sicherlich zu unterschiedlichsten Antworten führen. Da wir nun in diesem Jahre 5 Landtagswahlen haben, werden wir bald wissen, wo der Wähler „die Sau im Stall" sieht.

Doch uns scheint, daß der Streit um den „Saustall" letztlich durch die Sorgen ausgelöst ist, in denen sich die Koalition angesichts der anstehenden Landtagswahlen befindet, denen am 2. März die Wahl in der alten Reichshauptstadt Berlin vorangehen wird. Selbst unparteiische Beobachter der Berliner Bühne waren überrascht über die eindrucksvolle Kundgebung der Union und den unbestreitbaren Erfolg eben des Franz Josef Strauß in der geteilten Stadt; sie waren aber ebenso enttäuscht über die Wahlveranstaltung der Sozialdemokraten, die nicht einmal in der Lage waren, den Saal voll zu füllen.

Die Freien Demokraten in Berlin haben im Februar den Abgang prominenter Freunde hinnehmen müssen. An Biertischen wird die FDP bereits unter den 5 Prozent gehandelt. Für den „Bund Freies Deutschland" gibt es keine exakten Zahlen: „berechtigter Optimismus" heißt es bei der Zentrale dieser neuen Berlin-Partei, die, wenn sie erfolgreich ist, sicherlich nicht nur auf Berlin beschränkt bleiben kann. Doch die Entscheidung über die Bonner Koalition fällt nicht in Berlin, auch nicht in Rheinland-Pfalz, wo eine Woche später gewählt werden wird, sondern die Entscheidung wird in Nordrhein-Westfalen fallen. In diesem volkreichsten Land haben Konjunkturflaute, Teuerung und Arbeitslosigkeit einen besonders hohen Stellenwert und Ministerpräsident Kühn sieht denn auch für die Koalition eine echte Gefahr, wenn bis April keine Tendenzwende in der Konjunkturlage und auf dem Arbeitsmarkt eintreten sollte.

Folgt man den Meinungsforschern, so steht die Union knapp vor der absoluten Mehrheit. Eine Januar-Umfrage des Godesberger Infas-Instituts gibt der SPD 43 und den Freien Demokraten 6 Prozent der Stimmen. Nach diesen Ermittlungen soll die Union mit 48 Prozent in der Wählergunst stehen. Doch soll die Union von 49 auf 48 Punkte zurückgefallen sein. Sicherlich wird sich bis zum Mai noch manches ergeben, das nach der einen oder nach der anderen Seite zu Buche schlagen kann. Die Union jedoch wäre schlecht beraten, wenn sie glauben würde, den Sieg bereits in der Tasche zu haben.

Es wird in Nordrhein-Westfalen vielleicht um ein entscheidendes Mandat gehen und hier stellt sich die Frage, ob neben der Union eine weitere Partei oder gar eine Splittergruppe, deren Mitgliedern letztlich an der Ablösung der derzeitigen Regierung Kühn gelegen ist, vertretbar sein kann. Wie zu hören, will sich zum Beispiel die DSU unter dem Mülheimer Ratsherr Meyer an der Wahl beteiligen für den Fall, daß der BFD in Berlin über die 5 Prozent Hürde kommt. Selbst wenn das in Berlin der Fall sein sollte, scheint uns die eigene Liste von Splitterparteien neben der Union nicht vertretbar. Doch selbst der Parteigründer Meyer wird kaum damit rechnen können, die 5 Prozent zu erreichen. Politischer Ehrgeiz vor Vernunft — das sollte jedoch einfach unmöglich sein. Man sollte nicht glauben, die SPD werde fallen, sie müsse nur noch gestoßen werden. Die „Rheinische Post" sagte dieser Tage mit Recht, „die Union würde als innerpolitischer Gegner einem großen Irrtum unterliegen, wenn sie glauben sollte, die Wahlen des Jahres 1975 wären von ihr mit einer Art Selbstverständlichkeit zu gewinnen. Spätestens für die Entscheidung in Nordrhein-Westfalen am 4. Mai ist zumindest die Führung der SPD offensichtlich zum Kampf entschlossen."

Nun, Herr Kühn ist bereits seit geraumer Zeit in sein Wahlkampfkostüm geschlüpft und schon vor Wochen hat er davon gesprochen, daß die Bundesrepublik als Folge eines CDU-Wahlsieges unregierbar werden würde. Oppositionsführer Köppler hat sogleich auf die gegen seine Partei gerichteten Angriffe reagiert und der SPD vorgeworfen, die Angriffe gegen die parlamentarische Demokratie nunmehr zum offiziellen Bestandteil ihrer Politik gemacht und damit offenbart zu haben, daß ihr jedes Mittel zur Erhaltung der Macht recht sei. Zweifelsohne ist Kühn in Recklinghausen mehr als zu weit gegangen, als er den politischen Gegner, nämlich die Unionsparteien, mit Begriffen wie „Profitpartei der Angst und Verteufelung" und „Rattenfänger der Überlistung und Berauschung des Gewissens und Verstandes" belegte. Köppler hat zu diesen Angriffen Kühns erklärt, der Regierungschef habe die „Solidarität der Demokratie" verlassen. Es gehe ihm nur noch um die nackte Machterhaltung. Der SPD warf er vor, „sie glaubt, den Staat bereits okkupiert zu haben, und will ihn sich nicht mehr entreißen lassen."

Sicherlich weiß Kühn, daß es für ihn um das Überleben geht, und bei einer „Wachablösung", die er auch nicht ausschließt, will er keineswegs Oppositionsführer im Landtag werden, sondern die „Stafette an einen Jüngeren" übergeben. Noch ist es nicht so weit und Kühn versucht zu retten, was noch zu retten ist.

Kühn wird keineswegs allein um den Sieg ringen müssen, vielmehr kann er damit rechnen, daß der Parteivorsitzende Willy Brandt und — wenn er, was anzunehmen ist, seine Gesundheit wieder hergestellt ist — auch Bundeskanzler Helmut Schmidt zwischen Rhein und Ruhr auftreten und um Stimmen für die SPD werben werden. Ob solchen Aufgebotes segelt die FDP geradezu im Windschatten der Großen. Bei dem kleineren Koalitionspartner, der es auch in Nordrhein-Westfalen nach dem 4. Mai wieder der SPD ermöglichen will zu regieren, herrscht keineswegs Optimismus und es ist hinsichtlich des Wahlausganges auch kein Übermut zu verspüren. Zwar hat man den „großen alten Mann" Willi Weyer noch als gutes Pferd im Stall und man rechnet damit, daß der Sportbund-Präsident mit seinem liberalen Bekenntnis immer noch sein Publikum und seine Wähler hat, doch man weiß auch, daß in Düsseldorf Gerüchte umgehen, wonach das Berliner Beispiel Schule machen und vor der Wahl es auch in Nordrhein-Westfalen zu FDP-Austritten kommen könnte. Das aber könnte dort nun gar nicht in den Streifen passen.

Ob des massiven Einsatzes der Regierungsparteien, mit dem Ziel, die Wahl zu gewinnen, wird interessant sein zu sehen, wie sich der zu erwartende Einsatz von Franz Josef Strauß vor allem im Ruhrgebiet für die Union auswirken wird.

„In der Union steigen die Strauß-Aktien" und „Den Strauß kann man nicht in der Povinz verstecken", das sind nur zwei Überschriften aus den letzten Tagen. Sie zeigen an, wie das Interesse der Bundesbürger an Strauß außergewöhnlich angewachsen ist. „Niemand kommt im Augenblick öffentlich so gut an wie der von Chinas KP-Chef Mao Tsetung weltweit aufgewertete Bayer. In seine Versammlungen strömen die Leute, um zu hören, wie er mit der finanziellen und wirtschaftlichen Misere der Bundesrepublik abrechnet. Sie sehen in ihm die Kontrastfigur zum energischen, aber bisher kaum erfolgreichen Bundeskanzler Helmut Schmidt" heißt es in einer bedeutenden westdeutschen Tageszeitung und die „FAZ" schreibt: „Wo Strauß ist, ist die große Politik. Strauß ist keine Partei, er ist eine Bewegung. Was ist Strauß noch...?".

Nun, Strauß ist der Politiker innerhalb der Unionsparteien, von denen der Bundesbürger glaubt, daß er Bundeskanzler Schmidt gewachsen ist. Nach einer Meinungsumfrage jedenfalls rangiert Strauß mit 41 Prozent und großem Abstand vor Kohl (22 Prozent) und Stoltenberg (14 Prozent). Es soll aber auch nicht verschwiegen werden, daß innerhalb der Union gewisse Kreise ein Aufkommen von Strauß nicht unbedingt begrüßen würden. Man nennt in diesem Zusammenhang die Repräsentanten der Sozialausschüsse. Wenn dem so sein sollte, dann allerdings ist interessant, daß Strauß gerade bei den Arbeitern besonders ankommt und sich sein ständig steigendes Publikum gerade aus diesen Kreisen zusammensetzt.

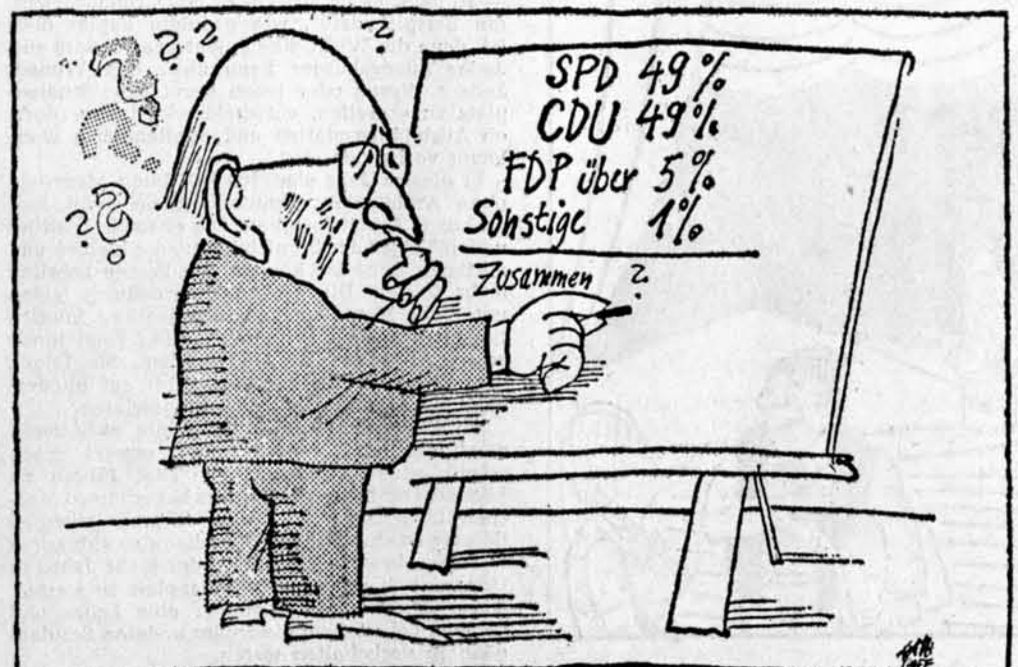
Im Schatten sozusagen der im Mai anstehenden Wahlen in Nordrhein-Westfalen segeln die Wahlen im Rebenland zwischen Rhein und Mosel, wo die Bürger bereits am 9. März an die Wahlurne gehen. In diesem Bundesland ergibt sich die Ungereimtheit, daß sich die Freien Demokraten bereiterklärten, mit der CDU eine Koalition einzugehen — mit der gleichen Partei, die der FDP-Wirtschaftsminister Friderichs als in Bonn nicht regierungsfähig bezeichnete. Ministerpräsident Kohl, der gerade in der letzten Woche in der ZDF-Mittwoch-Sendung eine gute Figur machte, hat denn auch Herrn Friderichs (der übrigens seine ersten Sporen in Mainz als Staatssekretär verdiente) empfohlen, er solle sich weniger Gedanken über die Regierungsfähigkeit der Union, sondern solche darüber machen, wie sich seine Partei, die FDP, aus der „babylonischen Gefangenschaft" der SPD befreien könne, weil sie sonst Gefahr laufe, als „Lockpartei" zum „Wurmfortsatz" der SPD zu werden. Hier zeigt sich, daß die CDU in Rheinland-Pfalz das Angebot der FDP nur taktisch bestimmt sieht, und die CDU wird um die absolute Mehrheit im Mainzer Landtag kämpfen müssen, wenn man eben nicht böse Überraschungen erleben will. So wird die CDU die FDP keineswegs schonen und den Wahlkampf nicht so führen, als sei man nach dem 9. März mit den Liberalen an einem Kabinettstisch sitzend.

In Rheinland-Pfalz hat die CDU bei den letzten Landtagswahlen 50 Prozent der Stimmen erhalten gegenüber der SPD, die 40,5 erreichte und der FDP, die noch auf 5,9 Prozent gekommen war. Geht man davon aus, daß der Trend, der sich bei den Landtagswahlen gezeigt hatte, anhält, müßte die CDU es auch in Rheinland-Pfalz schaffen, wieder allein regieren zu können.

Recht bald nach Rheinland-Pfalz, nämlich am 13. April, wird auch in Schleswig-Holstein gewählt werden. Bei den letzten Landtagswahlen hatte die Bevölkerung sich mit 51,9 Prozent für die CDU entschieden und damit dem sympathischen Gerhard Stoltenberg die Möglichkeit gegeben, sich im nördlichsten Bundesland in der Rolle eines geschätzten Landesvaters zu profilieren. Die SPD (zuletzt 41,0 Prozent) hatte sich selbst einen schlechten Gefallen getan, als sie den „Roten Jochen" (Steffen) zu ihrem Wahlmadator erkürte. Er wird eher Stimmen auf die Listen der CDU getrieben haben, doch selbst wenn Steffen diesmal fehlt, müßte die Union es schaffen, denn schwer zu glauben, daß die SPD so aufholen wird, daß sie regieren könnte. Die Freien Demokraten, zuletzt mit 3,8 Prozent „draußen vor der Tür" gelassen, müßten erst einmal wieder in den Landtag einziehen. Dann allerdings könnten ihre 5 oder mehr Prozent den Sozialdemokraten entscheidende Hilfe leisten. Das weiß sicherlich auch der Bürger und er wird entsprechend zu wählen wissen.

Die Auseinandersetzung im Bundestag am Donnerstag der letzten Woche mit der schweren Entgleisung des Finanzministers Apel haben deutlich gemacht, daß in diesem Jahre alles im Zeichen dieser Landtagswahlen als der Vorentscheidung für 1976 stehen wird. Wenn Helmut Schmidt im Hinblick auf die anstehenden Bundestagswahlen auch erklärt hat, er würde die Nominierung des CSU-Vorsitzenden Strauß zum Kanzlerkandidaten der Union für den Bundestagswahlkampf begrüßen, so dürfte die Wahrscheinlichkeit sein, daß die SPD gerade Strauß als den Gegner fürchtet. Aus diesem Grunde richten ihre Kanoniere ihre Geschütze jetzt wohl schon in Richtung Bayern.

Hans Ottweil



Verflixte Mengenlehre aus „Rheinische Post"

Andere Meinungen

DIE TAT

Ente der Kreml-Astrologen

Zürich — *„Breschnew war, wenigstens äußerlich, der alte. So können sich die Kremlastrologen als Jagdtrophäe eine weitere, fette Ente an die Wand hängen. Dennoch sind die Motive der ungewöhnlich langen Abwesenheit Breschnews keineswegs geklärt. Von einer politischen Entmachtung kann jetzt aber nicht mehr die Rede sein, äußerstenfalls wurde der Handlungsspielraum des Kremlchefs etwas eingeschränkt. Auch während der zweiten Verhandlungsrunde mit den Briten führte Breschnew die sowjetische Delegation an, was keineswegs selbstverständlich ist. Laut Protokoll gebührt eigentlich Ministerpräsident Kossygin dieser Platz, doch hatte Breschnew in den letzten Jahren zunehmend diese Stelle inne. So ist auch von diesem Gesichtspunkt aus kein Machtverlust des Ersten Sekretärs festzustellen."*

RHEINISCHE POST

Washington in Wehen

Düsseldorf — *„Mit Nixons schändlichem Abgang von der politischen Bühne endete in den USA eine Ära, die — seit Roosevelt — im Zeichen zunehmender präsidialer Machtfülle stand . . . Als Nixon ging, war gewiß, daß dem Präsidentenamt neue Grenzen gezogen würden, um die Gewichte wieder gleichmäßig auf die drei Fundamente demokratischer Staatsform zu verteilen — auf die ausführende, die gesetzgebende, die rechtsprechende Gewalt. Es war klar, daß diese Korrektur nur ein Prozeß sein konnte, der sich langfristig nicht ohne Krisen, nicht ohne Wehen vollziehen würde. Diese Wehen erschüttern heute die USA."*

Frankfurter Allgemeine

Tauziehen im Fernen Osten

Frankfurt — *„Die Verhandlungen in Tokio über den Abschluß eines Friedens- und Freundschaftsvertrages zwischen China und Japan haben sich an einer von Peking gewünschten antisowjetischen Klausel festgehakt. In dieser Klausel sollen beide Staaten jegliches Hegemoniestreben eines Dritten in Asien verurteilen. Die Japaner sperren sich gegen den Passus, obwohl die Sowjetunion darin nicht ausdrücklich genannt wird. Sie haben ohnehin genug damit zu tun, sich des sowjetischen Druckes zu erwehren. Moskau versucht den chinesisch-japanischen Vertrag zu hintertreiben und seinerseits einen Freundschaftsvertrag mit Tokio durchzusetzen, den Premierminister Miki indessen abgelehnt hat, weil sich die Sowjets damit um einen Friedensvertrag und das heißt die von Japan geforderte Rückgabe der südlichen Kurillen drücken wollen. In dem Interesse der beiden benachbarten kommunistischen Reiche an guten Beziehungen zur Wirtschaftsgroßmacht Japan liegen Chancen für Tokio. Ob sie genutzt werden?"*

Süddeutsche Zeitung

Nationale Bauchschmerzen

München — *„Seit Jahren schon versucht die SED ihren Staat gegenüber der Bundesrepublik abzugrenzen. An dem Begriff „deutsch" kam sie jedoch bisher nicht vorbei. Selbst der SED-Chef Honecker bekannte, daß die Staatsbürger der ‚DDR' in der deutschen Geschichte verwurzelt und deshalb deutsch seien. Mag sein, daß sich unter sozialistischen Verhältnissen in der ‚DDR' ‚zwangsläufig' auch andere Sitten, Gebräuche und — vor allem — Lebensgewohnheiten eingebürgert haben; dennoch schafft dies noch keinen neuen Typ der Nation, der eine eigene Nationalität rechtfertigt. Trotz aller Haarspalterei mußten deshalb die ‚DDR'-Völkerrechtler auch zugeben, daß die ‚sozialistische Nation' in der ‚DDR' ‚deutscher' Nationalität sei."*

Kulturförderung:

Künstler stehen vor der Katastrophe

Jahreseinkommen zwischen 11000 und 16000 DM – Im kulturellen Bereich wütet der Rotstift

Vor der großen Menge des „Volkes" in allen Schichten ist der „Künstler", die Schriftsteller einbezogen, seit jeher, irgendwie und schwer faßbar, vom Geheimnis umwittert. Da sind die Maler, eine Kategorie für sich: mit mehr oder weniger Verständnis betrachtet man ihre Bilder. Sehr schön! Aber — ökonomisch betrachtet denkt man dabei: „Brotlose Kunst!" Die Schauspieler: eine Menge füllt das Theater, manche kommen, um sich erbauen zu lassen, andere um gesehen zu werden. Man lobt die Leistung der Darsteller oder übt an ihnen Kritik. Namen werden zu einem Begriff. Man sagt: „die Knef" oder „die Flickenschildt". Man nimmt entgegen, was sie geben haben, und denkt, daß das Leben ärmer wäre ohne sie, eintöniger, farbloser, aber was weiß man davon, was sie dafür empfangen, unter welchen Umständen und unter welchen Schwierigkeiten sie ihr persönliches Leben gestalten müssen, um die Leistung vollbringen zu können?

Ebenso ist es mit den Musikern, ähnlich bei den Schriftstellern.

Kultur – Ein Beitrag zum Sozialprodukt

Es heißt, die Bundesrepublik gelte als das Paradies der freien Künste, zumindest als Eldorado für Künstler. Das mag in gewisser Beziehung richtig sein, aber gilt das für alle? Oder gilt das nur für einen beschränkten Kreis, für diejenigen, die aus irgend einem besonderen Grund beim Publikum gut „ankamen", vielleicht, weil sie ein besonderes Gespür dafür haben, was im Augenblick gerade „in" ist, oder solche, die von cleveren Managern „aufgebaut" werden? Verhält es sich nicht etwa so wie beim sprichwörtlichen Eisberg: die im Lichte stehenden Spitzenkünstler werden von einer breiten Basis getragen, die zu sechs Siebteln unterhalb der öffentlichen Wahrnehmungsschwelle liegt. Wie aber ist die Situation bei den vielen anderen?

Die Bundesregierung hat dem Deutschen Bundestag im Januar 1975 den von ihm erbetenen Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage in den künstlerischen Berufen vorgelegt. Danach gibt es in der Bundesrepublik 75 000 Künstler. (Die Schriftsteller sind hier nicht einbezogen). Die Künstler üben ihre Tätigkeit in weitaus stärkerem Maße, als dies bei der Gesamtheit der Erwerbstätigen der Fall ist, als „Selbständige" aus. Die Angrenzung zwischen selbständiger und abhängiger Tätigkeit ist allerdings oft recht schwierig. Die meisten Künstler haben eine lange und qualifizierte Ausbildung durchlaufen; dessen ungeachtet sind ihre Berufschancen von Berufsgruppe zu Berufsgruppe unterschiedlich: Für qualifizierte Musiker der ernsten Musik ausgesprochen gut, dagegen für Schauspieler und Unterhaltungsmusiker schlecht. Hier ist eine ausgesprochen hohe Arbeitslosigkeit zu verzeichnen.

Demnach ist die wirtschaftliche Situation der Künstler ebenfalls unterschiedlich.

Nach den Untersuchungen des Hamburger Instituts lag das Bruttodurchschnittseinkommen im Jahr 1972 bei 22 800 DM. Die Streuung um diesen Mittelwert ist jedoch vor allem bei den selbständigen Künstlern stark. So liegt das Durchschnittsjahreseinkommen der selbständigen Musikpädagogen bei 11 700 DM, das der selbständigen Maler und Bildhauer bei 16 100 DM. Das der angestellten Schauspieler bei 17 800, das der selbständigen Sänger der ernsten Musik bei 32 000 DM. Die weiblichen Künstler verdienen viel weniger als die männlichen.

Unbefriedigend ist die Alterssicherung vieler Künstler. Ein Drittel der selbständigen bildenden Künstler ist in gar keiner Weise für das Alter gesichert; auch in anderen künstlerischen Berufen ist der Anteil der Ungesicherten hoch.

Die Tatsache, daß der Bundestag eine Erhebung über die wirtschaftliche Lage der Künstler in Auftrag gab, hat Hoffnungen erweckt, die durch die augenblickliche Krise zunichte zu werden drohten. Der allgemeine Trend zu größter Sparsamkeit läßt auch im kulturellen Bereich den Rotstift wüten. Hamburg will sein Symphonie-Orchester liquidieren, läßt die Theater-Subventionen schrumpfen, wie Günther Scholz in der Deutschen Zeitung schreibt. In Hessen werden die Kulturetats eingefroren. In Berlin bleiben die Etatsverbesserungen weit hinter den Kostenprogressionen zurück, und in anderen Ländern sieht es nicht besser aus, Baden-Württemberg ausgenommen. Die Rundfunkanstalten ließen zu allererst und gezielt die kulturellen Programme schrumpfen.

Mit einem weiteren Fortschreiten der Inflation muß sich diese Entwicklung für Künstler und freie Autoren zur Katastrophe auswirken. Hinzu kommt der Umstand, daß unsere Steuergesetze die Künstler als unternehmerähnliche Personen behandeln, ihnen Lasten von Unternehmern aufbürden, ohne sie an deren Privilegien teilhaben zu lassen. Seit Jahren drängen die Künstler- und Autorenverbände darauf, der Staat möge diese Berufsgruppen von der widersinnigen Umsatz- und Mehrwertsteuer befreien, er muß das freie Mäzenatentum nach amerikanischem Muster begünstigen. Aber es geschieht in dieser Hinsicht nichts. Dem freien künstlerischen Schaffen, dem freien Markt wird der Bogen entzogen, die Initiative künstlerischen Schöpfertums wird abgewürgt durch Paragraphen, die längst reformbedürftig sind.

Beim Betrachten der sich anbahnenden Situation wird man unwillkürlich an die endzwanziger Jahre und den Beginn der dreißiger Jahre erinnert, da freischaffende Künstler und Autoren die Vorzimmer der Arbeits- und Wohlfahrtsämter bevölkerten, dahinvegetierten und dem Hungertod nahe waren.

Wieder, wie damals, beginnt das Prioritätenkarussell hektisch zu rotieren. Die Probleme der Kunst sowie der Hunderttausend Autoren und Künstler erscheinen über dem Millionenheer der Arbeitslosen unerheblich.

Es ist nicht genug, daß die Sprecher aller Bundestagsparteien sich zur „Kulturpflichtigkeit" bekennen und sich bereit erklären, in der Kultur einen Beitrag zum qualitativen Sozialprodukt erkennen.

Die Bundesregierung sollte sich etwas einfallen lassen, der Kunst und den Künstlern eine Überlebenschance zu geben.

Bundeshaushalt:

Bonns Fahrplan gerät durcheinander

Verzögerung durch Kanzlerkrankheit für Apel nicht ungelegen

Bonn — Die für letzte Woche im Bundestag erwartete harte Auseinandersetzung über den Bundeshaushalt 1975 hat nicht stattgefunden. Bedingt durch die plötzliche Erkrankung des Bundeskanzlers mußte der Haushaltsplan abgesagt werden und wird jetzt voraussichtlich erst Mitte März im Bundestag verabschiedet werden können. Diese Verzögerung hat für die Haushaltsführung der Ministerien und ihrer nachgeordneten Behörden erhebliche Auswirkungen.

Denn seit dem Auslaufen des Haushaltsplanes 1974, — also seit dem 1. Januar — besteht eine haushaltslose Zeit. Zwar ermächtigt auch in dieser Zeit der Artikel 111 des Grundgesetzes die Bundesregierung zur Leistung von Ausgaben, (sie kann also z. B. die Gehälter und die Kriegsopferrenten weiterbezahlen, obwohl sie nicht über einen vom Parlament beschlossenen Haushaltsplan verfügt). Diese Ermächtigung ist allerdings beschränkt auf Ausgaben, die nötig sind, um entweder gesetzlich bestehende Einrichtungen zu erhalten und gesetzlich beschlossene Maßnahmen durchzuführen, um rechtlich begründete Verpflichtungen des Bundes (z. B. aufgrund bestehender Leistungsgesetze oder aufgrund geschlossener Verträge) zu erfüllen, oder um letztlich angefangene Bauten, Beschaffungsvorhaben und sonstige Leistungen fortzusetzen oder Beihilfen für diese Zwecke zu gewähren, sofern durch den Haushaltsplan eines Vorjahres dafür bereits Beträge bewilligt worden sind. Dagegen ist es den Ministerien nicht erlaubt, irgendwelche neuen Maßnahmen, die erstmals im Haushaltsentwurf 1975 vorgesehen sind, in Angriff zu nehmen oder zur Inangriffnahme dieser neuen Maßnahmen Verpflichtungen einzugehen. Das wäre nur ganz ausnahmsweise möglich, wenn ein unvorhergesehenes und unabweisbares Bedürfnis vorliegt, also wenn bei verabschiedetem Haushaltsplan eine über- oder außerplanmäßige Ausgabe zulässig wäre. Diese Voraussetzung kann die Regierung allerdings nur in seltenen Ausnahmefällen annehmen, zumal sie in der Vergangenheit vom Bundesrechnungshof wegen verfassungswidriger Praktiken bei der Zulassung über über- und außerplanmäßiger Ausgaben scharf gerügt worden ist und weil deswegen auch die Opposition eine Verfassungsklage in Karlsruhe erhoben hat.

Finanzminister Helmut Apel kommt diese Regelung allerdings nicht ungelegen. Denn sie ermöglicht ihm, doch gewisse Einsparungen vorzunehmen, mit deren Hilfe kann er dann riesige Neuverschuldung im Haushaltsplan 1975 von über 22 Mrd DM (ohne Zwangsstundung bei der Rentenversicherung) wenigstens ein bißchen senken. Außerdem muß er ohnehin Mittel freibekommen, um schon heute mit Sicherheit vorauszusehende Mehrausgaben z. B. zur Finanzierung der Arbeitslosenversicherung über die bisher vorgesehenen 3 Mrd hinaus tätigen zu können.

Auch der Opposition kommt die Verschiebung der Debatte nicht ungelegen, allerdings aus einem anderen Grund. Sie hatte ursprünglich auf zeitliche Trennung der Debatten über den Jahreswirtschaftsbericht und den Bundeshaushalt bestanden. Das wurde von der Koalition zunächst unter Hinweis auf die Terminlage abgelehnt, wobei aber der wirkliche Grund wohl die Rücksichtnahme auf die Landtagswahlen war. Die Regierung wollte verhindern, daß die düstere Wirtschafts- und Finanzlage der Bundesrepublik gleich zweimal vor den Landtagswahlen im Parlament behandelt wurde. Was man damals, gestützt auf die parlamentarische Mehrheit, verhindern wollte, ist jetzt der Opposition durch die plötzliche Erkrankung des Bundeskanzlers wie ein wahlpolitisches Geschenk in den Schoß gefallen.

Ausbildung:

Von der Schulbank auf die Straße

Ohne Partnerschaft der Wirtschaft keine Lösung des Problems

„Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen" — so heißt es im Artikel 12 des Grundgesetzes. Ein Beispiel dafür, wie geduldig Papier doch ist, denn die Wirklichkeit sieht ganz anders aus. Jeder Bundesbürger kann zwar den Wunsch äußern, diesen oder jenen Beruf bzw. Studienplatz zu ergreifen, entscheidend ist aber doch, ob Ausbildungsstätten und Studienplätze überhaupt vorhanden sind.

In diesem Jahr sind 100 000 junge Menschen ohne Arbeitsplatz, Schulentlassung heißt hier praktisch Arbeitslosigkeit. Die ehemals traditionellen Träger der Berufsbildung, die kleinen und mittleren Betriebe, können sich keinen Lehrling mehr leisten. Die großen Unternehmen leiden unter der Flaute und scheuen jegliche Investitionen in Sachen Lehrstellen. Man kann ihnen schwerlich einen Vorwurf machen. Sie folgen dem Beispiel, das der Staat gibt: auf Bundesbahn und Bundespost wird hingewiesen.

Auch das Abitur bedeutet heute nicht mehr einen Freibrief dafür, später einmal einen schmückenden akademischen Titel führen zu können. Der Numerus Clausus hat schon so manchen über lange Schuljahre hinweg gehegten Berufswunsch begraben. Wer kann es sich schon erlauben, bzw. leisten, drei oder mehr Jahre in Ungewißheit auf seinen Studienplatz zu warten. Diese Abiturienten beginnen eine Lehre und nehmen Lehrstellen, die früher anderen Schulabgängern vorbehalten waren.

Junge Pädagogen und Pädagoginnen müssen auf das einst wie „warme Semmeln" angepriesene Lehramt mit den „Großen Ferien" verzichten und anderswo ihr Aus- und Unterkommen suchen. Nicht anders sieht es bei Volkswirten, Betriebswirten, Soziologen und Politologen aus. Die freie Wirtschaft, die sie einst so dringend rief, ruft schon lange nicht mehr. Übrigens, was Soziologen und Politologen angeht, eine Entwicklung, die vorauszusehen war.

In den vergangenen Jahren wurden immer neue akademische Ausbildungsplätze geschaffen. Da ein Studienplatz rund 140 000 Mark kostet, eine Lehrstelle dagegen nur 23 000 Mark, hätte man für weniger politologische und soziologische Institute eine wesentlich größere Anzahl an Ausbildungsstätten für Lehrlinge schaffen können. Schließlich herrscht größter Mangel an Ausbildungsstätten für Schulabgänger, die eine Lehrstelle suchen.

Um den schleppenden Dialog zwischen Minister Rohde und Minister Friderichs über ein neues Bildungsgesetz zu beenden, hat sich schließlich der Bundeskanzler einschalten müssen. Rohde will die Kosten der Berufsbildung, die bisher nur die Ausbildungsbetriebe trugen, auf alle verteilen, Friderichs dagegen möchte neue finanzielle Lasten von der Wirtschaft abwehren. Doch ohne Partnerschaft der Wirtschaft ist es unmöglich, eine befriedigende Lösung zu finden. Den anklagenden Worten gewisser Ideologen über die Ausbeutung der Lehrlinge und die Versklavung im Betrieb, steht die nüchterne Frage gegenüber: „Wie soll jemand ausgebeutet werden, wenn er nicht mal eine Lehrstelle hat?"

U. T.



„Das sind Schmidt und Apel, die sind den berühmten Silberstreif am Horizont am Pinseln".

Zeichnung aus Kölnische Rundschau

„Kein Geschäft mit den Toten"

„Vorwärts" polimesiert gegen die Vertreibungs-Dokumentation

„Kein Geschäft mit den Toten" — unter dieser Überschrift hat sich die Sozialdemokratische Wochenzeitung, der „Vorwärts", zur Dokumentation über die Vertreibung der Ostdeutschen in seiner Ausgabe vom 13. Februar 1975, auf Seite eins, in bemerkenswerter polemischer Weise geäußert.

„Schon einmal", heißt es, „hat sich an diesem Papier Streit zwischen Regierung und Opposition entzündet, und es ist zu vermuten, daß er noch einmal aufbrechen wird. Die Bundesregierung hat inzwischen bekanntgegeben, daß im Zuge dieser Vertreibung 600 000 Deutsche ums Leben gekommen sind."

Es ginge nun darum, meint Joachim Besser, der Verfasser dieses Artikels, ob die Dokumentation mit allen Einzelheiten veröffentlicht werden sollte. Als Antwort darauf stellt er die Frage, wem ein solcher Akt nützen sollte und er meint: den Toten mit Sicherheit nicht! Den Lebenden aber könnte er nur schaden. Politisch ließe sich eine Veröffentlichung nur als Anklage gegen den Osten verstehen. Eine Verbesserung des ohnehin nicht allzu freundlichen Klimas würde wohl niemand davon erwarten.

Zwar ließe sich sagen, daß Wahrheit eben Wahrheit sei, daß man ja auch jahrelang die Ziffern der von Deutschen ermordeten Menschen genannt habe, und daß man daher nicht fragen dürfe, wem etwas schade oder nütze, wenn es sich um die Wahrheit handele. So etwas, meint er, klingt gut, markig und kernig deutsch, gleichsam wie eine Sache um ihrer selbst willen und niemand zweifle daran, daß der Tod von 600 000 Deutschen bei oder infolge der Vertreibung ein Unrecht war.

Und dann macht Besser die Gegenrechnung zugunsten der anderen Seite auf: „Wer aber nicht in nationaler Verblendung die Augen schließt, muß sich als Deutscher sagen, daß jenes Unrecht, das Russen, Polen und Tschechen an Deutschen begingen, die affektgeladene Antwort auf unermeßlich viel größere deutsche Schuld war. Wollte man nämlich aufrechnen, dann käme ein vernichtendes Minuskonto für uns heraus. Da sind fast zwei Millionen russischer Kriegsgefangener, die Hitler vorsätzlich verhungern ließ, da sind fünf Millionen Polen, die durch die Naziherrschaft ausgerottet wurden, da sind mehr als hunderttausend Tschechen, die den Nazis zum Opfer fielen. Die in den Gaskammern ermordeten Juden stehen auf einem gesonderten Schuldblatt."

Politischer Akt

Es stünde uns also schlecht zu Gesicht, meint der Verfasser, jetzt, dreißig Jahre nach dem Kriege, Anklage zu erheben. Würde die Bundesregierung den Wünschen mancher CDU-Abgeordneter folgen, müsse dieses im Osten als politischer Akt verstanden werden. Bedächte man, daß die CDU/CSU sich noch immer nicht mit den Ostverträgen abfinden könne, daß sie immer noch von der Wiedervereinigung rede, daß sie sich in Berlin keine Mäßigung auferlegen wolle, daß Strauß sich den Chinesen als bewährter Vorkämpfer gegen Moskau empfehle, daß der Außenminister sich mit Wien anlege, um letzte Reste der Hallstein-Doktrin zu retten, dann müßte die Publikation dieser Dokumente wie ein Fanfarenstoß wirken.

Die deutsche Schuld gegenüber dem Osten stehe historisch fest. Das Unrecht, das wir begangen haben, habe neues geboren. Es werde nicht dadurch zum Recht, daß man im Osten darüber schweige. Aber nicht immer decken sich die historischen und die politischen Verhaltensweisen. In keinem deutschen Geschichtsbuch brauche die östliche Schuld verschwiegen zu werden, wenn auch die unsere daneben in ihrem ganzen Ausmaß dargestellt würde; es gehe hier also überhaupt nicht um Verschweigen oder Beschwichtigen. Wohl aber gehe es um politisches Verhalten, um Nutzen oder Schaden für die Lebenden.

Folglich: „Tote sind kein Zahlungsmittel, mit dem man politische Rechnungen begleichen kann. Die Bundesregierung handelt (demnach) vollkommen richtig, wenn sie die Veröffentlichung der Dokumentation unterläßt."

Soweit der „Vorwärts". Man könnte darüber gelassen-schweigend zur Tagesordnung übergehen, wenn da nicht einiges zurechtzurücken wäre. Vor allem, was die genannte Zahl der Deutschen betrifft, die durch und während der Vertreibung auf grausame Weise ums Leben gekommen sind. Die in der Dokumentation erfaßten 600 000 Deutschen, Männer, Frauen und Kinder, die im Zuge der Vertreibung umkamen, sind zahlenmäßig nur ein Teil der gesamten Tragödie. Darin enthalten sind nicht diejenigen Menschen, die aus den ostdeutschen Heimatorten, oder bereits auf der Flucht, überrollt von den sowjetischen Panzern, in den russischen Osten verschleppt wurden, einschließlich der Kriegsgefangenen, die in den berüchtigten sowjetischen Zwangsarbeitslagern an Hunger, Erschöpfung und Seuchen dahinstarben, so daß die Gesamtzahl von zwei Millionen gering angesetzt ist.

Verzicht auf Rache

Ganz abgesehen davon, daß die Vertreibung an sich, abgesehen von den Toten, in menschlicher und völkerrechtlicher Hinsicht ein schwerwiegendes Unrecht bedeutet, aber — Schuld wird nicht größer oder geringer dadurch, daß man statistisch belegte Hochrechnungen von Menschenleben einander gegenüberstellt. Niemand in der Bundesrepublik denkt daran oder hat jemals daran gedacht, die Schuld der Deutschen zu leugnen oder auch nur herunterzuspielen, auch nicht die Vertriebenen, die doch auf deutscher Seite innerhalb der Gesamttragödie die Hauptleidtragenden sind. Es ist eine bösartige Unterstellung, wenn hier behauptet wird, wir wollten „Tote als Zahlungsmittel gebrauchen, um damit politische Rechnungen zu begleichen". Noch immer gilt für uns, was in der Charta der Heimatvertriebenen als Punkt eins niedergelegt ist: „Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung. Dieser Entschluß ist uns ernst und heilig im Gedenken an das unendliche Leid, welches im besonderen das letzte Jahrzehnt über die Menschheit gebracht hat."

Wenn CDU-Mitglieder des Bundestages aus Vertriebenenkreisen bei der Bundesregierung wegen einer Veröffentlichung der besagten Dokumente intervenieren, hat das einen anderen, triftigeren Grund. Wenn es im „Vorwärts" heißt, es stehe uns schlecht zu Gesicht, dreißig Jahre nach dem Krieg Anklage zu erheben, sieht man die Tatsachen geradezu auf den Kopf gestellt.

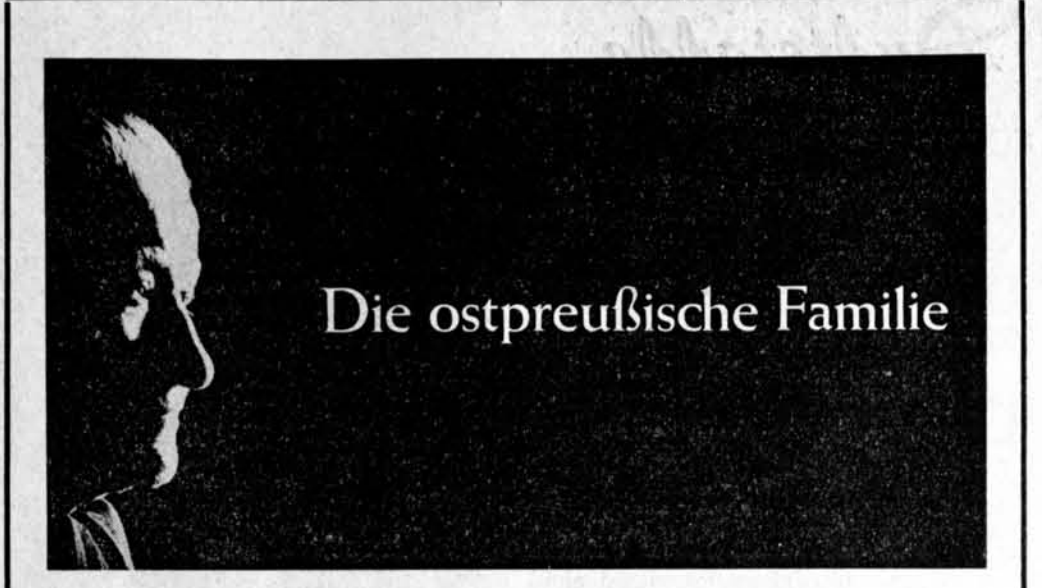
In den Kreisen der Vertriebenen begann man erst hellhörig zu werden, als das Schuldbekenntnis der Deutschen, verbunden mit einer breitgefächerten, auf hohen Touren anlaufenden Wiedergutmachungsaktion gegenüber den Ostblockstaaten einsam im Raum hängenblieb, ohne ein entsprechendes Echo bei der anderen Seite auszulösen, als habe es dort keine Kriegsverbrechen gegeben, die Sühne verlangten, als gäbe es keine Menschenrechts-Konvention.

Wenn überhaupt etwas geschehen kann, begangenes Unrecht, auch von der anderen Seite her, auszuräumen, dann ist jetzt die Stunde dafür gekommen, nicht aus dem Wunsch heraus, Anklage zu erheben, sondern in dem Bestreben, den Frieden auf die sichere Basis eines gerechten Ausgleichs zu stellen.

Auch das sollte man endlich erkennen, beim „Vorwärts" wie bei der Bundesregierung, daß rücksichtsvolles Schweigen in der östlichen Welt nicht honoriert, sondern als Schwäche ausgelegt wird. **p. b.**



1945 auf dem Eis des Frischen Haffs — Foto Dr. Krause



Seien wir ehrlich: manchmal steht man da und grübelt darüber nach, was man eigentlich hatte erledigen wollen. Und es fällt einem einfach nicht ein. Dann kommt der kleine Selbstbetrug, daß Vergeßlichkeit eben eine Alterserscheinung ist. Wenige Zeit später weiß man dann doch sehr genau, was es war und wundert sich, daß man es überhaupt hatte vergessen können. In Wirklichkeit hatte das Gedächtnis nur mit einer gewissen Verzögerung funktioniert. Wer nun — vielleicht beunruhigt darüber — dieser Erscheinung nachgeht, wird feststellen, daß diese Fähigkeit zur Vergeßlichkeit in allen Altersgruppen anzutreffen ist. Ähnlich ist es mit einer vermeintlichen Schwerhörigkeit. Weil er im Kreise seiner Familie des öfteren zu hören bekam, daß er gewiß schwerhörig geworden sei, ist mancher zum Facharzt gegangen und hat sich untersuchen lassen. Er war selbst davon überzeugt, daß er es mit einer Alterserscheinung zu tun hatte. Nicht selten wird die Untersuchung damit beendet, daß der Arzt erklärt, daß das Gehör völlig normal sei. Woran liegt es also? — Einer, der selbst schon halb und halb von seinen Altersbeschwernissen überzeugt war und dann einmal in aller Ruhe darüber nachgedacht hatte, sagte sehr einleuchtend: „Es ist einfach so, daß mir zuviel im Kopf herumgeht. Dann kann es schon einmal passieren, daß ich mich an Dinge erst mit einer gewissen Verzögerung erinnere. Und bei meinen Gedanken höre ich oft sehr intensiv nach innen, so daß ich manches Geräusch von außen — sei es die Türklingel oder eine an mich gerichtete Frage — gar nicht wahrnehme. Es ist so, als hätte ich nur einen entsprechenden Schalter ausgeknipst. Nachdem ich einmal gründlich darüber nachgedacht habe, weiß ich, daß das nicht eine Alterserscheinung ist, die mich etwa zu einem nicht mehr vollintakten Menschen macht, sondern daher kommt, daß mein Gehirn in Vollbeschäftigung arbeitet."

Die Erscheinungen des biologisch bedingten Altersabbaus, die sich in Krankheiten, Gebrechen oder auch nur kleinen Wehwehchen äußern, haben lange dazu geführt, daß sie auch mit dem geistigen Zustande gleichgesetzt wurden. Eben körperlich und geistig altes Eisen! Dem ist keineswegs so. Die medizinische Wissenschaft hat sich der Probleme des Alterns erst in verhältnismäßig jüngster Zeit angenommen und hat ein weites Feld für die Forschung vorgefunden. Kürzlich veröffentlichte die Psychiaterin Lissy Jarvik von der Universität von Kalifornien ein Ergebnis von langjährigen Forschungen über die intellektuellen Leistungen bei älteren Menschen. Frau Jarvik beobachtete die Lebensgeschichte von 136 Paaren eineiiger Zwillinge, die sie bei einem Alter von 60 Jahren zum erstenmal und dann wiederholt bis in die Siebziger- und Achtzigerjahre selbst testete. Ein Nachlassen der geistigen Leistungen konnte sie dabei im allgemeinen nicht feststellen, wohl aber eine Verlangsamung der Psycho-Motorik (was also eingangs zur Vergeßlichkeit gesagt wurde) und eine Verlangsamung der Reaktion auf Wahrnehmungen. Die Versuchspersonen brauchten zwar länger zur Bewältigung einer intellektuellen Aufgabe. Spielte die Zeit dabei keine Rolle, waren die geistigen Fähigkeiten jedoch weitgehend gleich geblieben. Auch Versuche, in denen die Gedächtnisleistung alter Menschen mit der von jungen Menschen verglichen wurde, ergaben im allgemeinen keinen Unterschied zwischen den beiden Gruppen.

*

Hiere haben wir immer die Meinung vertreten, daß Ostpreußen in seinen Menschen lebt. In denen, die vor uns waren und denen, die jetzt sind, und denen, die kommen werden. Unser Appell zur verstärkten Familienforschung hat manches in Bewegung gesetzt — erfreulicherweise. So wird viel nach Formularen für Ahnentafeln gefragt. Eine Patentantwort gibt es darauf nicht, denn die Anlage einer Ahnentafel richtet sich nach dem Umfang der vorhandenen Daten aus der Familie. Da es sich ja um eine Arbeit handelt, die sich über einen langen Zeitraum erstreckt, ist es am besten, erst einmal eine provisorische Tafel anzufertigen. Als Muster könnte das Schema in den Familien-Stammbüchern dienen. Wer spezielle Fragen hat, wende sich auch an den „Verein für Familienforschung in Ost- und Westpreußen e. V.", 24 Lübeck, Hohenstaufenstraße 14, wenden.

Frau Käthe Sender aus Radolfzell beschäftigt sich, seitdem sie im Ruhestand ist, mit Familienforschung und hat uns sehr wertvolle Hinweise gegeben:

„Meine Vorfahren sind väterlicher- und mütterlicherseits Salzburger Abstammung. Ich bin dem Salzburger Verein beigetreten und habe mir das Stammbuch der ostpreußischen Salzburger schicken lassen. Meine mütterlichen Vorfahren waren genau mit Namen, Alter und Herkunftsort verzeichnet, nicht aber meine väterlichen Ahnen. (Anschrift: Salzburger Verein, 493 Detmold 1, Berliner Allee 24.) Tauf-, Trau- und Sterbeurkunden bekommt man im Glücksfall bei der Evangelischen Kirche der Union, 1 Berlin 12, Jebenstraße 3. Die Urkunde kostet 2 DM plus Porto. Muß ein ganzes Register durchsucht werden, weil man die Daten nicht angeben kann, dann kostet das eine Suchgebühr von 6 DM je Stunde. — Sucht man Standesamtsurkunden aus der Heimat, dann wendet man sich zweckmäßig an den Magistrat von Groß-Berlin, Standesamt I, ‚DDR' 1054 Berlin, Rückerstraße 9. Die Urkunde ist kostenlos. Hier mache ich darauf aufmerksam, daß man sehr lange auf Antwort warten muß. Lieber mehrmals schreiben.

Ich empfehle auch, Standesamtsurkunden beim Standesamt I in West-Berlin, 1 Berlin 41, Rheinstraße 54, anzufordern. Die Urkunden werden auch ausgefertigt, wenn jemand aus der Familie den Todesfall eines auf der Flucht Verstorbenen beim zuständigen Standesamt hat beurkunden lassen. — Vielversprechend ist auch eine Anfrage bei der Zentralstelle für Genealogie, ‚DDR' — 701 Leipzig, Georgi-Dimitroff-Platz 1. Hier habe ich für eine Urkunde 6 DM und 2 DM Überweisungsgebühr bezahlen müssen.

Wer katholischer Konfession ist, wende sich wegen kirchlicher Urkunden an das katholische Kirchenbuchamt und Archiv für Heimatvertriebene, 8 München 15, Bavariaring 24.

Wer aus dem polnisch besetzten Gebiet stammt, kann u. U. Standesamtsurkunden aus seinem Heimatort erlangen, wenn er auf einem vorgeschriebenen Formular diese Urkunden bei seinem Standesamt beantragt. Das Standesamt wird sicherlich gerne behilflich sein."

Hier haben wir eine Fülle von präzisen Hinweisen, mit denen man bei der Forschung weiterkommt. Übrigens — man sollte auch Kinder und Enkel mit Teilaufgaben beteiligen. **Ihr Christian**

Duftstoffe aus der Industrie

Geruchs- und Geschmackssinne

Über einen leidigen Zeitgenossen heißt es äußerst anschaulich, man könne ihn „nicht riechen", und der Hungrige gesteht angesichts eines appetitlich duftenden Mahles spontan „mir läuft das Wasser im Munde zusammen". Diese beiden animalischen Eigenschaften — Riechen und Schmekken — sind die Existenzgrundlage eines Industriezweiges, der außer Fachleuten kaum jemandem bekannt, dessen Bedeutung für uns alle jedoch nicht hoch genug einzuschätzen ist.

Geruch- und Geschmackstoffe wirken meist bereits in sehr geringer Konzentration über unsere Sinnesorgane unmittelbar auf das vegetative Nervensystem ein. Je nachdem, ob der Sinneseindruck als angenehm oder als unangenehm empfunden wird, erzeugt er beim Menschen Wohlbefinden oder Widerwillen, wobei sich der Widerwillen bis zum Abscheu oder Ekel steigern kann. Diese unwillkürlich ausgelöste Reaktion erstreckt sich auch auf den Träger des Geruchs und Geschmacks, sei es auf eine Speise, einen Gebrauchsgegenstand oder auf ein Lebewesen.

Kunstleder zum Beispiel riecht ursprünglich nach „Chemie". Eine entsprechende Behandlung jedoch verleiht ihm einen naturlederartigen Geruch und macht seinen Gebrauch somit angenehm. Nylonstrümpfe, die einen zarten, kaum wahrnehmbaren Duft ausströmen, werden duftlosen vorgezogen, ohne daß sich die Kundin dessen bewußt ist. Hier wird der Geruchssinn also zum heimlichen, aber zielbewußten Kaufberater. Die Reihe dieser Beispiele ließe sich endlos fortsetzen.

Heute werden die Duftstoffe, mit denen sich Frauen umgeben, die der Wäsche Frische verleihen und die aus einem simplen Reinigungsmittel eine kostbare Toilettenseife machen, nicht mehr heimlich von phönizischen Händlern nach Europa geschmuggelt; und die Würze unserer Speisen und Getränke entstammt längst nicht mehr nur indischen Gefilden. In unseren Tagen werden die Geruch- und Geschmackstoffe, die später einem Kosmetik-Erzeugnis seinen unnachahmlichen Duft verleihen oder für den individuellen Geschmack eines Lebensmittels sorgen, industriell, d. h. im Tonnenmaßstab, hergestellt.

Bis in die Anfänge der Neuzeit waren Parfüms, Salben und Kosmetika Symbole für Luxus und Reichtum. Noch zu Anfang unseres Jahrhunderts beliefen sich die Kosten für ein Kilogramm Veilchenöl auf mehrere tausend Goldmark. Der modernen Riechstoff-Industrie ist es längst gelungen, das „riechende Prinzip" des Veilchens, wie der Chemiker sagt, in seinen wesentlichen Zügen zu analysieren und der weiterverarbeitenden Industrie Veilchenriechstoffe zu vertretbaren Preisen zu liefern.



Den dreien schmeckt's — weil's schmeckt, mit Hochgenuß löffeln die Kinder ihre Nachspeise

Foto Haarmann & Reimer

Mitte des vergangenen Jahrhunderts, mit dem Beginn der organischen Chemie, wurde auch das Zeitalter der industriellen Riechstoffchemie eingeläutet. Forscher stießen in ihrem Drang, die Natur immer genauer zu ergründen, auf chemische Verbindungen, deren geruchliche Eigenschaften bald zur Darstellung von synthetischen Duftkompositionen benutzt wurden. Damit begann der rasante Aufschwung einer Industrie, die bis dahin ausschließlich auf die raren und deshalb teuren Naturprodukte angewiesen war.

Nun sind zwar die Riechstoffe die vordergründigsten Erzeugnisse, aber keineswegs die lebensnotwendigsten. Seit einem knappen halben Jahrhundert hat sich ein neues Arbeitsgebiet aufgetan, das weite Feld der Aromen, der Geschmackstoffe.

Gerade auf diesem Gebiet spielt Mutter Natur eine überaus wichtige Rolle. Zum einen liefert sie zahlreiche Ausgangsmaterialien für die Gewinnung hochwertiger natürlicher Aroma-Komponenten, zum anderen ist sie das große Vorbild für die Entwicklung synthetischer Geschmackstoffe. Diese Entwicklung ist eine Notwendigkeit, die eng verknüpft ist mit den Problemen der Welternährung. Ein Beispiel mag dies verdeutlichen: Es ist zwar gelungen, aus der Sojabohne und selbst aus dem Erdöl Proteine zu gewinnen, Eiweißstoffe also, die für die Ernährung des Menschen von überragender Bedeutung sind. Die auf der Grundlage solcher Proteine hergestellten Nahrungsmittel werden vom Verbraucher jedoch nur dann akzeptiert, wenn sie einen entsprechenden Geschmack aufweisen. Die von der Geschmackstoffindustrie speziell für diesen Einsatzzweck zu entwickelnden Aromen werden aber in solchen Mengen benötigt, daß der Einsatz synthetischer Komponenten unumgänglich ist.

Nun muß man wissen, daß synthetische Aromen nur solche Stoffe enthalten, die in der Natur bereits nachgewiesen sind, d. h. diese Komponenten entsprechen in ihren chemischen Konstanten absolut dem natürlichen Vorbild, sie sind gewissermaßen naturidentisch.

Das Beispiel der Proteine mag eindringlich die Bedeutung der Geruch- und Geschmackstoffindustrie darstellen, von deren Existenz wir Verbraucher nur indirekt erfahren, weil die Erzeugnisse ausschließlich an die weiterverarbeitende Industrie geliefert werden, wo sie dann einer Vielzahl von Produkten des täglichen Bedarfs guten Geruch oder Geschmack verleihen. Wir riechen und schmecken diese Erzeugnisse täglich und stündlich, doch bleiben sie dem Auge verborgen. So verborgen, wie der gesamte Industriezweig überhaupt. **H & R inform**

Natürliche Mittel besser als Spritzen

Der gute alte Heusack besitzt die vielseitigsten Heilwirkungen auch bei Rheuma und Ischias

Leider sind die guten, alten Hausmittel, die früher bei Krankheiten allein helfen mußten, durch die Errungenschaften des Fortschritts immer mehr in Vergessenheit geraten. Natürlich sind die heute so beliebten Spritzen und Pillen viel bequemer. Hierbei sollte man allerdings bedenken, daß die bewährten Mittel keinerlei schädliche Nebenwirkungen haben, was man von Spritzen und Medikamenten oft nicht behaupten kann.

Bei diesen Helfern des Menschen steht — besonders im Winter — der Kneippsche Heusack an erster Stelle, besitzt er doch die vielseitigsten Heilwirkungen; denn er sorgt nicht nur für eine bessere Durchblutung des kranken Organs oder Körperteils, sondern er wirkt sich außerdem auf den ganzen Körper wohltuend aus. Vor allem kann man diesen Wundersack bei Schmerzen verwenden; seine ätherischen Öle wirken heilend besonders bei Arthrosen. Bei Rheuma kann man ihn auf die Schulter legen. Verursachen Magen, Galle, die Verdauungsorgane oder der Rücken Beschwerden oder leidet man an Ischias, so legt man den Heusack auf die betreffende Stelle. Sie werden überrascht sein, wie stark seine Wirkung ist. Selbst bei chronischen Katarrhen der oberen Luftwege wie Bronchitis und Keuchhusten kann man ihn verwenden. Und selbstverständlich ist er auch bei Unterleibserkrankungen angebracht, sorgt er doch für eine Ausschwitzung der Krankheit, was man vom Heizkissen nicht behaupten kann. Selbst bei Migräne, in den Nacken gelegt, wirkt er entspannend, und dank einer kräftigen Durchblutung verschwinden die Kopfschmerzen bald.

Hat man sich an die Zubereitung gewöhnt, dann ist sie gar nicht so schwierig: Man nimmt einen Sack in gewünschter Größe (notfalls tut es aber auch eine Serviette), vorzugsweise aus Leinen, und füllt ihn zu Dreiviertel mit Heublumen. Am besten dünstet man ihn auf einem Einsatz 15 Minuten lang; man kann ihn auch mit kochendem Wasser überbrühen. In der Zwischenzeit legt man eine Wolldecke ins Bett, breitet ein Baumwolltuch und eine Plastik- oder Gummiunterlage darüber. Der Heusack muß dann, so heiß wie man ihn vertragen kann, auf die zu behandelnde Stelle gelegt werden. Zunächst schlägt man die Unterlagen nur lose um, damit es nicht zu heiß wird. Wird die Hitze erträglich (je heißer der Heusack, um so größer ist seine Wirkung), dann läßt man sich möglichst fest in Decken einpacken.

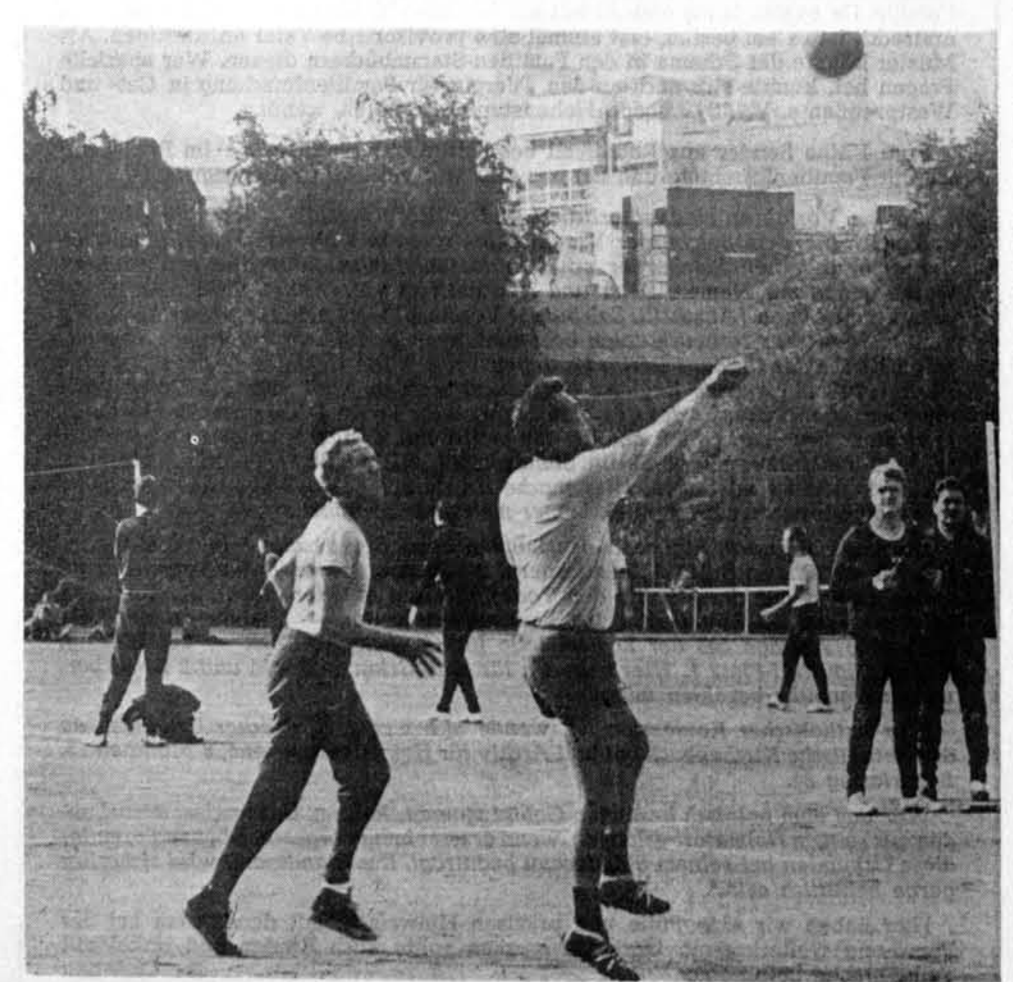
Sie werden staunen, wie schnell Sie sich entspannen, und ehe Sie es sich versehen, sind Sie sanft eingeschlummert. Auf keinen Fall darf man dabei lesen! Vielmehr muß man den Heusack dreiviertel bis eineinhalb Stunden — bis zum Hals eingewickelt — wirken lassen. Nach der Behandlung bleibt man noch eine halbe Stunde liegen, um die Nachwirkung voll auszunutzen. Haben Sie wenig Zeit, dann kann man die ganze Prozedur auch vor dem Schlafengehen vornehmen.

Wollen Sie noch etwas besonders Gutes für Ihre Gesundheit tun, dann können Sie sich danach kalt abwaschen. Sie werden sich herrlich jung und frisch fühlen. Selbst bei Rheuma kann man diese kurze, kalte Anwendung riskieren, denn sie trainiert die Blutgefäße und kräftigt den ganzen Organismus. Darum hat man sie bei Kneipp bereits vor 100 Jahren mit großem Erfolg — damals und heute — den Patienten verordnet.

Schneller als der Heusack sind die Heublumenbäder zubereitet, denn den Sud dafür kann man in Apotheken oder Reformhäusern kaufen. Man nimmt die Bäder bei Neuralgien, Ischias, Rheuma, bei Stoffwechselstörungen, Fettsucht und Gries- und Steinleiden. Hier wirken sie wahre Wunder.

Mit diesen natürlichen Anwendungen werden Sie schnell wieder gesund. Auf keinen Fall brauchen Sie sich mit irgendwelchen unangenehmen Nebenwirkungen herumzuplagen, außerdem aber mobilisieren Sie alle vorhandenen Lebenskräfte.

Katja de Vries



Die beste Kur nützt nichts, wenn man im Alltag keine Bewegung hat

Foto Grünpress

TAMARA EHLERT

BITTE GRÜN - EINS ZWEI DREI

9. Fortsetzung

„Ich hatt' schon gedacht, ich muß ohne Kleid zum Maitanz", sagte Frau Potrafke gleichfalls wirren Haares, aber beglückt. Ein Türschild hatte sie auch: dreimal läuten.

„Ohne Kleid?" sagte Mikotat. „Na, na."

Wir rollten nach Hause, über die lange, stille Straße, die sich zweimal hatte umtaufen lassen müssen, einmal in Stresemann-, einmal in General-Litzmann-Straße. Für uns blieb sie immer die gute alte Fuchsberger Allee.

Flöckchen schlief friedlich an Leos Schulter, in Leos Jakett.

„Sie verträgt eben nicht viel", sagte Leo.

„Du brauchst dich nicht für sie zu entschuldigen", sagte ich. „Du und dein Mädchen aus Silber und Rauch!"

„Du und deine Lyrismen", sagte er. „Eine ziemlich gefiederte Geschichte, was? Ich werd' von sämtlichen einheimischen Singvögeln träumen."

„Ich auch", sagte ich. „Und das Lokal hieß auch noch zu allem Überfluß Pelikanklause!"

Die Briefe

Bialystok, den 10. Juli 1944

Mein Flöckchen,

Ich hocke in unserer Unterkunft, Morgenstern und Bauer pennen schon, sicher kannst Du Dir unsere Bude in allen Einzelheiten vorstellen, ich hab sie Dir ja oft genug beschrieben.

Wie lange haben wir uns nicht mehr gesehn, mein Federleichtes, Zärtliches? Wie lange bin ich schon hier? Die Zeit schwimmt. Allmählich gewöhne ich mich an diese Stadt, an den Frühling mit dem Feuerwerk der Kirschblüte und Apfelblüte zwischen dunklen Holzhäusern, an die langen, staubigen, trocknen Sommer, an den Winter mit dem eisnadelgespickten Wind aus der großen Weite. Leo, Dein Anti-Held, geht endlos viel spazieren, wenn er nicht gerade Dienst macht oder liest. Er spaziert auf den endlosen Straßen, zählt die Telegrafenmasten, gibt es wieder auf, geht auf alte polnische Friedhöfe. Leider kann er die Grabinschriften nicht entziffern. Du kennst ja meine Schwäche für Friedhöfe und Grabinschriften — unsere Streifzüge an der Alten Pillauer Landstraße, weißt du noch? Ich komme mir als Funker und Fernschreiber so deplaciert vor, alle meine Freunde ... aber es ist nun mal nicht anders — die kleine Schwäche auf der Lunge, meine schöne Großmutter, Maria Lenz, hat sie uns vererbt, Vater und mir. Morgenstern, der gemütliche Sachse, sagt immer zu mir: Nur keine Eile, Lenz, du kommst auch noch dran, und das sogar sehr bald. Vielleicht hat er recht.

Du hast sicher im Wehrmachtsbericht gehört, daß Minsk gefallen ist. Vielleicht werden wir bald verlegt. Mehr darüber darf ich Dir nicht schreiben.

Gunther, der erste Nibelunge — seiner vier jüngeren Geschwister wegen von mir so benannt — meldet sich hin und wieder vom Atlantikwall. Ist doch noch bei der PK gelandet. Aber warum erzähle ich Dir das? Im grünen Block weiß sowieso jeder jedes. Erinnerst Du Dich, mein Urlaub im vorigen Jahr? Das Höllengelächter des Herbststurms über der oktoberlichen Brandung. Die gutgeheizte Gaststube im ‚Elch'. Nachts der Wind am Fenster, das Geklirr der Wellen auf den Steinen.

Wenn ich durch die endlosen Straßen dieser Stadt wandere, meine ich oft, Du müßtest mir entgegenkommen, mein Zärtliches, Silbernes. Ich hab' für alle Fälle immer etwas Grün bei mir! Ja, ja, Dein Phantast, Dein Träumer, Dein Anti-Held.

Wenn Du wenigstens nur hier wärest, um ein wenig mit mir zu schimpfen. Oller Pomuchelskopp, oder so etwas. Wie damals, als ich grundlos eifersüchtig war auf den Nibelungen. Bei der kleinen Abschiedsfete in der Hammerschmiede. Aber Du bist weit fort.

Es ist sehr lieb von Dir, daß Du Tante Emilie so oft besuchst. Sie hat Dich immer gern gehabt. Hast Du noch das Wolkenkleid, graublau, leicht wie Dein Gang? Zieh es bitte für keinen anderen an!

Nun solltest Du aber wieder Pomuchelskopp zu mir sagen. Ich weiß, daß Du keinen anderen auch nur ansiehst. Grüß die Züge nach Cranz und Rauschen, Deine Mutter und Oma. Und natürlich Lümmel! Kriegt Ihr den überhaupt noch satt bei der Ernährungslage?

Ich liebe Dich.
Dein Leo

*

Königsberg Pr., den 12. Januar 1945

Lieber Leo,

ob Du diesen Brief überhaupt noch bekommen wirst, das ist die große Frage. Hoffentlich stimmt Deine Feldpostnummer noch! Es ist alles so schrecklich und man muß sehr mutig sein. Aus dem grünen Block sind schon fast alle weg. In den verlassenen Wohnungen sind Flüchtlinge einquartiert. Zu essen haben wir jetzt mehr als genug, aber das ist kein richtiger Trost, weil wir bestimmt auch wegmüssen. Oma sagt, sie geht nicht weg, sie sagt, auf ostpreußischer Erde ist sie geboren und auf ostpreußischer Erde will sie sterben und auch begraben sein. Mischkes sind auch fort.

Mama arbeitet nicht mehr in der Munitionsfabrik in Karschau, da ist auch alles verlegt, die Russen sind zu nah dran. Ich will nicht weg, aber wir werden wegmüssen. Eben war Paschke da, der Ortsgruppenleiter. Er sagt, nichts wie weg mit Frauen und Kindern, der Seeweg über Pillau ist noch offen. Lümmel winselt den ganzen Tag. Bestimmt weiß er, daß was los ist. Deine Tante geht auch nicht weg. Sie sagt, die Russen werden ihr nichts tun. Sie war nicht in der Partei oder Frauenschaft. Sie hat keinem was getan, sagt sie, und die Russen werden ihr auch nichts tun. Alles Nazi-Propaganda, daß die Russen ihr was tun würden, sagt sie. Sie hat mir Tee im Samowar — hab ich das richtig geschrieben — gemacht und einen Kuchen aus Beutemehl gebacken. Sie war ganz ruhig. Die Sikorski ist auch bei uns, ihr Häuschen in Jedwabno hat sie schon im Herbst verlassen müssen. Wird schon alles gut werden, sagt sie immer.

Ich weiß nicht, ob noch was gut wird. Ich glaube es nicht. Lümmel glaubt es auch nicht.

Fortsetzung folgt



„Guten Morgen, ein Telegramm für Sie!" — Scherenschnitt von Hannelore Uhse

Elfriede Weyer-Hopp

Der verwelkte Zagel

Kennt ihr die alte Bockelsche? Solange ich mich zurückerinnern kann —und das sind bald fünfzig Jahre her — hatte sie schon den Beinamen ‚alte'. Meine Mutter sagte, Frau Bockel sei schon in jungen Jahren wurzelartig verschrumpelt. Im übrigen war sie gesund und mobil wie eines von den kleinen Stintchens im Mauersee.

Auf ihrem kleinen, nicht sehr fruchtbaren Acker schuftete sie wie ein Mann. Und auch sonst war sie wie ein Mann: sie rauchte scheußlich stinkenden Knaster in einer kurzen Stummelpfeife und — was soll ich groß drumherum reden — sie soff. Ihr Ehemann, klein, still und farblos, spielte überhaupt keine Rolle neben ihr.

Um so mehr läßt sich von ihr selbst manch Erheiterndes berichten. Fehlte es ihr etwa an Geld für ihren geliebten ‚Ficho', dann kam es ihr auf einen kleinen, listigen Beschiß nicht an.

Stellte sie doch einmal auf ihrem Marktstand in Lötzen zwischen anderen Auslagen ein Nest mit vier großen Eiern aus. „Schöne Bruteier. Ganz was Besonderes. Stück eine Mark" war auf einem Schildchen zu lesen. Ein Preis, der damals für Gänsebruteier gezahlt wurde.

Eine Bauersfrau, die selbst keine Zuchtgänse hatte, aber Gänseeier zum Ausbrüten unter Hühnerglucken legen wollte, fragte, was für besondere Zucht das sei.

„Ih, was soll ich da viel reden, Madamchen", antwortete die alte Bockelsche, „kaufen Sie man die Eierchens und legen Sie sie unter die Gluckchens. Staunen werden Sie, Madamchen, reinweg staunen."

Was später ausschlüpfte, war nun wirklich zum Verwundern. Die ‚Gössels' hatten lange, spitze Schnäbel und Stelzenbeine. Das Storchenpaar, das sein Nest auf dem Bockelschen Stall hatte, brütete in diesem Jahr keine Jungen aus.

*

„Bockelsche", schrie die Bauersfrau erbost bei ihrem nächsten Marktbesuch, „du hast mich angeschmiert! Adebars sind rausgekommen, aber keine Gans'chens!"

„Hab' ich was gesagt von Gans'chens? Hat was auf dem Schild gestanden von Gans'chens? Hab' ich nicht gesagt, Sie werden staunen? Und haben Sie nicht gestaunt?" konterte die Bockelsche.

„Aber du hast gesagt, 'ne ganz besondere Zucht."

„Na, und war das keine, trautstes Madamchen?"

Die Bauersfrau lachte und gab sich geschlagen.

*

Kam an einem taufrischen Morgen der Viehhändler Doliva auf ihren Hof. „Man hört und hört, du willst eine Kuh verkaufen, Bockelsche?"

„Wenn sie was Ordentliches bringt, ja. Wenn nicht, nein. Is ein zu hübsches Kuhchen."

Die Kuh war klein, soweit aber gut im Schuß, weil die Bockelsche ihr Vieh heimlich auf unsere Weiden trieb. Fünfhundert Mark bot der Doliva. Fünfhundertfünfzig verlangte die Bockelsche. Gottverdammich, keine Mark weniger. Beide schacherten hin und her, wie das so üblich war.

„Fünfhundertdreißig", sagte schließlich der Doliva, „und keinen Dittchen mehr. Ich nehm' sie, wie sie geht und steht."

Das war eine ständige Redensart von ihm, die nichts zu bedeuten hatte. Aber die Bockelsche legte ausdrücklich Wert darauf „Wie sie geht und steht, hast du gesagt, Doliva. Abgemacht."

Der Doliva zog mit der Kuh von dannen und brachte sie auf eine Koppel, auf der er zunächst das aufgekaufte Vieh sammelte, bis er einen Transport ‚ins Reich' zusammen hatte. Kam da eines Morgens der gerade schulentlassene Karl angerannt, der das Vieh zu versorgen hatte.

„Herr Doliva, Herr Doliva", trompetete er schon von weitem, „kommen Sie schnell! Bei der Kuh von der Bockelschen verwelkt der Zagel!"

Der Doliva lief hin. Richtig, die Kuh war noch rund und hübsch. Aber das untere Ende vom Schwanz war verschrumpelt, man konnte es kaum glauben.

„Bockelsche", schrie er, kaum daß er voller Wut auf ihren Hof gefahren war, „Bockelsche, du hast mich angeschissen. Der Kuh verwelkt der Zagel!"

„Doliva, ich möcht' rein meinen, du hast dir am frühen Morgen schon einen zuviel genehmigt", griente die Bockelsche. „Eine Kuh is keine Blume nich, soviel ich weiß. Was kann da welken?"

„Ich will dir sagen, was welken kann: Die Kuh hat sich bei irgendwas den Zagel bald ganz abgerissen, am Stacheldrahtzaun oder was weiß ich. Und du hast ihn fein angenäht. Du gibst mir das Geld zurück und holst deine Klabache oder ich zeig dich an beim Gendarm Knulcke wegen Betruges."

„Ich seh' und seh' um mich, Doliva. Aber weit und breit kein Betrug zu sehen. Hast du nicht eingeschlagen: wie sie geht und steht? Lauf' man zum Knulcke, der möcht' amend schön lachen!"

*

Was soll ich darüber noch weiter berichten? Der Knulcke bekam nichts zum Schreiben und bekam auch nichts zum Lachen. Gelacht haben vielmehr die Bauern in Gembalewskis Krug, wenn der Doliva die Geschichte mit dem verwelkten Zagel zum besten gab.

Am lautesten lachte mein Vater, nicht ahnend, daß er das nächste Opfer der Bokkelschen werden würde.

*

Wie schon gesagt, wenn auch sonst nichts gut auf ihrem Hof gedieh, die zwei, drei Kühe, die sie hatte, waren im Sommer immer glatt und rund. Aus gutem Grund, wie wir schon erfahren haben. Eines Tages wurde das unserem Schweizer Paik zuviel. Er hatte eine Kuh beim heimlichen Grasen auf unseren Wiesen eingefangen, stellte sie in unseren Stall und sagte zu meinem Vater: „Diesmal muß die Bockelsche Pfand zahlen. Zwei Mark mindestens. Ich hab' auch meine Hosenträger beim Einfangen zerrissen." Mein Vater versprach, sich diesmal auf keinen Fall von der Bockelschen breitschlagen zu lassen.

Ich sehe ihn noch an seinem Schreibtisch sitzen. Von dort aus konnte er den ganzen Hof übersehen. Er schien mir aber nicht sehr in seine Arbeit vertieft. Immer wieder sah er auf, und er paffte auch ein wenig schneller an seiner Zigarre als sonst.

„Da kommt das Ungewitter", verkündete er schließlich.

Ich genoß das kommende Schauspiel aus dem Hintergrund.

Die Bockelsche trat ein, sanftmütig die Klotzkorken ausziehend und an der Tür stehenbleibend.

„Das Herrchen möcht' man verzeihen, aber ich komm' nur mein Kuhchen holen, das sich verlaufen hat."

Mein Vater räusperte sich. „Bockelsche", sagte er schließlich, „diesmal mußt du blechen. Der Paik besteht darauf, und seinen Hosenträger hat deine Kuh auch zerrissen."

„Hat das Herrchen wohl das Kuhchen gesehen? Es ist ein freundliches Kuhchen. Stößt keinen, schlägt keinen, zerreißt keine Hosenträger nicht. Und wo soll ich zwei Mark hernehmen? Das Herrchen kann mich auf den Kopp stellen und schütteln. Kein einziges Dittchen möcht' herausfallen. Liebes Gottchen soll mich auf der Stelle strafen, wenn auch nur ein halbes Dittchen möcht' herausfallen!"

„Das liebe Gottchen laß man besser aus dem Spiel. Der möcht' amend gesehen haben, daß du deine Kuh heimlich auf mein Feld treibst und sich rundfressen läßt."

So ging das Geplänkel eine Weile hin und her und es endete, wie es enden mußte: mein Vater hatte sich breitschlagen lassen.

„Schön, ich werd' die zwei Mark dem Paik aus meiner Tasche bezahlen. Aber du hältst darüber den Mund, damit er mich nicht noch auslacht!"

„Ih, wo werd' ich", versicherte die Bockelsche fröhlich. Ging aber gleich geschickt über ins Klagen darüber, daß sie kein Saatgut hätte, um den Winterroggen einzusähen.

„Mußt nicht immer alles versaufen, Bokkelsche, dann möchst auch Saatgetreide haben", ermahnte sie mein Vater.

„Na, schmeckts dem Herrchen nicht auch manchmal?" Dagegen war nichts zu sagen. Kurz und gut, die Bockelsche hatte schließlich auch noch zwei Sack Petkuser aus ihm herausgelockt.

„Die Säcke aber bringst du mir zurück. Die hab' ich in Königsberg extra für mich bedrucken lassen mit meiner Anschrift. Jeder Sack kostet 'nen Taler."

„Aber na ja doch, wo werd' ich nich. Übermorgen, was sag ich, morgen sind die Säcke wieder hier."

Mit vielen guten Wünschen — das liebe Gottchen möge das Herrchen segnen, auch seine Frau und die Kinderchens, die Hundchens und Katzchens und auch sonst alles — verschwand die Bockelsche mit ihrer Kuh, die nun zwei Säcke Petkuser trug.

Eine Woche verging nach der anderen, die Säcke kamen nicht zurück. Mein Vater fluchte, aber davon kamen sie auch nicht angeflogen. Eines Tages war er mit Freunden zur Entenjagd. Und wo endete eine Jagd am Pietzarker See? Natürlich in Gembalewskis Krug. Als die Jäger fröhlich eintraten, um sich einen zu genehmigen, da standen vor dem Tresen die beiden Säcke mit Petkuser, schön bedruckt mit Namen, Anschrift und Telefonnummer meines Vaters.

„Fritz Gembalewski", schrie mein Vater, „wie kommen die Säcke hierher?"

Der kratzte sich verlegen den Kopf. „Wie möchten sie hergekommen sein? Die Bockelsche hat sie versoffen, oder richtiger, sie hat sie zum Pfand hiergelassen. Aber einlösen kommt das Aas sie nicht."

Was blieb meinem Vater übrig? Wollte er nicht in den Ruf kommen, die beiden Säcke beim Fritz Gembalewski versoffen zu haben, mußte er sie einlösen. Und das tat er ja denn auch. Außerdem war natürlich eine Runde für die vor Gelächter kaum noch japsenden anderen Gäste in der Schankstube fällig. Spät in der Nacht, bei silbernem, friedlichem Mondschein, hielten die beiden Säcke Petkuser wieder dort ihren Einzug, wohin sie gekommen waren.

Meine Eltern haben noch lange darüber gelacht. Der ‚weitgereiste' Petkuser soll — nach Angaben meines Vaters — besonders prächtig gediehen sein . . .

Gestern kam nun mein Päckchen an die alte Bockelsche aus einem Altersheim in Leipzig zurück mit dem Vermerk: Adressat verstorben. Ihr, die ihr die alte Bockelsche gekannt oder sie jetzt kennengelernt habt, trauert ihr ein wenig mit mir? Ein Stückchen altes, originelles Masuren ist von uns gegangen.



Frauen aus Cranz verkaufen auf der Straße Fische und treffen sich zu einem gemütlichen Plauderstündchen

Foto Jaedicke-Mauritius



Kühe und Kähne am Kurischen Haff

Foto Karl Grunwald

An den Arbeiten messen ...

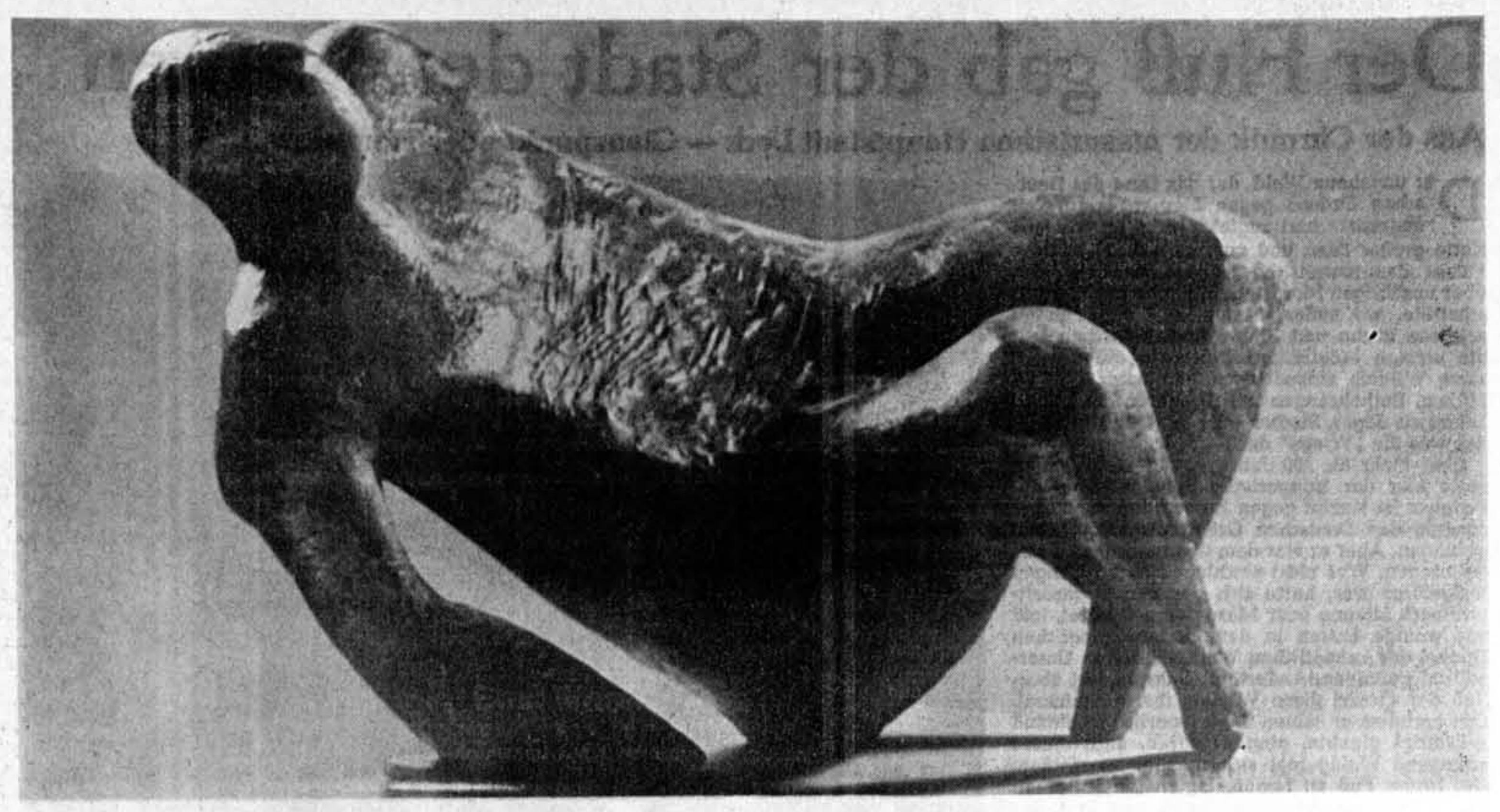
K. H. Engelin und sein Werk

Das allein ist entscheidend für mich: man muß weiterarbeiten, wenn man spürt, daß das, was man tut, das einzig richtige für einen selber ist. Dann ist eines Tages die Zeit da, um zu zeigen, was man gemacht hat." In seiner ruhigen, besonnenen Art sagt das Karl Heinz Engelin, dessen Bronzeplastiken vom 6. März bis zum 4. Mai in der Ostdeutschen Galerie in Regensburg ausgestellt sind.

Die 50 Bronzeplastiken verschaffen einen umfassenden Überblick und geben Zeugnis von Werk und Werdegang des Künstlers. Die Plastiken aus älterer Zeit zeigen deutlich ihren gegenständlichen Ursprung, sind aber nicht naturalistisch, sondern „figürlich", um es mit einem Wort Engelins zu sagen, so der ‚Flötenbläser' von 1952, der ‚Liegende Mann' von 1958 und die Harlekinbronzen, die alle Schwere des Materials aufheben und Leichtigkeit, Poesie und hintergründigen Humor ausstrahlen.

In den folgenden Schaffensjahren wird in den Arbeiten immer mehr das Typische des Gegenstandes herausgestellt: menschliche Figur ist ganz in bildhauerische Form umgesetzt. Meisterhaft ist dies gelungen am ‚Rossebändiger' und in der Bronze ‚Sitzendes Paar', denn hier ist nicht mehr das Paar wichtig, sondern nur noch die Form.

Die neueren Arbeiten muten zwar abstrakt an, sind es aber nicht. Engelin hat sich ganz von der Figur gelöst; seine Figuren verleugnen aber nicht, daß sie ihren Ausgang von der Natur genommen haben. So wird ein altes Bügeleisen oder eine Handnähmaschine zum Thema seiner Arbeit. Die Plastiken bekommen eine Dreidimensionalität, von der es keine Frontalansicht gibt. Von jedem Blickwinkel aus offenbart die Bronzeplastik das Typische ihres Wesens. Die ‚Sanduhr' und das ‚Saiteninstrument' sind besonders bemerkenswerte Werke von Karl Heinz Engelin, denn in ihnen sind die Merkmale des ursprünglichen Gegenstandes ganz in eine neue Wirklichkeit umgesetzt.



Liegender Mann: Eine Bronzearbeit des Bildhauers Karl Heinz Engelin aus Memel — Foto Engelin

Hervorzuheben sind noch die Plastiken des Zyklus ‚Jahreszeiten'. Aus einer gleichen Grundform wird die Fortentwicklung der Jahreszeiten demonstriert. Frühling: Aus einem Kugelgebilde schießen Knospen, Röhren heraus. Sommer: Aus der abgewandelten Kugel entwickeln sich vegetative Details nach oben. Herbst: Entwickelte Frucht neben taubem Gehäuse. Winter: Die runde Mittelform wird spitz und abweisend.

Die Ausstellung wird durch Handzeichnungen ergänzt, welche die unverwechselbare Handschrift Engelins zeigen, der sich ganz und gar von seinen Lehrern unterscheidet. Diese waren nach dem Studium der Kunstgeschichte und einer Steinmetzlehre in Kiel Wilhelm Gerstel in Freiburg im Breisgau und Edwin Scharff in Hamburg. 1953 erhielt Engelin, der Meisterschüler bei Gerstel geworden war, den Preis der Akademie und hatte einen Studienaufenthalt in der Klasse von Ossip Zadkine in Paris. In der Ausstellung der Ostdeutschen Galerie in Regensburg zeigt Engelin eine erste Rückschau über seine eigenwilligen Arbeiten, die von einer urwüchsigen Begabung und von bildnerischer Sensibilität zeugen.

Karl Heinz Engelin wurde 1924 in Memel geboren und hat seit 1959 zusammen mit seiner Frau, Gisela Engelin-Hommes, einer Studienkollegin, ein Atelier in Hamburg. Die Kinder — ein Mädchen und zwei Jungen — fordern den Eltern ein streng geregeltes und diszipliniertes Arbeitsleben ab. Fleiß, Schaffensfreude und spielerische Phantasie sind die Voraussetzungen für die Erfolge, die beide Künstler schon gehabt haben.

Viele ihrer Werke wurden in Hamburg aufgestellt. Gisela Engelin-Hommes' ‚Tänzerinnen' an der Leharstraße, die ‚Zirkusreiterin' an der Meiendorfer Straße und die große Bronzeplastik ‚Hexenfahrt', die im vorigen Jahr am Hamburger Fischmarkt aufgestellt wurde, finden großes Interesse und Anerkennung. Augenblicklich gilt ihr ganzes Interesse einer Plastik, die ihren Platz vor dem Müllverbrennungskraftwerk am Stellinger Moor erhalten wird.

Karl Heinz Engelins ‚David' in St. Katharinen ist seit Jahren ein interessanter Blickpunkt für die Besucher dieser Hamburger Hauptkirche in der Innenstadt. Seine Plastik ‚Mann und Pferd' an der Manshardtstraße in Hamburg-Horn, der ‚Rossebändiger' an der Schöneberger Straße in Hohenhorst und vor allem seine Edelstahlkompositionen am Osdorfer Born, an der Spanischen Furt in Schnelsen und im CCH, dem neuen Kongreßzentrum in Hamburg, finden viele Bewunderer.

In ihrer bescheidenen, zurückhaltenden Art legen beide Künstler keinen großen Wert auf Publicity. Sie sagen übereinstimmend: „An unseren Arbeiten wollen wir gemessen werden, sie zeigen Wesentlicheres als das, was man mit Worten darüber sagen kann." **Klaus Granzow**

Von Küsten und Häfen

Bilder von Kurt Schmischke wurden in Hamburg ausgestellt

Hohe Masten ragen in den Himmel, Segel flattern im Wind und dumpf dröhnt das Rasseln der Ankerkette.

Doch leider ist alles nur eine Täuschung — die Drei- und Viermastbarken befinden sich in großen Glaskästen, es sind Nachbildungen der einst so stolzen Hamburger Flotte. An den Wänden hängen Bilder von faszinierender Schönheit. Fischkutter, Bagger und Raddampfer, Werften und die St.-Pauli-Landungsbrücken in Hamburg — Fernweh ergreift den Betrachter. In der Schiffahrtsabteilung des Museums für Hamburgische Geschichte, dort zwischen Segelschiffen, Gallionsfiguren und Porzellan, wurden im Februar zwei Wochen lang Zeichnungen und Aquarelle des Ostpreußen Kurt Schmischke ausgestellt.

Der Künstler wurde 1923 in Osterode geboren und zog bereits 1927 nach Berlin. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges besuchte Kurt Schmischke zwölf Semester lang die Hochschule für bildende Künste in Berlin, wo er bald darauf auch erste Kontakte zu Berliner Tageszeitungen und Jugendbuchverlagen aufnahm. Seit 1956 nun lebt er in Hamburg.

Schmischke, selbst ein begeisterter Segler, kann seine Liebe zur See nicht verleugnen. Mit raschen, einfach anmutenden Pinselstrichen fängt er Situationen ein und bringt mit seinen Zeichnungen und Aquarellen dem Betrachter die Stimmung auf See und an der Küste nahe. Seien es nun Bilder von der Umgebung Hamburgs oder skandinavische Fjorde und die Mittelmeerküste, Schmischke gelingt es, mit wenigen Strichen, das Wesentliche einzufangen. Von seinen unzähligen Reisen in die nordischen und südlichen Meere zeugen seine Reiseskizzenbücher, in denen der Maler seine Eindrücke festgehalten hat.

Die weite See mit ihren Menschen und die Stimmung dort draußen haben es Kurt Schmischke augenscheinlich angetan. So sind denn auch seine Illustrationen zu Büchern von Rudolf Kinau, Hans Leip, Walter Rothenberg, Ludwig Tügel und Fritz Brustat-Naval von besonderem Reiz. Für die Abenteuergeschichten „Moby Dick" und „Die Schatzinsel" hat der Ostpreuße ebenfalls einige Motive gezeichnet.

Obwohl Kurt Schmischke schon lange in Hamburg ansässig ist, wird er seine Heimat nicht verleugnen können. Viele seiner Motive erinnern an die Weite und Schönheit Ostpreußens. **Silke Steinberg**



Fischer bei der Arbeit: Die Liebe zur See wird in allen Zeichnungen von Kurt Schmischke spürbar

Gespräche und kein Ende

Die Diskussion um die Deutsche Nationalstiftung hält an

Vor mehr als zwei Jahren kündigte der damalige Bundeskanzler Willy Brandt in seiner Regierungserklärung die Errichtung einer ‚Deutschen Nationalstiftung' an. Die Hochstimmung, mit der damals dieser Vorschlag begrüßt wurde, scheint heute längst verflogen. Allerorten zerbrach man sich den Kopf, wie man am besten an die Lösung des Problems heranginge. Heute aber werden allmählich Stimmen laut, die bezweifeln, ob das Projekt einer ‚Deutschen Nationalstiftung' überhaupt noch in dieser Legislaturperiode verwirklicht werden kann. Bundesinnenminister Maihofer hingegen, in dessen Ressort die Planung der Stiftung fällt, gibt sich optimistisch: Die im Bundeshaushalt für 1976 vorgesehenen 25 Millionen Mark zur Errichtung der Stiftung würden einen ‚heilsamen Zwang' zu Fortschritten ausüben.

Schon seit einigen Monaten jedoch verhandelt das Bundesinnenministerium mit den Bundesländern. Grundlage für diese Gespräche ist ein interner Entwurf des Innenministeriums. Dort heißt es: „Die Stiftung fördert kulturelle Einrichtungen und Maßnahmen, die für den bundesstaatlichen Gesamtverband besonders bedeutsam sind und in denen der kulturelle Rang der Nation zum Ausdruck kommt ... Die Förderung von Einrichtungen auf künstlerischem und literarischem Gebiet, die Förderung von Museen und Bibliotheken, die Sicherung und der Erwerb alter und zeitgenössischer Kunst einschließlich Sammlungen und Nachlässen, die Pflege von ostdeutschem Kulturgut und die Förderung von Festspielen."

Die vorbereitenden Gespräche sollen zwar zügig vorangehen, ein Abschluß ist allerdings noch nicht zu erkennen. Als Hemmnis für das gesamte Projekt wirkt sich vor allem die von den Ländern strikt verteidigte Kulturhoheit aus. Einig ist man sich lediglich darüber, daß vor der Errichtung der Stiftung ihr Aufgabenbereich, die Organisation und die Finanzierung geregelt sein müßten.

Bundesinnenminister Maihofer betonte, er lege besonderen Wert darauf, daß Künstler ein aktives Mitspracherecht in der Nationalstiftung erhalten. Damit soll sichergestellt werden, daß zeitgenössische Kunstwerke nicht von Beamten, sondern von wirklichen Fachleuten bewertet und ausgewählt werden.

Nach dem Streit um das Umweltbundesamt ist die Frage, ob man Berlin als Sitz der Stiftung wählen sollte, bisher nicht wieder gestellt worden. Die ehemalige Hauptstadt des Deutschen Reiches war nicht nur wegen des Wiedervereinigungsauftrages in der Präambel des Grundgesetzes dafür vorgesehen, sondern auch wegen der vielfältigen Möglichkeiten, die Berlin einer ‚Deutschen Nationalstiftung' bieten könnte.

So wird als wichtigste Anregung für das neue Projekt die Stiftung Preußischer Kulturbesitz angesehen, die später vielleicht einmal mit der Nationalstiftung koordiniert werden soll.

Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz, an der der Bund und Länder beteiligt sind, hat die Aufgabe, Kulturgüter des früheren Staates Preußen zu bewahren, neue Werte zu schaffen und den Kulturaustausch zwischen den Völkern zu fördern. Etwa 1400 Mitarbeiter bemühen sich in vierzehn staatlichen Museen, der Staatsbibliothek, im Geheimen Staatsarchiv und anderen der Stiftung angeschlossenen Institutionen um die Förderung der Kunst und tragen dazu bei, das Interesse der Allgemeinheit für kulturelle Belange zu vergrößern. Die Arbeit der Stiftung beschränkt sich aber nicht nur auf die Bewahrung der kulturellen Werte, sondern erfährt durch Forschung und Erweiterung des Kulturbesitzes eine besonders hoch zu wertende Ergänzung.

All die Einrichtungen, die der Stiftung preußischer Kulturbesitz angeschlossen sind, genießen in der gesamten Welt einen ausgezeichneten Ruf. Dieser Verdienst geht nicht zuletzt auf den Ostpreußen Hans-Georg Wormit zurück, der als Präsident diese Stiftung zum hervorragenden Beispiel für die ganze Welt entwickelt hat. Über lange Zeit hinweg hat die Stiftung wertvolle Kulturgüter erhalten und nie vergessen, daß Kultur nur dann lebendig bleibt, wenn man ihr keine Grenzen setzt.

Ingolf Herrmann

Der Fluß gab der Stadt den Namen

Aus der Chronik der masurischen Hauptstadt Lyck — Glanzpunkte der Herzogszeit

Der ungeheue Wald, der das Land des Deutschen Ordens gegen Litauen und Polen abgrenzte und zugleich sicherte, wo eine Kette großer Seen und nur vereinzelte größere Flüsse das urweltliche Dunkel zerrissen, das über unzähligen Morasten, Sümpfen und Teichen schattete, wo außer diesen Seen und Flüssen zahllose Bäche und Fließe dem Menschen fast die einzige Möglichkeit boten, in die unwegsame Wildnis einzudringen, um unter größten Mühen, Entbehrungen und Gefahren ein karges Leben als Jäger, Fischer oder Beutner zu fristen, das war die „Wiege" der Stadt Lyck.

Uber mehr als 100 Jahre vor ihrer Gründung hatte hier der kriegerische Preußenstamm der Sudauer im Kampf gegen Russen, Polen und besonders den Deutschen Orden um sein Dasein gerungen. Aber er war dem übermächtigen Feinde erlegen. Was nicht erschlagen oder gefangen fortgeführt war, hatte sich vor den Ordensrittern nach Litauen oder Masovien geflüchtet, und nur wenige hatten in dem undurchdringlichen Dunkel der heimatlichen Wälder sicheren Unterschlupf gefunden. Anderthalb Jahrhundert überließ der Orden diese Wildnis ihrem Schicksal. Erst nachdem er seinen Staat innerlich genügend gekräftigt glaubte, ging er daran, auch dieses entlegene Waldgebiet sich nutzbar zu machen. Um festen Fuß zu fassen, legten die Ritter an der Stelle, wo ihre Heerstraße den Lyck-See und -Fluß kreuzte, eine Befestigung an. So entstand auf einer strategisch vorzüglich gesicherten Insel das Schloß Lyck, das wohl 1408 seine endgültige Gestalt erhalten hat.

Der Ausgangs- und Stützpunkt für die weitere Besiedlung dieses Gebietes war damit geschaffen. Höchstwahrscheinlich haben sich auch bereits damals am gegenüberliegenden Ufer, und zwar in der Gegend der heutigen Schloßstraße, Ansiedler niedergelassen, die von den Ordensleuten auf dem Schlosse zu den üblichen Arbeiten für Haus und Hof gedungen waren. Sicherlich wäre damals schon aus dieser Siedlung allmählich eine Gemeinde entstanden, wenn nicht die Niederlage bei Tannenberg im Jahre 1410 die Ordenskraft in ihrem Kern erschüttert hätte. In den darauffolgenden 12 Jahren war das Ordensland der Schauplatz furchtbarer Raub- und Verheerungszüge der Polen und Litauer. In dieser Zeit war an eine Fortsetzung der Besiedlung nicht zu denken. Man versuchte, Untertanen des benachbarten Herzogtums Masovien heranzuziehen, das sich — mit wenigen Ausnahmen — dem Orden seit dessen Ankunft in Preußen freundschaftlich erwiesen hatte. Die Masovier kamen gern und zahlreich. Sie fanden Lebensbedingungen vor, die von denen ihrer Heimat wenig verschieden waren. Ohne weitere kulturelle Ansprüche, mit dem Wenigsten zufrieden, erwarben sie sich, was sie brauchten, durch Jagd, Fischerei und Bienenzucht.

Die Masovier haben sich unter dem Schutze des Ordens sichtlich wohlgefühlt. Dafür spricht vor allem ihre außerordentliche Vermehrung, die es ihnen nach Schließung der Grenzen ermöglichte, fast die ganze alte Wildnis, etwa von der Rominte bis zu Alle, zu besiedeln. Dem Orden, wie auch späterhin den Herzögen gegenüber haben sie sich stets als getreue Untertanen erwiesen.

Bartusch (= Bartolomäus) Brattomi, eine Preuße, oder — wahrscheinlicher — ein Masovier, nahm es auf sich, am Ufer gegenüber der Schloßinsel, wo schon vor einem Menschenalter Hütten gestanden haben mögen, ein Dorf anzulegen. Er erhielt deshalb von dem um die Besiedlung und Kultivierung Masurens besonders verdienten Hochmeister des Deutschen Ordens, Paul von Rußdorf, eine Verschreibung, die als die Geburtsurkunde der Gemeinde anzusehen ist. Diese Urkunde enthält die Grundlagen, auf denen sich Lyck vom Dorfe zur Stadt entwickelt hat. Diese junge Gemeinde nannte sich zuerst nach dem Fluß „zur Licke, später dann „Lyck". Die Kolonisten zur „Licke" erhielten für zu leistende Dienste im Schlosse freie Fischerei im Lyck- wie im Sanowo-See, im Sanowo-Fließ und im Lyckfluß, allerdings nur „zu Tisches Notdurft".


In der Kaiser-Wilhelm-Straße in Lyck — Foto Zerkowski

Es gab damals noch keinen Krug im Dorf, das Warenhaus des Mittelalters. Es ist dies um so beachtenswerter, als Lyck wenige Generationen später ihrer über 50 und damit mehr, als sonst eine ostpreußische Stadt besaß! Nur das Schloß besaß damals die zum Bierbrauen nötigen Einrichtungen, wie Pfannen, Kessel u. a. m.

Eine bevorzugte Stellung hatte der Schulze, der Lokator, inne. Er mußte für Ordnung und Zucht im Dorfe sorgen. Ob Bartosch Brattomi diese Aufgabe völlig erfüllt hat, wissen wir nicht. Daß er aber eine lebens- und entwicklungsfähige Schöpfung hinterlassen hat, beweist die Tatsache, daß noch nicht ein Menschenalter später der Hochmeister daran dachte, das Dorf zur Stadt und damit zum wirtschaftlichen Mittelpunkt des ganzen Pflegeamtes zu erheben. Die Urkunde, die der neuen Stadt ein Gebiet von insgesamt 102 Hufen (= 6 120 Morgen) verlieh, schien eine neue Blütezeit einzuleiten. Da trat der erste Rückschlag ein. Ihm folgten bald weitere, wie ein kurzer Überblick über den Fortgang der Stadtgeschichte zeigen wird, aber keiner hat die Stadt so schwer getroffen, als eben jener erste, dem es allein zuzuschreiben ist, daß Lyck damals tatsächlich nicht Stadt geworden ist.

Von 1456-66 wütete der Krieg zwischen dem Orden und seinen Untertanen, den preußischen Ständen, die in den Polen nur allzuwillige Helfer fanden. Lyck, das seit 1455 wiederholt von Polen besetzt und ausgeplündert wurde, teilte das allgemeine Schicksal des Ordensstaates.

In der Friedensepoche des Herzogtums Preußen fällt die Glanzzeit der Stadt in wirtschaftlicher und geistiger Beziehung. Herzog Albrecht, der mit dem Ordensgewand zugleich den katholischen Glauben abgelegt hatte, setzte alle seine Kräfte daran, die neue Lehre Luthers nicht nur in seinem Staate, sondern auch in den Nachbarländern zu verbreiten. Er brauchte auch vor allem für Masuren Geistliche, die polnisch sprechen, denn von den alten Ordenspriestern waren die meisten dem katholischen Glauben treu geblieben. Unter den polnischen Protestanten befand sich auch der Krakauer Drucker Johann Maletius, der ebenso wie sein Sohn Hieronymus in der Kirchengeschichte der Stadt und Ostpreußens überhaupt eine hervorragende Rolle spielte.

Johann Maletius richtete mit Unterstützung des Herzogs 1536 bei Lyck eine Druckerei — die dritte in Preußen — ein, von wo aus nun zahlreiche Schriften evangelischen Inhalts nach Polen gingen. Aber auch im Lande selbst hat er sich durch den Druck der Bibel in polnischer Sprache Verdienste um die Evangelisierung Masurens erworben. Herzog Albrecht lohnte ihm das u. a. damit, daß er ihn, den Laien, zum höchsten Geistlichen der Diözese Lyck, zum Ehrenpriester, erhob. Wahrscheinlich erfolgte unmittelbar nach Beendigung des schrecklichen Bürgerkrieges die längst geplante Errichtung der Lycker Kirche. Jedenfalls geschieht im Jahre 1469 zum ersten Male ihres Pfarrers Erwähnung. Es ist ferner sehr wahrscheinlich, daß zur selben Zeit die überall übliche Kirchschule neben der Kirche entstanden ist.

In einer Zeit, in der das einzige Ziel der Schule Verständnis der Glaubensschriften war, erscheint es natürlich, daß die Geistlichen sich sehr um die Förderung der Schulen bemühten. Man geht wohl nicht zu weit, wenn man Maletius, Vater und Sohn, das Hauptverdienst an dem außerordentlichen Aufschwung zuschreibt, den die alte Lycker Kirchschule bald nach ihrem Tode nahm. 1587 wurde diese Anstalt zur „Provinzialschule" erhoben und erhielt die Aufgabe, polnisch sprechende Knaben für das Studium an der Universität Königsberg vorzubereiten. Damit war die Lycker Schule nicht nur für Masuren, sondern auch für das evangelische Masovien geistiger Mittelpunkt geworden.

Es ist leicht zu ermessen, daß dieser Umstand von größter Rückwirkung auf die wirtschaftliche Entwicklung des Ortes war. Hervorzuheben ist die äußerst bedeutungsvolle Verleihung des Wochenmarktes im Jahre 1560. Der Wochenmarkt war eigentlich ein städtisches Recht, und was den Herzog verhindert hat, dem Dorfe jetzt die Stadtgerechtigkeit zu verleihen, ist nicht mehr zu erkennen. Jedenfalls galt Lyck fortan als der wirtschaftliche Mittelpunkt des ganzen östlichen Masurens.

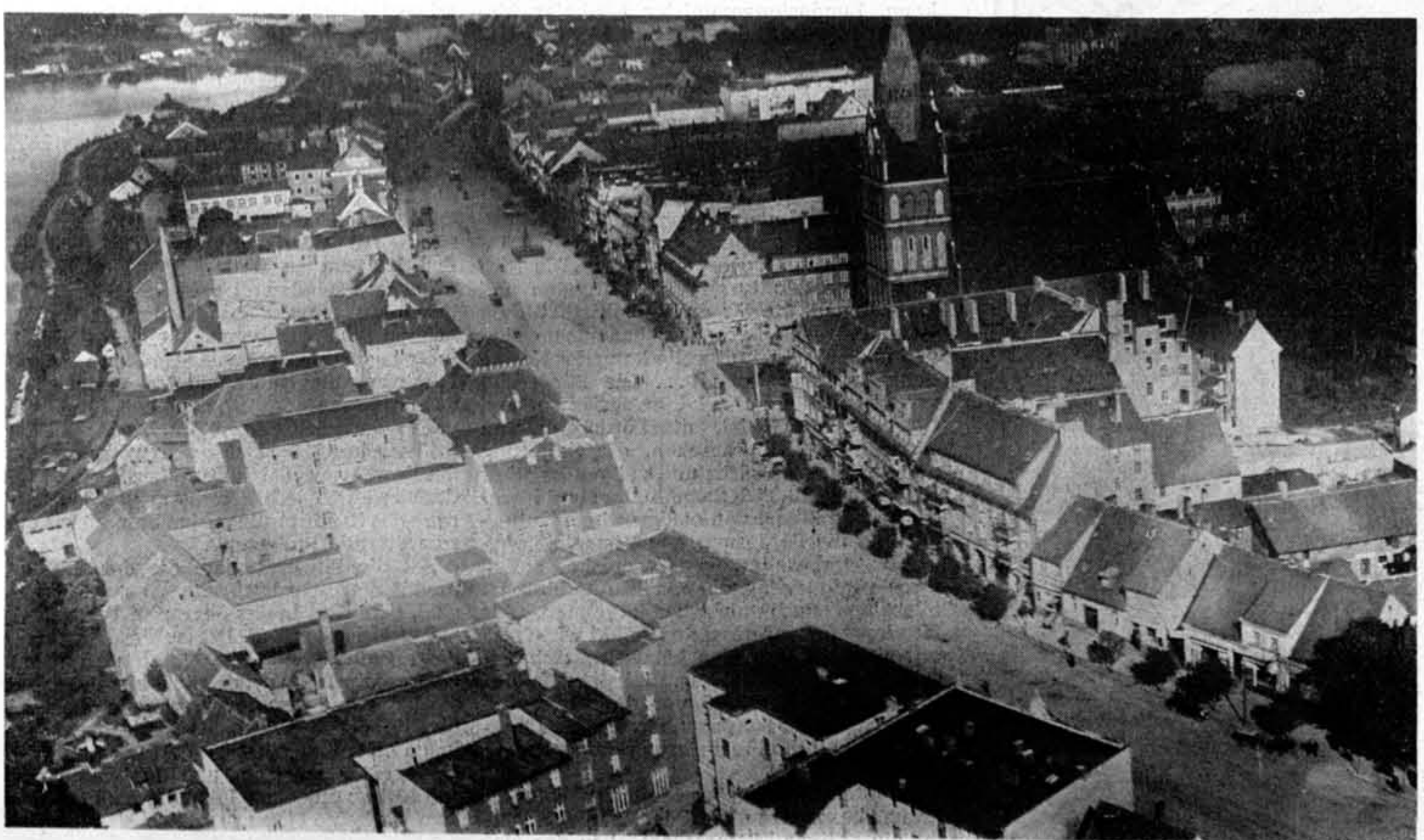
Wie gefestigt die Stellung Lycks war, beweist der Umstand, daß alle schweren Schicksalsschläge dieser Epoche seine Blüte wohl aufhalten, aber nicht vernichten konnten. So ging die Pest von 1559, von 1563, wie die von 1653 vorüber, und so auch die furchtbare Katastrophe des Tatareneinfalls von 1656, an den noch heute die „Tatarenberge" und der „Tatarensee" sowie ein masurisches Kirchenlied erinnern. Nach der Niederlage der verbündeten kurfürstlichen und schwedischen Truppen bei Prostken am 8. Oktober 1856 vernichteten die Polen und Tataren mit Feuer und Schwert das ganze Gebiet bis Angerburg und Insterburg. Am 9. Oktober ging auch Lyck in Flammen auf, doch konnten sich die meisten Bewohner auf die Schloßinsel retten, die die Feinde nicht zu erobern vermochten.

Mit Tatkraft an den Wiederaufbau

Mit ungebeugter Tatkraft gingen unsere Vorfahren an den Wiederaufbau der zerstörten Heimat. Danach erfolgte die Anerkennung als Stadt durch eine Urkunde des Großen Kurfürsten am 23. August 1669. Ein eigenartiges Schicksal hatte das alte Gerichtssiegel, das seit 1513 im Gebrauch war. Als die Stadt nämlich 1669 ein neues Siegel, den doppelköpfigen Janus erhielt, übernahm Ortelsburg den Lycker Wappenhirsch, den es noch heute führt. Lyck ist als deutsche Stadt gegründet bzw. wiedergegründet worden. (1425) — Nicht so sehr die verheerenden Brände von 1688, 1895, 1819, 1822 usw., nicht die furchtbare Pestseuche der Jahre 1709-10, auch nicht die Kriegsunruhen von 1758 und 1806/07 haben sie ihrer beherrschenden Stellung beraubt, als wohl vielmehr die allgemeine Entwicklung des Landes. Man kann wohl zusammenfassend sagen: Lyck hat, obwohl es in der Garnison ein wirtschaftsförderndes Element ersten Ranges besaß, obwohl es Männer von hohem Ruf, wie z. B. den Gelehrten Pisanski, den Geschichtsschreiber Ludwig von Baczko und den berühmten General von Günther aufweisen konnte, bis tief ins 19. Jahrhundert hinein das beschauliche und behaglichen Dasein der masurischen Landstädtchen geführt, höchstens als idyllischste Kreisstadt vor den übrigen ausgezeichnet.

Eine neue Zeit der Blüte brach heran mit der Eröffnung der Königsberg-Lycker Eisenbahn am 8. Dezember 1868. Andere Linien folgten schnell aufeinander. Das Dornröschen-Dasein fand damit sein Ende. Die Hauptstadt Masurens war einer der wichtigsten Eisenbahnknotenpunkte der Provinz geworden. Die Folge dieser Maßnahmen war ein großartiger Aufschwung der Stadt durch Verdreifachung der Einwohnerzahl und das Entstehen blühender Betriebe...

Martin Porath


Masurens Hauptstadt aus der Luft gesehen — Foto Plan und Karte

Gotischer Altar aus der Marienburg wieder aufgetaucht

Marienburg (jon) — Ein seit 1945 aus der Bartholomäuskapelle der Marienburg verschwundener gotischer Altartriptychon konnte nach 30 Jahren wiedergefunden werden. Wie aus einem Bericht der Danziger Zeitung „Glos Wybrzeza" hervorgeht, soll ein „Kulturfunktionär" aus Elbing, der in der Stadt als „honoriger Aktivist und Kunstförderer" galt, die vier Figuren des Triptychons voneinander getrennt und diese als sein Eigentum für hohe Summen an Kirchen und Kunstsammler verkauft haben.

Zwei Angestellte des Schloßmuseums von Marienburg entdeckten durch einen Zufall die Christusfigur des mittleren Triptychonteils — da sie den Alter von früher her kannten — in einer Warschauer staatlichen Kunsthandlung. Die Figur wurde hier für 250 000 Zloty (25 000 Mark) zum Verkauf angeboten. Da wurde der Danziger Konservator alarmiert, der den Verkauf des wertvollen Kunstwerkes verhinderte. Auf diese Weise kamen die Sicherheitsorgane auf die Spur jenes honorigen Aktivisten aus Elbing, der inzwischen zugab, das aus dem Jahre 1504 stammende Kunstwerk — von Hochmeister Friedrich von Sachsen der Kirche in Tenkitten, westlich von Königsberg, gestiftet — aufgeteilt und verkauft zu haben. Auch die übrigen Figuren aus dem Triptychon konnten bereits sichergestellt werden. In Kürze würden sie, so heißt es in dem Blatt, das Schloßmuseum in Marienburg schmücken.

Das Ostpreußenblatt

Ostpreußische Tragödie vor 30 Jahren

Nach Kapitulation wurde Königsberg zur Plünderung freigegeben — Von Hans Georg Tautorat

Schluß

Nach intensiver Vorbereitung gelang es dann am 19. Februar Teilkräften der 1. Infanterie-Division, der 5. Panzer- und seiner Volksgrenadier-Division durch einen Ausfall die Verbindung mit Pillau zurückzuerobern. In einem glänzenden militärischen Unternehmen wurde zugleich Metgethen genommen, dessen Bewohner vor drei Wochen von den Russen im Schlaf überrollt worden waren. Auch hier boten sich den deutschen Truppen grauenvolle Bilder, ebenfalls die Auswirkung der sowjetischen Aufrufe: „Tötet! Tötet! — Brecht mit Gewalt den Rassenhochmut der germanischen Frauen! Nehmt sie als rechtmäßige Beute!"

Mit mehr als hundert Divisionen, zwei Panzerkorps, Unmengen von Munition aus dicht an dicht aufgefahrenen Geschützen aller Kaliber und einem Drittel der gesamten russischen Luftstreitmacht setzte dann am 5. April der große Generalangriff ein. „Schwerpunkt der Angriffskeile waren Ponarth im Süden, Tannenwalde-Charlottenburg im Nordwesten: Zwei Tage darauf war der Nasse Garten verloren, im Norden ging der Einbruch über Juditten bis zu den Hufen. Erschreckend schnell und erbarmungslos kam das Ende heran, manch einer ging freiwillig aus dem Leben, das ihm in der Zukunft nicht mehr lebenswert erschien.

Am 8. April überschritt der Russe in der Nähe der gesprengten Reichsbahnbrücke den Pregel und bildete bei Kosse einen Brückenkopf. Noch einmal kam es in den späten Abendstunden auf Drängen der Partei zu einem von vornherein aussichtslosen Ausbruchsversuch der Bevölkerung unter Militärschutz in Richtung Samland, der sehr schnell scheiterte. An einigen Stellen waren jetzt die Russen bereits in der Stadt, die deutschen Widerstandsgruppen hatten oft keinen rechten Zusammenhang mehr. Außer Schloß und der Gegend um die Universität konnten zuletzt nur noch einige Gebäudegruppen, wie z. B. Trommelplatz-Kaserne und Teile der alten Stadtumwallung mit letzter Anstrengung gehalten werden. Die Lage war völlig ausichtslos geworden, und so entschloß sich General Lasch in seinem Bunker am Paradeplatz auch mit Rücksicht auf die wohl immerhin noch mehr als 100 000 Köpfe und rund 15 000 Fremdarbeiter und Kriegsgefangene zählende Bevölkerung zur Kapitulation, deren Bestimmungen später jedoch keineswegs gehalten wurden. Es wurde Abend, ehe die Kunde davon bei all den zerstreuten deutschen Truppen durchgedrungen war. Schon am nächsten Morgen begann nach Abgabe aller Waffen nach sieben Wochen tapfersten Widerstandes der traurige Marsch in die für die meisten jahrelange Gefangenschaft. Der ganze Schrecken asiatischer Barbarei brach nun über die unglückliche Stadt herein, die bis daher alles so standhaft ertragen hatte: Sie wurde vom 10. bis 12. April der zum Teil betrunkenen sowjetischen Soldateska gegen alles Völker- und Kriegsrecht zur Plünderung und Brandschatzung freigegeben.



Das letzte Aufgebot: Volkssturmmänner am Sammelplatz im April 1945 — Foto Schürer

Hitler, der in seinem steten Besserwissen und darin noch bestärkt von Koch, die Lage in Ostpreußen niemals richtig erkennen wollte, bekam auf die Nachricht von der Kapitulation einen seiner Wutanfälle und verhängte über die Familie des Generals Lasch die Sippenhaft. (General a. D. Dr. Grosse).

Mit der Kapitulation der Festung Königsberg am 9. April 1945 war die Hauptstadt Ostpreußens gefallen. Etwa 30 000 bis 35 000 Soldaten traten den Weg in die Gefangenschaft an. Mit ihnen der Oberbürgermeister Helmut Will, während Gauleiter Koch über See nach Westen entflohen war. Von den zurückgebliebenen 100 000 deutschen Zivilisten und 15 000 Fremdarbeitern sind die Erschlagenen, Verschleppten und Verhungerten nie gezählt worden. Als sich die Sowjetregierung im Frühling 1947 entschloß, die Deutschen aus Königsberg zu entlassen, lebten von ihnen nur noch etwa 25 000.

Das Ende der ostpreußischen Tragödie nach dem Fall der alten Krönungsstadt: In erbitterten Kämpfen verteidigten die deutschen Truppen, als „Armee Ostpreußen" dem General der Panzertruppen von Saucken unterstellt, die Reste ostpreußischen Bodens. Der Kampf im Samland dauerte nur noch drei Wochen. Vom 19./20. April ab gab es unter tatkräftiger Mitwirkung der Marine nur noch eine Riegelstellung auf der schmalen Landzunge zwischen Fischhausen und Pillau. Sinn dieses letzten Widerstandes war es, möglichst noch Zehntausende von Verwundeten und Flüchtlingen aus Pillau abzutransportieren. Am 25. April ging Pillau verloren, und die letzten Verteidiger setzten über nach Neutief. In den Sandbergen und Kiefernwäldern der Nehrung gingen die Kämpfe noch weiter, bis am 8. Mai der Waffenstillstand dem letzten Widerstand bei Stutthof ein Ende machte.

In der nüchternen Sprache der Zahlen stellt sich der Leidensweg der ostpreußischen Bevölkerung in großen Zügen wie folgt dar:

- Im Herbst 1944 evakuiert — 500 000
- Ab Januar 1945 mit Eisenbahn oder im Treck nach Westen — 250 000
- Über das Haff nach Danzig-Pommern — 450 000
- Von Pillau über die Nehrung nach Danzig-Pommern — 200 000
- Von Pillau über See nach Dänemark und deutsche Küste — 450 000
- In Ostpreußen zurückgeblieben — 500 000

Bis auf geringe Teile, die zurückgehalten wurden, ist der Rest der Deutschen in einer in der neueren Geschichte beispiellosen Aktion des Landes verwiesen worden. Die Gesamtverluste der ostpreußischen Bevölkerung durch Kriegseinwirkung und Vertreibung werden nach vorsichtigen Schätzungen auf 400 000 bis 600 000 Menschen beziffert. Zurückgeblieben ist ein ausgeblutetes Land mit Ruinen von einstmals blühenden deutschen Städten und Dörfern; das nach dem Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 unter dem ausdrücklichen Vorbehalt einer friedensvertraglichen Regelung unter sowjetische und polnische Verwaltung gestellt wurde. Dieser Zustand dauert noch heute an.

Wilhelm Reichermann:

Der Volksdichter Natangens

Vor 130 Jahren wurde er geboren

Noch heute hat er einen großen Freundeskreis vorwiegend unter den älteren Ostpreußen und oft werden wir gefragt, wo man Gedichte von Wilhelm Reichermann kaufen könne, aber es gibt sie leider nur noch hie und da antiquarisch. Vor 130 Jahren, am 26. Februar 1845, wurde Natangens Volksdichter in Kreuzburg geboren.

Die Reichermanns waren bereits mehr als 150 Jahre in Kreuzburg ansässig, als der kleine Wilhelm das Licht der Welt erblickte. Sie sind also eine alte natangische Familie. Nach dem Besuch der Elementarschule erlernte Wilhelm das Färberhandwerk, das auch sein Vater ausübte, und ging dann auf Wanderschaft. Sie führte ihn durch ganz Deutschland, Österreich-Ungarn, Norditalien, Dalmatien und die Schweiz. Zurückgekehrt, legte er die Meisterprüfung ab, übernahm nach dem Tode des Vaters 1874 dessen Färberei und heiratete die Kreuzburger Bürgerstochter Auguste Lemke. Aus der Ehe gingen neun Kinder hervor.

Sechs Jahre später verkaufte Wilhelm Reichermann das Geschäft an seinen jüngeren Bruder und erwarb stattdessen die Alte Ordensmühle. Er war jedoch nicht nur Geschäftsmann, sondern nahm auch regen Anteil am öffentlichen Leben und bekleidete 26 Jahre hindurch das Amt des Stadtverordnetenvorstehers, des ersten Bürgers einer Heimatstadt. Zusätzlich wirkte er noch als Kreisdeputierter des Kreises Pr.-Eylau. Seine Initiative waren die Einrichtung eines Elektrizitätswerkes in der Mühle, die Versorgung der Stadt Kreuzburg mit elektrischem Licht und der Bau der Kleinbahn von Kreuzburg nach Tharau zu verdanken. Reges Interesse Reichermanns galt auch der heimatgeschichtlichen Forschung.

Beliebt war Reichermann bald auch als humorvoller Schilderer von Beobachtungen und Erlebnissen, die er in natangischem Platt vortrug. Daraus entstanden schließlich seine Gedichte, die ihn bald über die Grenzen der Vaterstadt und Natangens hinaus bekanntmachten. Seit 1891 gelangten sie in achtzehn Bändchen an die Öffentlichkeit und fanden ein dankbares Leserpublikum. Daneben schrieb er auch einige hochdeutsche Gedichte. Überall galt er als der Volksdichter Natangens. Im Herbst des Jahres 1909 verkaufte Wilhelm Reichermann seine Mühle und übersiedelte in die Provinzhauptstadt Königsberg, wo er sich nur noch der schriftstellerischen Arbeit widmete und Professor Ziesemers Mitarbeiter am Preußischen Wörterbuch wurde, galt er doch als bester Kenner des Natanger Platt.

Wilhelm Reichermann starb am 9. März 1920, vor 55 Jahren. Fünf Jahre darauf setzte ihm die Stadt Kreuzburg, die ihm das Ehrenbürgerrecht verliehen hatte, ein Denkmal im Stadtgrund. Bei der Einweihung sang der Königsberger Gesangverein „Melodia", dessen Ehrenmitglied Wilhelm Reichermann gewesen war. **S**

Wald und Jagd im Memelland

Die Erinnerungen eines ostpreußischen Forstmannes

Eine liebenswerte Plauderei aus dem bescheidenen Blickwinkel eines heimattreuen Försters — eine schonungslose Schilderung des Werdeganges vom 17jährigen Forstlehrling zum verantwortungsfreudigen Heger und anerkannten Förster — schlicht in der Sprache, ehrlich, natürlich und anschaulich in der Sache. Ernstes und heiteres Alltagsleben ohne Beschönigung jugendlichen Überschwanges oder fast jungenhafter Schüchternheit bei ersten Treibjagden. Es ist der Alltag mit viel Arbeit, Lernen, allmählichem Hineinwachsen in den ersehnten Beruf, alle Erzählungen aber mit urwüchsigem Humor. Der Erzähler schont sich selbst nicht; man muß ihn gern haben. Das Leben bietet einem jungen Menschen ja so viele kleine Freuden, und der Leser nimmt still-schmunzelnd an allen heiteren und neckischen Erlebnissen teil und — verstärkt durch eigene Erinnerungen — auch an übermütigen, aber harmlosen Streichen. Auch mühsame Wege werden mit großer Selbstverständlichkeit bewältigt; täglich bei jedem Wetter 15 km Radfahrt zum Lehrlingsdienst. Kein Ruf nach staatlicher Hilfe, kein Gedanke an Kilometergelder. Es ist halt so. Das Lebensziel liegt fern; man will es erreichen, und man muß eben durchhalten. Und Schritt für Schritt weitet sich das Blickfeld, weil vorbildliche, verständnisvolle Lehrmeister, vor allem sein Oberforstmeister Luther und erfahrungsreiche Förster ihm fördernd zur Seite stehen.

Leichter Stolz über Erreichtes führt bald zu verantwortungsvolleren Diensten. Pflanzen und Tiere werden Freund; aber die Natur verlangt auch männliche Härte. Vorschriften werden zu Maßstäben eigenen Könnens. Erfahrungen, Erfindergeist und damit Gelingen und Freude am Beruf wachsen über vorgeschriebene Pflichten hinaus. So wird ein freier Mann — hier unbewußt der Erzähler selbst — zu einem Helden des Alltags. Das macht das kleine Büchlein groß. Es sprengt die engen Grenzen des kleinen Memellandes, kann Leserfreunde finden überall, wo der Mensch sich als dienendes Glied der umgebenden Natur fühlt, zumal Jäger, die hier in die abwechslungsreichen memelländischen Jagdgründe geführt werden. Ich selbst bin kein Waidmann; aber das Buch unseres verstorbenen Landsmannes Karallus erfreut mich trotzdem; es ist mehr als ein gelungenes Forstbuch der Heimat, empfehlenswert auch für die Jugend, vielleicht sogar ganz besonders für die Jugend.

Memelländer werden nach vielen Jahren von Karallus zu manchem alten Heimatgefährten geführt und zu unvergessenen Orten aller drei Kreise. Wir spüren die reine Heimatluft.

Der Zeichner der Deckelbilder, Graphiker und Maler Archibald Bajorat, hatte u. a. ja schon Freunde gewonnen durch seine treffenden, lebensvollen Darstellungen im Buche „Die Bewohner der Kurischen Nehrung im Spiegel ihrer Sagen".

Dem Verlag Gerhard Rautenberg in Leer und dem Zeitungsverleger F. W. Siebert, Oldenburg, gebühret aufrichtiger Dank für die Bearbeitung der Manuskripte, für die Bebilderung und die Herausgabe des Buches, mit dem Hans Karallus sich von uns verabschiedet hat.

Ein gütiges Schicksal hat das getreue Wirken unseres Freundes Hans Karallus vergolten mit Dienststellen in den schönsten Landschaften Deutschlands: 12 Jahre auf der Kurischen Nehrung, nach der Flucht im Allgäu bis zum Halali.

Henry Fuchs

Hans Karallus: Wild, Wald und Jagd im Memelland. Erinnerungen eines memelländischen Försters. Verlag Gerhard Rautenberg, Leer, 112 Seiten mit vielen Abbildungen, kartoniert 10,80 DM.



Nach einer Treibjagd in Ruß

Viele Vertriebene wünschen ein Grab in der See

Urnen auch aus Mitteldeutschland

Es hat erhebliches Aufsehen erregt, als wir vor nunmehr 14 Monaten über die Möglichkeit berichteten, sich auch in der Ostsee bestatten zu lassen. Zahlreiche Wünsche von Interessenten sind der „Ersten deutschen Reederei für Seebestattungen" in Hamburg zugegangen. Nicht zuletzt die Wünsche der Vertriebenen, die wenigstens auf der geographischen Länge und Breite ihres Geburtsortes bestattet werden wollen, wenn schon nicht in Ostpreußen, Danzig oder Pommern. Inzwischen hat die Reederei rund 200 Seebestattungen durchgeführt, 2000 Voranmeldungen sind eingegangen, 400 Bestattungsunternehmen in der Bundesrepublik und in der Schweiz sind für sie als Agenturen tätig, und ein Zweigunternehmen gibt es in England.

Es hat sich herausgestellt, daß 78 Prozent der Bestattungen nicht aufgrund von Voranmeldungen, sondern durch testamentarische Verfügungen zustande kamen, und das bedeutet, daß sich wesentlich mehr Menschen für die Seebestattung entschieden haben, als aus den Voranmeldungen hervorgeht.

Geblieben sind die Motive. Viele wollen ihre Angehörigen nicht mit den Kosten für einen Stein, für die Grabmiete und Grabpflege belasten. Andere sind einsam, niemand würde ihr Grab pflegen bzw. ihre Kinder wohnen so weit weg, daß sie sich doch nicht um das Grab kümmern könnten. Schließlich diejenigen, die da glauben, ihre ewige Ruhe eher im Meer finden zu können, als auf einem der überfüllten Friedhöfe, auf denen ihre Gebeine nach 10 oder 15 Jahren ohnehin exhuminiert und in Massengräbern untergebracht werden.

Welches auch die Motive sein mögen, die Seebestattung findet immer mehr Freunde, die sich darüber freuen, daß es im Meer noch mehr Platz und Ruhe gibt, als auf den Friedhöfen. Die Seebestattungen werden übrigens in der Ost- und Nordsee, auf Wunsch auch auf dem Atlantik vorgenommen. Üblicherweise erhalten die Angehörigen einen Ausschnitt der Seekarte mit der Auszeichnung der Position, an der die Bestattung vorgenommen wurde.

Schließlich darf festgestellt werden, daß über zehn Prozent der bisherigen Bestattungen Menschen betrafen, die aus Ostpreußen, Danzig, Schlesien oder Pommern kamen und daß dem Bestattungsunternehmen selbst Urnen aus Halle und Ost-Berlin zugeschickt wurden. **M. J. Tidick**

Steuerrecht:

Erhöhung der Freibeträge hat Vorteile

Jetzt gibt es einen „Altersentlastungsbetrag" – Altenheimbewohner auch berücksichtigt

Hamburg — Durch die am 1. Januar in Kraft getretene umstrittene „Steuerreform" ist auch der Bereich der Steuerfreibeträge neu geregelt worden. Unter Steuerfreibeträgen versteht man einen Einkommensbetrag für bestimmte Gruppen von Steuerzahlern, der steuerfrei ist.

Wie bisher gibt es auch ab 1975 den Arbeitnehmer-Freibetrag. Er ist jedoch von bisher 240 Mark auf 480 Mark verdoppelt worden. Dieser Freibetrag braucht nicht besonders beantragt zu werden, er ist in der Lohnsteuertabelle bereits berücksichtigt.

Ebenfalls erhöht wurde der Versorgungs-Freibetrag. Er wird für Versorgungsbezüge (Beamten- und Betriebspensionen, die voll versteuert werden müssen) gewährt. Dieser Freibetrag betrug bisher 25 Prozent der Versorgungsbezüge, höchstens jedoch 240 Mark jährlich und ist erhöht worden auf 40 Prozent der Versorgungsbezüge, höchstens jedoch 4800 Mark jährlich. Auch dieser Freibetrag braucht nicht beantragt zu werden, er wird von den Stellen, die die Pension auszahlen, automatisch berücksichtigt. Es sollte jedoch kontrolliert werden, ob das auch wirklich geschehen ist. Dazu genügt nach Ende des Jahres ein Blick auf die ausgefüllte Lohnsteuerkarte. Die Pensionen müssen auf der Rückseite der Karte in der letzten Zeile unter „Von den in der Spalte 3 bescheinigten Beträge entfallen auf steuerbegünstigte Versorgungsbezüge" eingetragen sein.

Ein neuer Freibetrag ist der Altersentlastungsbetrag. Er wird Personen, die über 64 Jahre alt sind, gewährt für alle Einkünfte, die nicht Renten oder Pensionen sind. Er kommt also zum Beispiel für Arbeitnehmer in Betracht, die nach Vollendung des 64. Lebensjahres noch weiter arbeiten. Der Altersentlastungsbetrag beträgt 40 Prozent der Einkünfte, höchstens jedoch 3000 Mark jährlich. Er braucht nicht beantragt zu werden, sondern wird vom Arbeitgeber automatisch berücksichtigt. Der bisherige Altersfreibetrag von 720 Mark für Ledige bzw. 1440 Mark für Verheiratete bleibt neben dem Altersentlastungsbetrag bestehen. Auch er wird gewährt, wenn der Steuerzahler zu Beginn des Kalenderjahres das 64. Lebensjahr vollendet hat. Der Altersfreibetrag wird auf der Lohnsteuerkarte von der Gemeindebehörde eingetragen, die die Lohnsteuerkarte ausschreibt. Ist dies versäumt worden, so kann der Freibetrag beim Finanzamt beantragt werden.

Einen weiteren neuen Freibetrag gibt es für Altenheimbewohner. Er wird auf Antrag beim Finanzamt gewährt, wenn der Steuerpflichtige oder sein Ehegatte Bewohner von Altenheimen ist oder anderweitig dauernd zur Pflege untergebracht ist. Voraussetzung ist jedoch, daß die für die Unterbringung gezahlten Kosten auch eine Betreuung der Person einschließen, also nicht nur als Mietzahlungen gelten. Der Freibetrag beträgt 1200 Mark jährlich.

K. D. Graichen

Recht im Alltag:

Mehr Krankengeld für Arbeitsunfähige

80 Prozent des „Regellohns" — Anpassung an Lohnentwicklung

Hamburg — Eine erfreuliche Neuregelung hat das Gesetz über die Angleichung der Leistungen zur Wiedereingliederung Behinderter gebracht: Das Krankengeld für Arbeitsunfähige wird künftig einfacher zu berechnen und — wichtiger noch — in etlichen Fällen höher sein als bisher. Es kommt nämlich, von einer Übergangszeit abgesehen, nicht mehr darauf an, ob ein Versicherter Familienangehörige zu unterhalten hat.

Das Krankengeld beträgt einheitlich 80 Prozent des „Regellohnes" (darunter ist das regelmäßige Bruttoarbeitsentgelt zu verstehen). Dieser Prozentsatz gilt einheitlich für die gesamte Dauer der Arbeitsunfähigkeit. Höchstbetrag des Krankengeldes ist das bisherige regelmäßige Nettoarbeitsentgelt, das in den meisten Fällen erreicht wird.

Berechnet wird der „Regellohn" nach dem Entgelt aus dem letzten Abrechnungszeitraum. Dieser Zeitraum muß im Regelfall vier Wochen umfassen und vor Beginn der Arbeitsunfähigkeit durch die Firma abgerechnet sein. Das Arbeitsentgelt wird um „einmalige Zuwendungen" (etwa Weihnachtsgeld) vermindert, sonst käme es dazu, daß eine einmalige Zahlung eine laufende Lohnersatzleistung erhöht.

Das laufende Arbeitsentgelt hingegen wird voll für die Berechnung des Krankengeldes angesetzt, auch dann, wenn es die Leistungsbemessungsgrenze (1974: 62,50 DM für den Kalendertag, 1975: 70 DM) übersteigt. Es wird durch die Zahl der Arbeitsstunden geteilt, mit der Zahl der wöchentlichen Arbeitsstunden malgenommen (einschließlich regelmäßig geleisteter Überstunden) und durch sieben geteilt. Das ergibt den Regellohn pro Kalendertag.

Von diesem „Regellohn" — höchstens von 62,50 DM (1974) oder 70 DM (1975) — wird das Krankengeld berechnet. Es beträgt demnach 1975 höchstens 56 DM kalendertäglich (nämlich 80 Prozent von 70 DM). Im Gegensatz zum bisherigen Recht wird das Krankengeld auch für Samstage und Sonntage gezahlt. Bei Arbeitsunfähigkeit während eines ganzen Kalendermonats gibt es für diesen Monat 30 Tage Krankengeld.

Ein Beispiel: Entgelt im Abrechnungszeitraum: 1600 DM; Arbeitsstunden: 160 Std.; wöchentliche Arbeitszeit: 40 Std.

1600 DM geteilt durch 160 Stunden ergibt einen Stundenlohn von 10 DM — mal 40 Wochenstunden gleich 400 DM — durch sieben geteilt gleich 57,14 DM kalendertäglicher „Regellohn". 80 Prozent davon ergeben 45,71 DM Krankengeld je Kalendertag, wenn damit der Nettolohn nicht überschritten wird — sonst gibt es den Nettolohn als Krankengeld.

Ist das Arbeitsentgelt nach Monaten bemessen (wie üblich bei Angestellten), so wird die Rechnung einfacher: Der Verdienst wird durch 30 (Tage) geteilt. Das ergibt bereits den „Regellohn".

Im übrigen gilt das hier zum Krankengeld Beschriebene auch für die Lohnersatzleistungen der übrigen Sozialleistungsträger (hier „Übergangsgeld" genannt). Einziger Unterschied: Es gilt eine höhere Leistungsbemessungsgrenze als in der gesetzlichen Krankenversicherung.

Und noch eine Neuregelung: Das Krankengeld wie das Übergangsgeld werden der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung — insbesondere der Lohnentwicklung — angepaßt und wie die Renten der gesetzlichen Rentenversicherung erhöht, wenn die Arbeitsunfähigkeit bereits ein Jahr besteht.

Günter Schneider

Lastenausgleich:

Auf Nachzahlungen noch Jahre warten

28. LAG-Novelle in Kraft getreten – Hilfe für SBZ-Flüchtlinge

Bad Homburg — Am 1. Februar ist das 28. Änderungsgesetz zum Lastenausgleichsgesetz, kurz 28. LAG-Novelle genannt, in Kraft getreten. Ihr Kernstück ist die sogenannte Frühverzinsung der Hauptentschädigung für Schäden in Mitteldeutschland und Ost-Berlin. Dafür gelten jetzt dieselben Grundsätze wie für Schäden in den Vertreibungsgebieten.

Wenn die Schäden vor 1953 eingetreten sind, wird der Zinszuschlag rückwirkend vom 1. Januar 1953 an gewährt. Bei später eingetretenen Schäden richtet sich der Beginn des Zinszuschlages nach den Umständen des jeweiligen Einzelfalles.

Nach der neuen Novelle bekommen nun die Sowjetzonenflüchtlinge und die ihnen gleichgestellten Personen den zehnprozentigen „Entwurzelungszuschlag" zur Hauptentschädigung. Dieser wird jedoch nur gewährt, wenn der Vertriebenenausweis „C" vorgelegt wird.

Wer von den Geschädigten bereits den Bescheid über die Zuerkennung der Hauptentschädigung erhalten hat, kann nach Mitteilung des Bundesausgleichsamtes mit erheblichen Nachzahlungen rechnen. Jedoch wird die Bearbeitung noch mehrere Jahre in Anspruch nehmen, denn die Bundesausgleichsverwaltung wird zunächst die noch unerledigten Anträge auf Schadensfeststellung wegen Vermögensschäden in Mitteldeutschland weiterbearbeiten. Bisher konnte erst die Hälfte entschieden werden. Hinzu kommt, daß bei der Bearbeitung der Altersrenten aus dem Lastenausgleich Vorrang haben.

Nach Auskunft des Bundesausgleichsamtes müssen sich die Betroffenen wegen der hier genannten Gründe und auch angesichts der verheerenden Personallage bei den einzelnen Ausgleichsämtern sehr lange gedulden. Besuche oder schriftliche Eingaben würden die Bearbeitung nicht beschleunigen. Also heißt es leider auch hier: Abwarten.

H. Z.

Das Mißverhältnis zwischen Staatsdienst und freier Wirtschaft

Düsseldorf — Ein Vergleich der voraussichtlichen Lebenseinkünfte bringt es an den Tag: Ein Angestellter des öffentlichen Dienstes erhält rund 40 Prozent mehr als der Mitarbeiter in der freien Wirtschaft — bei etwa gleichrangigen Positionen. Grund dafür ist die erheblich bessere Altersversorgung der Behördenangestellten, die durch die Zusatzversicherung gewährleistet wird. So bekommt der Angestellte des (höheren) öffentlichen Dienstes etwa 91 Prozent seines Arbeitsverdienstes als Rente, der Beamte immerhin 73 Prozent, der Angestellte nur knapp ein Drittel. Berechnungsgrundlage sind die heutigen Verdienste, seit Dienstbeginn verzinst. Die zukünftigen Entwicklungen wurden soweit möglich berücksichtigt. Der Staatsdienst wird auch aus anderen Gründen immer attraktiver als die Tätigkeit in der freien Wirtschaft: Sowohl Beamte wie Angestellte sind nach 10 bzw. 15 Berufsjahren praktisch unkündbar, Beamte haben Anspruch auf Beihilfen zu Arzt- und Krankenhauskosten, ihre Autoversicherung ist niedriger als die des „Normalbürgers", die Konditionen der Bausparkasse günstiger. Wen wundert es angesichts solcher Vergünstigungen, daß der öffentliche Dienst immer stärkeren Zulauf findet. . .

Schaubild Condor

Kurzinformationen

Flüchtlings-Beratungsstelle

Freiburg — In Anbetracht der ständig sich vergrößernden Zuwanderung von ausländischen Flüchtlingen aus dem nichteuropäischen Ausland wurde mit Wirkung vom 1. Dezember im Sammellager für Ausländer in Zirndorf bei Nürnberg eine spezielle Beratungsstelle für nichteuropäische Flüchtlinge eröffnet. Beauftragt mit der Leitung dieser Stelle wurde Otto Deutsch, der frühere Leiter des Zirndorfer Zweigbüros des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen. Die Adresse lautet: Caritas-Beratungsstelle für nichteuropäische Flüchtlinge, c/o Otto Deutsch, 8502 Zirndorf, Rothenburger Straße 29. Die neue Beratungsstelle arbeitet zusammen mit einer ähnlichen Beratungsstelle, die beim Caritasverband in Berlin eingerichtet ist und steht in Verbindung mit den fünf Caritas-Rechtsberatungsstellen für nichtdeutsche Flüchtlinge. Es wird gleichzeitig angestrebt, die Orts- und Kreiscaritasverbände im Bundesgebiet bei schwierigen Fragen nichteuropäischer Flüchtlinge beratend zu unterstützen.

kld

Versicherungsschutz

Hamburg — In dieser Jahreszeit steigt die Zahl der Unfälle auf dem Wege zur Arbeit und nach Hause. Kollegen, Angehörige, Bekannte und Nachbarn legen den Arbeitsweg oft gemeinsam im Auto zurück. Sie alle weist die Deutsche Angestellten-Krankenkasse (DAK) auf eine wichtige Ausdehnung des Unfallversicherungsschutzes hin, die rückwirkend vom 1. Januar 1974 in Kraft trat. Muß ein Umweg gefahren werden, um Teilnehmer einer Fahrgemeinschaft abzuholen oder abzusetzen, besteht auch während dieser Abweichung vom unmittelbaren Weg zwischen der Wohnung und dem Ort der Tätigkeit der Versicherungsschutz. Nach früherem Recht war er in der Regel unterbrochen. — Der Mitfahrer braucht nicht in demselben Betrieb tätig zu sein. Auch wenn Kinder zur Schule oder zum Kindergarten mitgenommen werden, bleibt der Versicherungsschutz erhalten.

Spätaussiedler

Hannover — Insgesamt 3418 Aussiedler und Zuwanderer aus der „DDR" haben 1974 in Niedersachsen eine neue Zuflucht gefunden. Im Jahr davor hatte Niedersachsen noch 3651 Personen aufgenommen. 1412 Neubürger kamen aus der „DDR", 2006 aus dem polnischen und sowjetischen Bereich sowie aus den übrigen Ländern des Ostblocks. Wie der Sprecher des Niedersächsischen Ministeriums für Bundesangelegenheiten ergänzend mitteilte, hätten im Regierungsbezirk Hannover 925 (1973: 895) Aussiedler und Zuwanderer ihre Wohnsitz genommen, im Verwaltungsbezirk Braunschweig 780 (752) und im Bezirk Lüneburg 741 (846). 376 (516) zogen in den Bezirk Hildesheim, 254 (252) in den Verwaltungsbezirk Oldenburg, 208 (229) in den Bezirk Osnabrück, 110 (216) in den Bezirk Stade und 24 (35) in den Regierungsbezirk Aurich.

mb

Bausparwettbewerb

Schwäbisch Hall — Die Bausparkasse Schwäbisch Hall tritt mit einem neuen Bausparwettbewerb an die Öffentlichkeit. Im Gegensatz zu früheren Aktionen dieser Art handelt es sich um einen offenen Wettbewerb, an dem jedermann teilnehmen kann — auch Nicht-Bausparer. Die Hauptattraktion sind eine Vielzahl von wertvollen Preisen, die unter den Teilnehmern verlost werden: Weltreisen, Urlaubsreisen nach Ceylon, Algerien und in europäische Länder, Personenautos, Sauna-Anlagen, Farbfernseher, Segelboote usw. Allerdings: Nur auf sein Glück bei der Verlosung soll sich niemand verlassen müssen. Das Bausparen habe ebenfalls nichts mit Glück zu tun, sondern mit Fleiß und Stetigkeit. Als „Belohnung" bekommt deshalb jeder Teilnehmer zehn Prozent der Abschlußgebühr von jedem Vertrag, den er vermittelt. Auf ähnliche Weise haben die Teilnehmer an den drei letzten Wettbewerben immerhin rund anderthalb Millionen DM auf ihre Konten buchen können. Der Wettbewerb läuft bis zum 31. Juli.

shb

Renten-Broschüre

Frankfurt/Main — Der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR) hat die Broschüre „Rente berechnen leicht gemacht" neu aufgelegt. Der Inhalt dieser Broschüre wurde mit den neuesten Zahlen versehen und gibt den Versicherten die Möglichkeit, ihren Rentenanspruch überschläglich selbst zu berechnen. Die Broschüre kann von der Pressestelle des Verbandes, 6 Frankfurt/Main, Eysseneukstraße 55, oder von den Landesversicherungsanstalten bezogen werden.

vdr

Er wird auch anno 2000 noch gelesen

Im Ostpreußenhaus in Hamburg feierte man den 75. Geburtstag des Kulturpreisträgers Paul Brock

„Einen Schriftsteller, der eine lange Strecke seines Lebens zu überblicken vermag, muß es mit Befriedigung erfüllen, wenn er die Gewißheit hat, daß seine Werke von seinen Landsleuten auch im Jahre 2000 noch gelesen werden. Diese Gewißheit dürfen Sie, lieber Herr Brock, an Ihrem 75. Geburtstag haben." Mit diesen Worten gratulierte der Chefredakteur des Ostpreußenblattes, Hugo Wellems, dem Herder-Preis-Träger Paul Brock zu seinem 75. Geburtstag.

Anläßlich einer Feierstunde waren alle Mitarbeiter des Ostpreußenhauses in der Parkallee zusammengekommen, um mit dem Jubilar dieses festliche Ereignis zu begehen. Für den Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen sprach Gerhard Müller, stellvertretender Geschäftsführer, Paul Brock seine herzlichsten Glückwünsche aus: „Wir sind hier zusammengekommen, um ein bemerkenswertes Jubiläum zu feiern, gewissermaßen ein Doppeljubiläum. Unser sehr verehrter Kulturpreisträger der Landsmannschaft Ostpreußen, Herr Brock, wird heute 75 Jahre alt. Und daneben wird unser langjähriger Mitarbeiter der Redaktion, Herr Paul Brock, auch 75 Jahre alt. Das ist ein Zufall, den er selbst verschuldet hat."



Chefredakteur Wellems übermittelte Paul Brock die Glückwünsche der Redaktion Foto Zander

Gerhard Müller verzichtete bei dieser Gelegenheit darauf, das literarische Werk von Paul Brock zu würdigen. Das hätten inzwischen schon eine Reihe von Menschen getan, die viel berufener dazu seien als er. Man solle ja auch „nach einem Gänsebraten nicht Klunkermus mit Bratkartoffeln servieren".

Weiter erinnerte Gerhard Müller sich an die „Zeit in der Baracke" in der Hamburger Wallstraße anfangs der fünfziger Jahre, als noch „revolutionäre Kampfstimmung" im Hause herrschte. Dort begann damals die Landsmannschaft mit ihrer Arbeit. Zwar sei diese Stimmung, dieses Fluidum im Laufe der Zeit schwächer geworden, „wenn wir trotzdem immer noch nicht abgesunken sind auf ein reines Wirtschaftsunternehmen, sondern darüber hinaus doch noch unsere Arbeit mit gewissen Idealen versehen, dann ist das auch Ihnen zu verdanken. Denn Ihre Natur, Ihr Wesen, lieber Herr Brock, sind die Grundlagen, mit denen man verhindern kann, daß wir alle zu Robotern werden".

Mit Worten des Dankes überreichte Gerhard Müller dem Jubilar einen Weltatlas, damit der Schriftsteller mit dem Steuermannspatent seine früheren Reisen wenigstens auf dem Papier noch verfolgen könne.

Worte des Dankes fand auch Chefredakteur Hugo Wellems. Er wies in diesem Zusammenhang auf die ausgezeichneten Arbeiten Paul Brocks auch in anderen Ressorts der Redaktion hin, die über dem literarischen Werk des Schriftstellers nicht vergessen werden dürften.

Damit die „Flamme der Begeisterung" nicht verlösche, mit der Paul Brock zeitlebens an die Dinge herangegangen sei, überreichte Hugo Wellems dem Jubilar ein elektronisches Feuerzeug. „Die Flamme möge Sie weiter begeistern für Ostpreußen und für unsere Arbeit."

Im Namen des Betriebsrates fand Horst Zander ebenfalls einige Worte des Dankes und überbrachte die Glückwünsche aller Mitarbeiter des Ostpreußenhauses. Eine Überraschung am Rande — Hanna Wangerin, Leiterin der Kulturabteilung der Landsmannschaft, überreichte ein auf den ersten Blick etwas bizarr anmutendes Gebilde, das „Seemannsgarn" darstellen sollte, aber doch etwas mehr enthielt — nämlich die im Auftrag der Landsmannschaft von Paul Brock geschriebenen Arbeitshefte über ostpreußische Landschaften. **S. St.**

Freizeitlehrgang im Ostheim

Bad Pyrmont — Die diesjährige Freizeit im Ostheim, Bad Pyrmont, ist für die Zeit vom 25. Juni bis 23. Juli vorgesehen und wird von Frau Gertrud Heincke, Landesfrauengruppenleiterin in Nordrhein-Westfalen, geleitet. Mit dieser Freizeit soll den Landsleuten die Möglichkeit geboten werden, das Ostheim kennenzulernen und dort einen vierwöchigen Erholungsurlaub zu verbringen oder eine Badekur in Bad Pyrmont durchzuführen.

Das Ostheim liegt im Kurzentrum direkt gegenüber dem neuerbauten Hallenschwimmbad.

Aus gegebenem Anlaß wird darauf hingewiesen, daß Diätverpflegung nicht gereicht werden kann; das Ostheim hat auch keinen Lift, so daß für gehbehinderte und pflegebedürftige Personen das Haus nicht geeignet ist.

Die Kosten für Unterbringung und Verpflegung (Vollpension) betragen in Doppelzimmern 23 DM, in Einzelzimmern 23 bis 25 DM je nach Lage und Ausstattung des Zimmers.

Anmeldungen sind zu richten an: Ostheim e. V., 2000 Hamburg 13, Parkallee 86.

Bei dieser Gelegenheit wird darauf aufmerksam gemacht, daß das Ostheim für die Durchführung von Tagungen und Traditionstreffen kleinerer Gruppen noch Termine frei hat. **G.**

Festgeldzinsen auf dem Rückzug

Sparer beginnen jetzt auf rentable Wertpapiere umzusteigen

Inzwischen ist der Zins für Festgeldkonten weiter zurückgegangen. Vielfach werden nur noch fünf Prozent geboten, nicht mehr als für normale Sparkonten und der Unterschied zu den Renditen am Rentenmarkt ist so groß wie lange nicht mehr. Pfandbriefe und Kommunalobligationen bringen gegenwärtig noch knapp neun Prozent und unter den umlaufenden Titeln dieser beiden Wertpapierarten finden sich zahlreiche Papiere, die noch rentabler sind. Deshalb steigen viele private Sparer allmählich um; auch Unternehmen legen jetzt ihre überschüssige Liquidität am Rentenmarkt an.

Hier lockt neben den verglichen mit anderen Anlageformen recht hohen Renditen auch die Aussicht auf Kursgewinne. Denn wenn der Kapitalzins tatsächlich, wie Experten annehmen, in den nächsten Monaten noch bis auf etwa acht Prozent zurückgehen wird, so stehen bei Pfandbriefen und Kommunalobligationen Kurssteigerungen um acht Prozent ins Haus. Bei einer Anlagesumme von 10 000 DM entspräche das einem Gewinn von 800 DM in wenigen Monaten. Und dabei ist zu berücksichtigen, daß dieser zusätzlich zu den Zinsen anfallende Ertrag völlig steuerfrei ist. Er unterliegt bei Realisierung — also beim Verkauf der Papiere — nicht der Einkommensteuer, wie das bei Aktien grundsätzlich der Fall ist.

Doch selbst wenn sich diese günstige Zukunftsprognose nicht bewahrheiten sollte: Bei Pfandbriefen und Kommunalobligationen gibt es eine Art Kursbremse nach unten — bei Fälligkeit werden die Papiere stets zu 100 Prozent, also zum Nennwert eingelöst. Wer also beim Kauf darauf achtet, daß Laufzeit und voraussichtliche Anlagedauer ungefähr übereinstimmen, kann das Kursrisiko völlig ausschalten.

Messen:

Sorgen um Bonner Importpolitik

700 000 Arbeitnehmer gefährdet?

Köln — Obzwar die Deutsche Herren- und Knabenoberbekleidungsindustrie (HAKA) das Jahr 1975 mit einem vorsichtigen Optimismus entgegensieht, was dem Umstand zugeschrieben wird, daß die neue Mode entgegen dem bisherigen Konsumverhalten unerwartet positiv und schnell akzeptiert wurde, und auch daß die Bekleidung in der Rangliste der Statussymbole aufwärts tendiert, wollen sich die Unternehmer, wie sie sagen, für Durststrecken wappnen.

Es besteht die Gefahr, daß, wenn die Gewerkschaft nicht vertretbare Lohnforderungen durchsetzt, viele Arbeitnehmer ihre Arbeitsplätze verlieren. Die Gefahr des Arbeitsplatzverlustes wird noch größer durch die unverständliche und unökonomische Importpolitik der Bundesregierung gegenüber den Ostblockländern.

Auch die Meinungsäußerung des Bundesministers Egon Bahr, daß ganze Industriezweige in die Entwicklungsländer verlagert werden sollen, wobei er als Beispiel die Textilindustrie nannte, hatte eine besorgniserregende Wirkung auch bei der HAKA. Dies würde Brot und Arbeit von 700 000 Arbeitnehmern gefährden. **s. sch.**

Wir gratulieren...

zum 96. Geburtstag

Tomaske, Emma, aus Königsberg, jetzt bei ihrer Tochter Christel Duggen, 2 Hamburg 53, Immenbusch 65, am 1. März

zum 95. Geburtstag

Wenger, Luise, aus Wingern, Kreis Schloßberg, zur Zeit bei ihrer Tochter Ida Fellechner, 28 Bremen, Valckenburghstraße 17, am 2. März

zum 94. Geburtstag

Küchler, Luise, aus Pillau II, Turmbergstraße 15, jetzt 41 Duisburg, Warnheimer Straße 11, am 5. März

zum 93. Geburtstag

Bärschmidt, Ewald, aus Försterei Rosenburg, Kreis Labiau, jetzt 8036 Herrsching, Reineckerstraße 9, am 1. März

Kaminski, Martha, geb. Jenk, aus Königsberg, Am Fließ 15b, jetzt 41 Duisburg 12, Herwarthstraße 63, am 1. März

zum 90. Geburtstag

Beutler, Maria, geb. Proplesch, aus Erlenfließ, Kreis Labiau, jetzt 512 Herzogenrath-Kohlscheid, Kreuzstraße 37, am 1. März

Haase, Melanie, aus Gut Bornfeld, bei Peitschendorf, jetzt 3501 Niestetal-Sandershausen, Osterholzstraße 26, am 5. März

zum 89. Geburtstag

Assmann, Anna, aus Kalkstein und Wormditt, jetzt 7761 Wahlwies, Radolfzeller Straße 9, am 21. Februar

Bongarts, Hermann, aus Lorenzhall, Kreis Lötzen, jetzt 2051 Dassendorf, Südweg 17, am 3. März

Czerwitzki, Ida, aus Liebstadt, Parkhotel, jetzt 2102 Hamburg 93, Mannesallee 25 (bei W. Morning), am 25. Februar

Grzybienski, Marie, aus Ortelsburg, jetzt 333 Helmstedt, Leibnitzstraße 7, am 26. März

zum 88. Geburtstag

Biechewski, Auguste, aus Steinen, Kreis Johannisburg, jetzt 2324 Hassberg über Lütjenburg, am 7. März

Czychi, August, aus Widminnen, Kreis Lötzen, jetzt 2245 Tellingstedt, Birkenweg 5, am 24. Februar

Mischée, Gustav, Bauer, aus Groß Stangenwald, jetzt 2355 Wankendorf, Tannenbergstraße 17, am 2. März

zum 87. Geburtstag

Bartel, Emmy, geb. Heinrich, aus Königsberg, Schützenstraße 3, jetzt 466 Gelsenkirchen-Buer, Nienhofsstraße 37, am 26. Februar

Kalinna, Wilhelmine, geb. Stephan, aus Eisermühl, Kreis Lötzen, jetzt 7791 Wald, Haus 144, am 2. März

Quast, Emanuel, aus Klein-Strengeln, Kreis Angerburg, jetzt 5301 Widdig, Kölner Landstraße 33, am 25. Februar

Sadowski, Marie, aus Lyck, jetzt 1 Berlin 28, Schützendorfer Straße 67, am 6. März

Volpert, Agnes, geb. Dargel, verw. Krikowski, aus Wolfsdorf und Wormditt, jetzt 7891 Lauchringen 2, Eberwiese 36

zum 86. Geburtstag

Fabian, Elisabeth, geb. Romeike, aus Johannisburg, Fischerstraße 4, jetzt 3338 Schöningen, Negenborntrift 9, am 7. März

Grunwald, Arthur, aus Gut Zipperken, Kreis Preußisch-Eylau, jetzt 41 Duisburg-Homberg 17, Saarstraße 85, am 5. März

Herrmann, Wanda, geb. Grätsch, aus Osterode, Olgastraße 26, jetzt 8503 Röthenbach, Altenheim Waldfrieden, am 6. Februar

Lehwald, Emma, aus Ortelsburg, jetzt 3401 Gladebeck, Ascherstraße 1, am 9. März

Sypitzki, Ida, geb. Schmidt, aus Preußisch-Holland, Bergstraße 1, jetzt 23 Kiel 14, Wahlestraße 22/28, Pflegeheim, am 5. März

Weiß, Anna, geb. Jenk, aus Rastenburg, Wilhelmstraße 37a, zu erreichen über Heintz Kamminski, 41 Duisburg 12, Herwarthstraße 63, am 18. Februar

Weißelberg, Anna, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, jetzt 1 Berlin 44, Stuttgarter Straße 56, am 7. März

Wriedt, Helene, geb. Bolz, aus Försterei Erdmannen und Königsberg, Krausallee, jetzt 2241 Nordhastedt, Auf dem Donn 13, am 5. März

zum 85. Geburtstag

Ballo, Auguste, aus Auglitten, Kreis Lyck, jetzt 85 Nürnberg, Motterstraße 126, am 3. März

Dzubiel, Friedrich, aus Angerburg, jetzt 2202 Barmstedt, Weidkamp 1 p, am 28. Februar

Grusdat, Felix, aus Benkheim, Kreis Angerburg, jetzt 286 Osterholz-Scharmbeck, Westerbrock 92, am 26. Februar

Kiebert, Auguste, aus Groß-Lengkeninken, Kr. Tilsit-Ragnit, jetzt 33 Braunschweig-Querum, Habichtweg 13, am 2. März

Naujoks, Max, aus Königsberg, Ratshof, jetzt 23 Keil 1, Sukoring 2, am 28. Februar

Zels, Lina, aus Pillau I, Russendamm 1, jetzt 2371 Bredenbek, am 7. März

zum 84. Geburtstag

Czodrowski, Martha, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt 4533 Laggenbeck, Prinzhügel 11, am 1. März

Grigo, Auguste, aus Lyck, jetzt 206 Bad Oldesloe, Pölitzer Weg 62, am 6. März

Henke, Alfred, Kreisinspektor i. R., aus Ortelsburg, jetzt 8172 Lenggries, am Hirschweiher 20a, am 3. März

Maluck, Helene, geb. Borchert, aus Bottau, Kr. Ortelsburg, jetzt 3338 Schöningen, Am Salzbach 3, am 28. Februar

zum 83. Geburtstag

Jorski, Maria, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt 466 Gelsenkirchen-Buer, Häußerfeld 8, am 4. März

Rehberg, Helene, aus Pillau II, Turmbergstraße 35, jetzt 753 Pforzheim, Kaiser-Friedrich-Straße 84, am 7. März

zum 82. Geburtstag

Berghöfer, Wilhelm, Major der Gendarmerie i. R., aus Ortelsburg, jetzt 215 Buxtehude, Westpreußenweg 17, am 13. März

Goetz, Ellen, geb. Scott, aus Angerburg, j. 6 Frankfurt (Main), Hammannstraße 6 (bei Heider), am 25. Februar

Jotzo, Anna, aus Friedrichsheide und Lindenheim, Kreis Lötzen, jetzt 56 Wuppertal 2, Schützenstraße 61, am 1. März

Kapteina, Amalie, geb. Walpuski, aus Allenstein, Roonstraße 83 a, jetzt 404 Neuß, Am Baldhof 14 (bei Familie Haut), am 7. März

Schiweck, Richard, Pfarrer, aus Allenstein und Lenzen, bei Elbing, jetzt 2271 Nieblum/Föhr, am 7. März

Seifert, Paul, aus Raudensee, Kreis Angerburg, jetzt 753 Pforzheim, Erbprinzenstraße 76 (bei Oley), am 25. Februar

Weihs, Fritz, aus Norajehlen und Petersfelde, aus Tilsit-Ragnit, jetzt 2139 Lauenbrück, am 25. Februar

Wichmann, Minna, geb. Kemsies, aus Angerburg, jetzt 402 Mettmann, Im Kämpchen 19, am 27. Februar

zum 81. Geburtstag

Albinski, Maretha, aus Angerburg, j. 4045 Kleinenbroich, Schiefbachner Straße 14, am 28. Februar

Dombrowski, Marie, aus Scharfenrade, Kreis Lyck, jetzt 4156 Willich 3, Altufer 12, am 4. März

Kock, Ernst, aus Pillau II, Tannenbergstraße 32, jetzt 433 Mülheim, Leibnitzstraße 5, am 5. März

Kokoska, Gustav, aus Berndhöven, Kreis Lyck, jetzt 4 Düsseldorf 16, Nosthoffenstraße 20, am 2. März

Schiwek, Margarete, geb. Säbelfeld, aus Pfarrhaus Lenzen, bei Elbing, jetzt 2271 Nieblum/Föhr, am 3. März

zum 80. Geburtstag

Behrend, Anna, aus Geroldswalde, Kreis Angerburg, jetzt 3111 Nassen-Nortorf über Uelzen, am 26. Februar

Czichi, Emil, aus Ortelsburg, jetzt 484 Rheda, Widukindstraße 14, am 4. März

Dobbrick, Emma, geb. Hennig, aus Gerswalde, Kreis Mohrungen, jetzt 41 Duisburg 17/Homberg, Mühlenstraße 49a, am 19. Februar

Eichelberger, Frieda, aus Königsberg, j. 293 Varel 1, Friedrich-Ebert-Straße 29, am 6. März

Kraska, Bruno, aus Sternsee, Kreis Rößel, jetzt 516 Düren, Weierstraße 45, am 5. März

Lehmann, Johanna, aus Königsberg, Elisabethstraße 2, jetzt 41 Duisburg 14, Rheinhausen, Güntherstraße 34, am 7. März

Muhlack, Gustav, aus Groß-Guja, Kreis Angerburg, jetzt 2 Hamburg 39, Ohlsdorfer Straße 79 d, am 28. Februar

Neubert, Karl, aus Mohrungen, Hinteranger 18, jetzt 2112 Jesteburg, Heide-Haus, am 8. März

Neubert, Herrmann, Kapellmeister, aus Wormditt, jetzt 24 Lübeck, Schönböckener Straße 115, am 1. März

Perk, Minna, aus Hanshagen, jetzt zu erreichen über Fritz Pahl, 4573 Löningen, Tannenbergstraße, am 16. Februar

Scharmacher, Margarete, geb. Markowski, aus Rositten, Kreis Preußisch-Eylau, jetzt 4793 Büren, Sebastianstraße 25, am 23. Februar

Zimmermann, Euphrosine, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, jetzt 463 Bochum, Küpperstraße 37, am 8. März

Zwingelberg, Hermann, aus Frischenau, Kreis Wehlau, jetzt 45 Osnabrück, Liebigstraße 46, am 4. März

zum 75. Geburtstag

Bojarzin, Auguste, aus Groß-Heidenau, Kreis Ortelsburg, jetzt 2214 Hohenlockstedt, Schäferweg, am 25. März

Ennulat, Sophie, aus Bergensee, Kreis Angerburg, jetzt 3119 Bienenbüttel, Neue Straße 1, am 27. Februar

Griesardt, Arthur, aus Angerburg, jetzt 52 Siegburg, Wilhelmstraße 30 (bei Doerk), am 24. Februar

Klein, Friedrich, aus Buwellno/Ublick, jetzt 3105 Faßberg, Forstweg 25, am 26. Februar

Klein, Maria, geb. Hähling, aus Schwenten, Kreis Angerburg, jetzt 28 Bremen-Neue Vahr, Carl-Goerdeler-Straße 5, am 23. Februar

Kurschat, Anna, geb. Gallus, aus Stonischken, Kreis Pogegen, jetzt 2357 Bad Bramstedt, Landweg 40, am 24. Februar

Lach, Emma, geb. Boehnke, aus Ilgenhöh, Kreis Osterode, jetzt 28 Bremen, Antwerpener Straße 15, am 4. März

Pasternack, Frieda, aus Neufreudenthal, Kr. Angerburg, jetzt 2057 Geesthacht, Finkenweg 17, am 28. Februar

Peschties, Hildegard, geb. Marg, aus Wehlau und Königsberg, Bank der Ostpreußischen Landschaft, jetzt 221 Itzehoe, Lornsenplatz 14, am 2. März

Plickert, August, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt 509 Leverkusen, Charlottenburger Straße 1, am 5. März

Podsadlovski, Otto, aus Schwenten, Kreis Angerburg, jetzt 67 Ludwigshafen, Fuchsweg 213, am 23. März

Reinhardt, Bruno, Oberfeldwebel 9/22, aus Gumbinnen, jetzt 2903 Kayhauserfeld, Mühlenstraße, am 21. Januar

Rohde, Charlotte, aus Angerburg, jetzt 305 Wunstorf, Bornstraße 7, am 23. Februar

Schnewitz, Fritz, Bauer, aus Blocksberg/Preußenwall, Kreis Ebenrode, jetzt 5894 Halver, Kreisch 7

Serowy, Ernst, aus Passdorf-Staken, Kr. Angerburg, jetzt 4901 Oetinghausen 17 a, am 27. Februar

Sinn, Friedrich, aus Benkheim, Kreis Angerburg, jetzt 8411 Rossbach (Pfalz), Nr. 17, am 23. Februar

Spill, Anton, aus Wonneberg, Kreis Rößel, jetzt 586 Iserlohn, Schulstraße 22, am 5. März

zum 70. Geburtstag

Achenbach, Auguste, geb. Viehöfer, aus Gumbinnen, Dammstraße 11 a, jetzt 7140 Ludwigsburg, Blücherstraße 2, am 27. Februar

Berwing, Meta, geb. Naujek, aus Seckenburg, jetzt 2082 Uetersen, Amselweg 3, am 22. Februar

Bromba, Richard, aus Wensen, Kreis Angerburg, jetzt 46 Dortmund-Eving, Oberadener Straße 43, am 22. Februar

Fisker, Ernst-August, aus Pillau I, V. MAA, jetzt 3 Hannover, Voltastraße 17, am 6. März

Grütz, Helene, geb. Oertel, aus Drojental, Kreis Insterburg, jetzt 427 Dorsten, Apostelstiege 6, am 2. März

Jankowski, Edwin, Regierungsamtmann i. R., aus Lötzen, Neukuren, Groß-Blumenau und Cranz, jetzt 3 Hannover, Suthwiesenstraße 24

Kühne, Helmut, aus Angerburg, j. 2409 Scharbeutz, Warthestraße 3, am 27. Februar

Langanke, Herta, aus Ortelsburg, jetzt 2057 Reinbek, Kösliner Weg 7, am 5. März

Leonhard, Alice, geb. Blauhut, aus Pillau II, Langgasse 1, jetzt 233 Eckernförde, Lorenz-von-Stein-Ring 71, am 2. März

Meding, Anna, geb. Kolpack, aus Rastenburg, Angerburger Straße 29, jetzt 2071 Hoisdorf, Am Rühmen 30, am 6. März

Pichnick, Ida, geb. Masuch, aus Doben, Kreis Angerburg, jetzt 3111 Dörmte 9, Post Süttorf, am 26. Februar

Schmidtke, Hermann, aus Herbsthausen, Kr. Angerburg, jetzt 2822 Schwanenwede, An der Landesgrenze 23, am 24. Februar

Steiner, Erich, aus Guhsen, Kreis Treuburg, jetzt 653 Bingen-Dietersheim, Dammstraße 13, am 8. März

Teichmann, Gertrud, aus Annaberg, jetzt 405 Mönchengladbach, Am Steinberg 73, am 6. März

Thimm, Berta, geb. Daulowski, aus Wönicken, Kreis Osterode, jetzt 7746 Hornberg, Trombacherstraße 55a, am 8. März

Walendy, Martha, aus Knobbenort, Kreis Angerburg, jetzt 1 Berlin-Spandau, An der Kappe 58 c, am 1. März

zur Goldenen Hochzeit

Braunsberger, Alfred und Frau Elisabeth, geb. Pensky, aus Königsberg, Fritzener Weg 24, jetzt 3162 Uetze, Kaiserstraße 39, am 7. März

Hennig, Fritz und Frau Ruth, geb. Stillig, aus Schanzenort, jetzt 675 Kaiserslautern, Am Zimmermannskreuz 1a, am 4. März

Deutliche Schrift

— möglichst mit Schreibmaschine oder in Blockbuchstaben — verhindert Satzfehler!

Rossmann, Wilhelm und Frau Friederike, geb. Oschlies, aus Königsberg, Gerhardstraße 9, jetzt 3 Hannover, Rehbergstraße 8, am 5. März

zum Examen

Hellrung, Bernd-Rainer (Otto Lukas und Frau Hildegard, geb. Otta, aus Wormditt, Bahnhofstraße 10, jetzt 3032 Ellingborstel, Am Kiesberg 12), hat das Assessor-Examen für das Lehramt am Gymnasium mit Auszeichnung bestanden.

zum Jubiläum

Büttner, Erich, Polizeihauptmeister aus Waldheim, Kreis Angerburg, jetzt 5414 Vallendar, Rote Hohl Nr. 18, feiert sein 40. Dienstjubiläum.

zur Promotion

Kurreck, Heinz Jürgen (Friedrich Kurreck und Frau Wilma, geb. Krämer, aus Kreis Mohrungen, jetzt 605 Offenbach, Liebigstraße 25), hat an der Philipps-Universität Marburg mit der Gesamtnote „Gut" zum Dr. med. dent. promoviert.

KULTURNOTIZEN

Stiftung Deutschlandhaus Berlin — Der Pionier des Rundfunks, Alfred Braun, erzählt aus seinem Leben. Sonnabend, 8. März, 16 Uhr. — Tagesfahrt nach Potsdam, Sonnabend, 19. April. Abfahrt 8 Uhr. Anmeldungen bis Montag, 10. März. Kosten pro Person 39 DM.

Haus des Deutschen Ostens Düsseldorf — Volkstanzkreis unter der Leitung von Lotti Tietz. Mittwoch, 5. März, 18 und 20 Uhr. Eichendorff-Saal.

Immanuel Kants ehemaliges Arbeitszimmer in der Königsberger Universität ist als Gedenkstätte eingerichtet worden, die bereits in den ersten Tagen nach ihrer Eröffnung mehrere tausend Besucher zählte.

René Kollo singt das Lied der Fernsehlotterie 1975, das am Donnerstag, 6. März, im „Konzert für Millionen" offiziell uraufgeführt wird. Die Eröffnungssendung der 22. ARD-Fernsehlotterie 1975 „Ein Platz an der Sonne" wird vom 1. Programm des Deutschen Fernsehens um 20.15 Uhr übertragen.

Das erste Konzert der Museumskonzerte im Deutsch Ordensschloß in Bad Mergentheim findet am Sonntag, 2. März, statt. **Kapitelsaal,** 11 Uhr 15 und 17 Uhr.

Im Europäischen Denkmalschutzjahr 1975 will die „DDR" vorrangig historische Altstadtbereiche in Klein- und Mittelstädten erhalten und der „gesellschaftlichen Nutzung" zuführen. Darüber hinaus sollen die Erinnerungsstätten an den deutschen Bauernkrieg in Thüringen und die Burg Schönfels bei Zwickau denkmalpflegerische Fürsorge erfahren.

Westdeutscher Rundfunk — Peter Aurich: Deutsche Hörerwünsche in der UdSSR. Joachim G. Görlich: Germanistik in Breslau. Sonntag, 2. März, 8 bis 9 Uhr, II. Programm

Kuratorium Unteilbares Deutschland — Über das Thema „Die Berufung auf das deutsche Kulturerbe in der Deutschen Demokratischen Republik" sprach Dr. Müller-Sternburg vor der Ostakademie Lüneburg vor dem Landeskuratorium Hamburg. Dieser Vortrag setzte den Dialog fort, den das Kuratorium über Chancen und Risiken der Außen- und Deutschlandpolitik in Hamburg führt.

Das Rosenau-Trio befindet sich zur Zeit auf seiner 5. USA- und Kanada-Tournee. In zwei Monaten finden 38 Gastspiele von New York zur Westküste bis hinauf nach Alaska statt. In Vancouver bringt das Trio einen Ostpreußen-Abend mit der Hörfolge ‚Land der dunklen Wälder' — Dichtung und Lieder ostpreußischer Künstler.

Aus der landsmannschaftlichen Arbeit in . . .

BERLIN

Vorsitzender der Landesgruppe: Werner Guillaume, 1 Berlin 61, Stresemannstraße 90, Deutschlandhaus, Telefon 0 30 / 2 51 07 11.

2. März, 15 Uhr, Heimatkreis **Samland/Labiau:** Kappenfest im Deutschlandhaus, 1 Berlin 61, Stresemannstraße 90, Raum 118.
8. März, 15.30 Uhr, Heimatkreis **Insterburg:** Jahreshauptversammlung im Deutschlandhaus, 1 Bln. 61, Stresemannstraße 90, Kasino.
8. März, 16 Uhr, Heimatkreis **Pr.-Eylau:** Kreistreffen im „Deutschlandhaus", 1 Bln. 61, Stresemannstraße 90, Raum 118.
9. März, 16 Uhr, Heimatkreis **Königsberg (Pr):** Kreistreffen Restaurant „Block", 1 Berlin 21, Arminiusstraße 2.
9. März, 16 Uhr, Heimatkreise **Tilsit-Stadt, Tilsit-Ragnit, Elchniederung, Stargart-Saatzig:** Heimattreffen „Hochschulbrauerei", 1 Berlin 65, Amrumer Straße 31.
9. März, 15.30 Uhr, Heimatkreis **Treuburg:** Kreistreffen im „Deutschlandhaus", 1 Berlin 61, Stresemannstraße 61, Raum 116.
9. März, 15.30 Uhr, Heimatkreis **Rastenburg:** Kreistreffen „Berliner Kindl-Festsäle", 1 Berlin 44, Hermannstraße 217/19 (U-Bahn Boddinstraße, Busse 4 und 91).
12. März, 16 Uhr, **Frauenkreis der Landsmannschaft Ostpreußen:** Arbeitstagung im „Deutschlandhaus", 1 Bln. 61, Stresemannstraße 91, Raum 210.
16. März, 16 Uhr, Heimatkreis **Neidenburg:** Sonderversammlung Hotel „Ebershof", 1 Berlin 62, Ebersstraße 68.
16. März, 16 Uhr, Heimatkreis **Sensburg:** Kreistreffen „Rixdorfer Krug", 1 Berlin 44, Richardstraße 31 (U-Bahn Karl-Marx-Straße, Busse 4, 65, 77).
22. März, 18 Uhr, Heimatkreis **Bartenstein/Memel:** Kreistreffen „Bürgerklause", 1 Bln. 10, Haubachstraße 24.
23. März, 16 Uhr, Heimatkreis **Gumbinnen:** Kreistreffen Parkrestaurant „Südende", 1 Bln. 41, Steglitzer Damm 95.
23. März, 15 Uhr, Heimatkreis **Ortelsburg:** Kreistreffen mit Diavorführung im „Deutschlandhaus", 1 Berlin 61, Stresemannstraße 61, Kasino.

Sozialwerk — Die Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe Berlin, gehört dem Sozialwerk Ostdeutscher Landsmannschaften in Berlin e. V., Abt. Ostdeutsche Sterbegeldvorsorge, an. Dadurch ist allen Mitgliedern der Landesgruppe Berlin die Möglichkeit gegeben, eine vorteilhafte Sterbegeldversicherung abzuschließen. Die Versicherungsbedingungen sind, da es sich um einen Gruppenvertrag handelt, außerordentlich günstig. Seit Bestehen des Sozialwerks sind bereits in 98 Sterbefällen — die leider eingetreten sind — Versicherungssummen in Höhe von 90 000,— DM ausgezahlt worden. Alle Ostpreußen in Berlin, die Interesse an dem Abschluß einer Sterbegeldvorsorge haben, bitten wir, sich mit dem Sozialwerk Ostdeutscher Landsmannschaften in Berlin e. V., Abt. Ostdeutsche Sterbegeldvorsorge, 1 Berlin 61, Stresemannstraße 90, Telefon 2 51 07 11, Apparat 38, schriftlich, telefonisch oder persönlich in Verbindung zu setzen.

HAMBURG

Vorsitzender der Landesgruppe: Fritz Scherkus, Hamburg. Geschäftsführer: Hugo Wagner, 2 Hamburg 74, Triftkoppel 6, Telefon 0 40/7 32 94 68 (privat).

Bezirksgruppen

Bergedorf und Umgebung — Freitag, 7. März, 20 Uhr, im Holsteinischen Hof Preis-Skat.

Farmsen-Walddörfer — Freitag, 7. März, 19 Uhr, im Vereinslokal des FTV, Berner Heerweg 187b, Jahreshauptversammlung. Gäste herzlich willkommen.

Fuhlsbüttel — Montag, 10. März, 19.30 Uhr, im Bürgerhaus Langenhorn, 2 Hamburg 62, Tangstedter-Landstraße 41, Vortrag über Gesundheitswesen von Dr. med. R. Schwartz.

Harburg-Wilhelmsburg — Sonnabend, 1. März, 20 Uhr, im Gasthof Zur grünen Tanne, großer Lumpenball mit Überraschungen. Der schönste Lump wird prämiiert.

Heimatkreisgruppen

Sensburg — Sonnabend, 15. März, 16 Uhr, im Gesellschaftshaus Pudlich, Kleiner Schäferkamp 36, Kaffeetafel. Kuchen bitte mitbringen. Anschließend wichtige Besprechung. Wahlvorschläge und Neuwahl, sowie Vorarbeit für das große Kreistreffen am 6. September in Hamburg. Anschließend gemütliches Beisammensein.

Frauengruppen

Bergedorf und Umgebung — Dienstag, 4. März, 17.30 Uhr, im Lichtwarkhaus Treffen der Frauengruppe. Thema des Abends: Eine heimatkundliche Betrachtung in Wort und Lied. Gäste herzlich willkommen.

Billstedt — Dienstag, 4. März, 20 Uhr, bei Midding, Öjendorfer Weg 39, Zusammenkunft der Frauengruppe. Frau Lehmann spricht über gesunde Lebensführung.

Farmsen-Walddörfer — Dienstag, 25. März, 15 Uhr, im Vereinslokal des FTV, Berner Heerweg 187b, trifft sich die Frauengruppe. Gäste herzlich willkommen.

Fuhlsbüttel — Montag, 24. März, 15.30 Uhr, im Bürgerhaus Langenhorn, Tangstedter Landstraße 41, trifft sich die Frauengruppe.

Wandsbek — Donnerstag, 6. März, 19 Uhr, im Gesellschaftshaus Lackemann, Hinterm Stern 14, Spielabend. Gäste — auch Herren — sind eingeladen.

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vorsitzender der Landesgruppe: Günter Petersdorf Kiel. Geschäftsstelle: 23 Kiel, Wilhelminenstr. 47/49, Telefon 04 31/4 02 11.

Heide — Montag, 3. März, Frauengruppe. — Freitag, 14. März, Vortrag von Prof. Riemann, Kiel, „Ostpreußen heute", Gemeindehaus Mitte. — Was den Bayern die Weißwurst, den Schwaben die Spätzle und dem Dithmarscher der Bunte Mehlbeutel ist, das bedeutet für den Ostpreußen „e Schalche Fleck". Darum ist auch das gemeinsame Fleckessen neben der Adventsfeier der Höhepunkt der geselligen Veranstaltungen, während bei den anderen Heimatabenden zumeist kulturelle und informative Dinge im Vordergrund stehen. So konnte der 1. Vorsitzende Mühle wieder einen großen Kreis seiner erwartungsfrohen Landsleute begrüßen, die sich schnell durch eine immer wieder zum Mitsingen ermunternde Hausmusikgruppe unter Leitung von Richter in beste Stimmung versetzen ließen. Dazu trugen auch die fleißigen Damen von Frau Köhnkes Frauengruppe bei mit ihren hübschen und überraschenden Einfällen zur Verschönerung des Saales, der Tische und sogar der Gäste und mit ihren heiteren gesanglichen Darbietungen. Besonderen Beifall erhielt ein der Schönheit der Stadt Heide und das den hilfreichen Großmüttern gewidmete Lied „Oma, komm!". Überhaupt wurde die Arbeit der Frauen hoch gelobt, und auch eine kleine versteckte Aufforderung an Vorstand und Kassenführer, im neuen Jahreshaushalt möglichst eine halbe Milliarde bereitzustellen, fehlte nicht. Wir leben ja im Jahr der Frau, und zu Faßnacht ist auch das Kreteln erlaubt.

Pinneberg — Mittwoch, 5. März, 19.30 Uhr, im Remter, bei Lm. Chmiel, Damm 39, Monatsversammlung. Dr. forest Walter O. Neugebauer-Rellingen berichtet über eine Reise als Forstmann durch Ostpreußen und Polen. Zu dem Vortrag wird ein Farbfilm vorgeführt. Der Reiseweg verläuft von Danzig über Marienburg, Allenstein, Lyck, Bialystok, Warschau und Breslau.

Schleswig — Stand schon der „Bunte Abend", zu dem die Ost- und Westpreußen eingeladen hatten, unter dem Motto „Ost- und Westpreußen — wie es lacht", so wurde im Laufe des Abends jedem Zweifler klar, daß auch die Landsleute aus dem Nordosten unseres Vaterlandes von Herzen fröhlich sein können. Die von fleißigen Händen mit Frühlingsblumen und Tischkarten mit launigen Sprüchen geschmückten Tische im Hotel Deutscher Hof stimmten heiter. Als dann nach Begrüßungsworten des Vorsitzenden Kurt Ludwig die duftenden Königsberger Klopse aufgetragen wurden, stieg die Stimmung weiter, und sie stieg und stieg. Elli Seibicke mit ihren „Spoaskes und Vertellkes" und dem Wahrsagen aus der Hand errang viel Beifall, das Publikum machte fröhlich mit. Von Kurt Ludwig und Heinz Brozus wurden durch lustige Einlagen die Lachmuskeln kräftig bewegt. Heinz Hannemann zeigte seine außerordentliche Fertigkeit auf dem Xylophon. Selbst die Ältesten konnten den flotten Weisen der Kapelle unter Leitung von Horst Viohl nicht widerstehen, und es schunkelte und tanzte der ganze Saal. Jeder der so zahlreich erschienenen Teilnehmer, ob jung, ob alt, dürfte auf „seine Kosten" gekommen sein. Mit Aschermittwoch ist eben doch nicht alles vorbei.

Schönwalde — Jahreshauptversammlung: Freitag, 14. März, 20 Uhr, im Gasthaus Zum Lachsbach mit dem Film „Landsmannschaft Ostpreußen — Schönwalde a. B. 1974 — Die Jahresarbeit einer aktiven Gruppe". — Sie werden sich in diesem Film selbst im Bild sehen.

NIEDERSACHSEN

Vorsitzender: Werner Hoffmann. West: Fredi Jost, 457 Quakenbrück, Hasestraße 60, Tel. 0 54 31 / 35 17. Nord: Werner Hoffmann, 3112 Ebstorf, Max-Eyth-Weg 3, Tel. 0 58 22 / 8 43. Süd: Horst Frischmuth, 3 Hannover 1, Hildesheimer Straße 119, Telefon Nr. 05 11 / 80 40 57.

Celle — Donnerstag, 13. März, 18 Uhr, im Haus der Jugend, Mühlenmasch, Fleckessen und Ausgabe der bestellten Büchsen. Anmeldungen bis zum 3. März beim BdV Celle-Stadt, An der Stadtkirche 11, (Hinterhaus). Portion 3,50 DM, Büchse, 800 g, = 5,50 DM. — Die Jahreshauptversammlung entlastete den geschäftsführenden Vorstand und wählte ihn erneut wieder. Der danach gezeigte Tonfilm „Königsberg" wurde auch von geladenen Gästen mit Verständnis und innerer Anteilnahme aufgenommen.

Göttingen — Frauengruppe: In der Zeit vom 18. bis 27. April fährt die Frauengruppe nach Belgien und Paris. Diese Fahrt dient der europäischen Gemeinschaft, dem Zusammenhalt aller Völker zu einem vereinigten Europa. Durch das Beisammensein mit Belgiern und Franzosen, die als Kriegsgefangene in Ostpreußen gearbeitet haben, wird dieses Ziel gefördert. Durch besondere Umstände sind nun einige Plätze frei geworden. Wer Interesse hat, an dieser sehr interessanten Fahrt teilzunehmen (Besuch in der Deutschen Botschaft, Paris, Empfang bei Professor Boubakeur, Präsident des Islamischen Instituts), wende sich umgehend an Ingeborg Heckendorf, 34 Göttingen, Über dem Dorfe 3.

Hildesheim — In der Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe wurden die Berichte des Vorstandes, der Frauengruppe, des Schatzmeisters und der Kassenprüfer anerkennend aufgenommen und einstimmig dem Vorstand Entlastung erteilt. Anschließend nahm der Vorsitzende Frischmuth, Hannover, das Wort. Die Verhandlungen, eine Zusammenlegung der Landesgruppen der Ost- und Westpreußen zu erzielen, seien leider nicht weitergekommen. In dem Teil zur allgemeinen Lage erwähnte er die derzeitige Situation im Niedersächsischen Landtag und beim Bund. Zu den Reisen nach Ostpreußen berichtete er, daß keine Einreise in den nördlichen Teil von den Russen genehmigt wird. Er empfahl jedoch der jüngeren Generation, in den von Polen besetzten Teil Ostpreußens zu fahren, damit sie unser Heimatland erleben können. Anschließend wurden für langjährige Mitgliedschaft und Treue zur Landsmannschaft der Gruppe Süd durch Überreichung von Ehrenzeichen in Silber 16 Mitglieder und durch Ehrenurkunden 18 Mitglieder geehrt. Zum Schluß wurde noch bekanntgegebeo, daß die nächste Versammlung am 14. März mit einem Fleckessen verbunden sein soll. Die Versammlung findet dann bereits um 17 Uhr im Kolpinghaus statt. Anmeldungen bis zum 5. März bei Frau Konstanty und Lm. Fischer.

Lüchow — Nächste Monatsversammlung Montag, 3. März, 19.30 Uhr, Gasthaus Zur Alten Post, Kirchstraße. Jahreshauptversammlung, Aufnahme neuer Mitglieder, Bericht „Steubenparade 1975" und Annahmen von Anmeldungen.

Oldenburg/Oldbg. — Donnerstag, 27. Februar, 19.30 Uhr, Hotel Casino, Jahreshauptversammlung und Lichtbildervortrag über die landsmannschaftliche Arbeit.

Soltau — Dienstag, 4. März, 20 Uhr, Gasthaus Zur Linde, Unter den Linden 1, Jahreshauptversammlung mit Wahl des gesamten Vorstandes und der Kassenprüfer. — Treffen der Frauengruppe Mittwoch, 12. März, 15 Uhr, Café Köhler, Unter den Linden. — Auf dem vorigen Heimatabend, den für den verhinderten Vorsitzenden Helmut Kirstein leitete, hielt der Vorsitzende der LM Berlin-Mark Brandenburg, Hans-Heinz Schütt, einen Lichtbildervortrag über die 30tägige Fahrt mit dem Flugzeug und dem Bus durch die USA von New York nach San Franzisko und zurück. Mit einer Reisegesellschaft war er den Wegen von der Ost- zur Westküste gefolgt, die die ersten Siedler Ende des 17. Jahrhunderts mit Pferd und Wagen zurückgelegt hatten. Mit lebhaftem Beifall dankten die Anwesenden Schütt für seinen Vortrag.

Uelzen — Der traditionelle „Ball in Ballnuschkeiten" der Gruppe war wieder ein voller Erfolg. Nach dem Fleckessen, dem sehr zugesprochen wurde, begrüßte Vorsitzender Hopp Landsleute und Gäste, die den großen Saal im Hotel Stadt Hamburg füllten. Besonderer Gruß galt dem Kreisvorsitzenden des BdV und den Vertretern der anderen Landsmannschaften. Durch den anschließenden gemütlichen Teil führte in bewährter Weise Frau Schareina. Nach flotten Klängen wurde eifrig getanzt. Zwischen den einzelnen Tänzen brachte der Frauenchor, Leitung Frau Kamerad, Lieder und einige Volksstücke, von denen die „Berliner", gekleidet wie vor dem Ersten Weltkrieg, besonders gefielen. Und Lm. Kubel erfreute mit seinem Halali, geblasen auf echtem Waldhorn, nicht nur alte Jägerherzen, sondern auch alle Teilnehmer. Plattdeutsche Späßchen wurden natürlich auch vorgetragen. Bis nach Mitternacht wurde eifrig getanzt, wobei auch die alten Semester unermüdlich waren. V. K.

NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender der Landesgruppe: Harry Poley, Duisburg. Geschäftsstelle: 4 Düsseldorf, Duisburger Str. 71, Telefon 02 11 / 48 26 72.

Bochum — Freitag, 28. Februar, 19 Uhr, Jahreshauptversammlung im Saal der Gaststätte Kolpinghaus, Marienstraße 14. Anschließend geselliges Beisammensein und Königsberger Fleckessen, serviert nach heimatlicher Art. Vorgesehen ist auch die Vorführung eines Farbfilms über eine Urlaubsreise nach Ostpreußen aus dem Jahre 1974. Besonders herzlich begrüßt werden die aus der Heimat eingetroffenen Spätaussiedler. Sie sollen an diesem Abend Gäste der Gruppe sein. Der Vorstand würde sich freuen und es als Lohn seiner unermüdlichen Arbeit ansehen, wenn dieser Einladung aus jeder Familie mindestens ein Vertreter folgen würde. Doch sicher gibt es im Bekanntenkreis auch noch Freunde, die von der Existenz und Aufgabe der Landsmannschaft noch nichts gehört haben. Bitte, bringen Sie einmal Ihren Nachbarn aus der Heimat mit. Er wird es Ihnen danken, unter Landsleuten gewesen zu sein. Bitte, auch einheimische Freunde und Gegner einladen. Auch sie sollen durch Lied und Wort erfahren: „Ostpreußen, was ist das?" In diesem Jahr besteht die Kreisgruppe 19 Jahre seit ihrer Neugründung im Jahre 1956. Zum 30. Mal jährt sich der Tag der Vertreibung.

Dortmund — Dienstag, 4. März, 19.30 Uhr, im Josefs-Haus, Heroldstraße 15, Monatsversammlung. — Die Versammlung im Februar mit anschließender Fastnachtsfeier verlief in Harmonie und Stimmung. Zur Unterhaltung trug Lm. Krause mit seinen ‚Platonikern' bei. Der Besuch der sudetendeutschen Vertretung unterstrich die Zusammenarbeit in heimatpolitischem Sinn. Der zweite Vorsitzende, Wischnat, hob die ideelle Aufgabe hervor.

Essen-West — Sonnabend, 8. März, 19.30 Uhr, in der Dechenschenke, Dechenstraße 12, Kulturveranstaltung. Es werden Dias von Ost- und Westpreußen gezeigt, Ausschnitte aus den Werken von Agnes Miegel vorgelesen und die Vorbereitungen für den Jahresausflug besprochen. Gäste herzlich willkommen.

Herford — Sonnabend, 8. März, 19.30 Uhr, in der Aula des Friedrich-Gymnasiums, Gedenkstunde „30 Jahre Wiederkehr der Vertreibung". — Sonnabend, 15. März, 15 Uhr, Schützenhof, Elisabeth-Café, Jahreshauptversammlung.

Köln — Dienstag, 4. März, 14.30 Uhr, trifft sich die Frauengruppe im Kolpinghaus, Helenenstraße, zu ihrer monatlichen Zusammenkunft. — Mittwoch, 12. März, Besichtigung der Firma Farina in Köln. — Die Frauengruppe traf sich zu einer Fastnachtsfeier in einem karnevalistisch geschmückten Saal im Kolpinghaus. Frau Okrafka sorgte mit vielen lustigen Beiträgen, zum größten Teil in ostpreußischer Mundart, für eine ausgezeichnete Stimmung. Unterstützt wurde sie von den Damen Preuschoff, Schröder und Gudella. Alle Vorträge aus der „Bütt" wurden mit großem Beifall belohnt. Viel zu schnell verlief dieser gemütliche Nachmittag und alle Anwesenden waren der Meinung, daß es eine der schönsten Faschingsfeiern seit Bestehen der Gruppe war.

HESSEN

Vorsitzender der Landesgruppe: Otto von Schwichow, 355 Marburg, Frhr.-v.-Stein-Straße 37, Telefon 0 64 21 - 4 75 84.

Der Gesamtvorstand der Landesgruppe traf sich im Februar in Gießen. Hauptthemen der Besprechung waren die Zusammenarbeit mit den anderen Landsmannschaften und dem BdV-Landesverband Hessen, die Aufgabenverteilung innerhalb des Vorstandes und die Beratung über von der Landesgruppe im Jahre 1975 durchzuführende Veranstaltungen. Der 1. Vorsitzende der Landesgruppe, Otto von Schwichow, konnte neben den fast vollzählig erschienenen Mitgliedern des Vorstandes den stellvertretenden Vorsitzenden des BdV-Landesverbandes, Karl Kolpack, Wiesbaden, und den Kreisvertreter des Heimatkreises Allenstein-Land, Hans Kunigk, Gensungen, als Gäste begrüßen. Er teilte mit, daß der BdV-Landesverband am 5. April in Eltville seinen Landesverbandstag durchführe. Dort soll der Nachfolger des verstorbenen Vorsitzenden der Landesgruppe, Konrad Opitz, in der Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden des BdV-Landesverbandes gewählt werden. Die Vorstandsmitglieder beschlossen einen eigenen Wahlvorschlag einzureichen. Die Landesgruppe schlägt ihren Schatzmeister Otto Schäfer, Gießen für dieses Amt vor. Alle Vorstandsmitglieder waren einer Meinung, daß die Zusammenarbeit aller Landsmannschaften untereinander und zwischen Landsmannschaften und BdV nicht nur in einer losen Verbindung bestehen dürfe, sondern daß die gesamte Arbeit gemeinsam geleistet werden müsse. Die Landesgruppe wird an den Veranstaltungen mit einigen Delegierten teilnehmen, die aus Anlaß der vor 30 Jahren erfolgten „Rettung über See" in Kiel und Lübeck stattfinden. „Rettung über See" und „30 Jahre nach der Vertreibung" sollen die Themen der Monatsversammlungen im März und

Fortsetzung auf Seite 16

Treuezeichen für unsere Leser

Das Ostpreußenblatt besteht am 5. April 25 Jahre

Viele unserer Leser sind, wie wir wissen, den Weg dieses Vierteljahrhunderts — oder einen größeren Teil davon — mit uns gemeinsam gegangen, in guten wie in schlechten Zeiten, Papierpreis- und Postgebührenerhöhungen zum Trotz, wenn es ihnen auch



manchmal schwerfiel. Sie haben uns die Treue gehalten, auch wenn sie nicht immer mit jeder Zeile einverstanden waren.

Wir haben uns deshalb entschlossen, anläßlich des 25jährigen Bestehens unserer Zeitung unseren Dank für diese beispielhafte Verbundenheit durch ein Treuezeichen Ausdruck zu geben. Nichts schien uns dafür geeigneter als das Symbol Ostpreußens, der Elch, der zudem seit fast 200 Jahren so eng mit der Geschichte unserer Heimat verbunden ist: Seit 1787 tragen die Trakehner Pferde den Elchschaufelbrand, 1813 war die Elchschaufel das Zeichen des Yorckschen Korps, nach 1918 trugen sie die freiwilligen ostpreußischen Heimatschutzverbände.

Das Treuezeichen wird ab 5. April in zwei Stufen vergeben:

I n S i l b e r für alle Leser der ersten Stunde, die das Ostpreußenblatt von Anbeginn an halten oder im Laufe des Jahres 1950 Bezieher wurden.

I n B r o n z e für alle Leser, denen das Ostpreußenblatt seit zehn oder mehr Jahren ein unentbehrlicher Weggefährte ist.

In die Vergabe sind natürlich auch die Ehegatten eingeschlossen und ebenso jene Leser, die nach dem Tode der Eltern deren Abonnement weiterführen.

Sie erhalten das Treuezeichen in Verbindung mit einer Urkunde, wenn Sie den untenstehenden Vordruck ausfüllen und mit den Rückportokosten von 0,80 DM in Briefmarken pro Person an uns einsenden. Vergessen Sie bitte auf dem Umschlag nicht das Kennwort „Treuezeichen".

H i e r a b t r e n n e n

An
Das Ostpreußenblatt
— Treuezeichen —
2 Hamburg 13
Postfach 8047

Ich/und meine Ehefrau beantrage(n) die Zuerkennung des Treuezeichens

in SILBER für 25jährige   in BRONZE für 10- und mehrjährige

Zugehörigkeit zur Lesergemeinschaft DAS OSTPREUSSENBLATT seit:

Name:

Vorname:

Ehegatte:

Wohnort:

Straße:

0,80/1,60 DM in Briefmarken für die Übersendung des Treuezeichens sind beigefügt.

Postleitzahl, Ort   Unterschrift

Schluß von Seite 15

April sein. Am 24. und 25. Mai sollen sich die Kreisvorsitzenden zu einer Arbeitstagung treffen. Landesschriftführer Siegfried Wiebe, Flörsheim/Weilbach, wurde beauftragt, ein geeignetes und auch finanziell zu tragendes Versammlungslokal ausfindig zu machen. Die Frauenreferentinnen treffen sich wie alljährlich Ende November/Anfang Dezember. Höhepunkt aller Veranstaltungen soll ein Landestreffen am 31. August sein und im Raum Wiesbaden stattfinden. Die Kreisgruppe Wiesbaden wurde beauftragt, eine geeignete Halle zu suchen und die ersten Vorbereitungen zu treffen. In einem Rundschreiben der beiden Landesvorsitzenden sollen die Kreisgruppen über alle anstehenden Fragen unterrichtet werden. Der geschäftsführende und der engere Vorstand wird Mitte März über Einzelheiten sprechen. Zu gegebener Zeit werden alle Landsleute in Hessen durch die Kreis- und Ortsgruppen und durch Ankündigungen im Ostpreußenblatt unterrichtet werden. Die Kreisgruppen erhalten in Kürze neben den Rundschreiben der Vorsitzenden vom Landesschriftführer eine Liste des amtierenden Vorstandes mit allen wichtigen Angaben.

Kassel — Dienstag, 4. März, 15 Uhr, Gaststätte Teuteberg, Wolfsanger (Linie 6), heimatliche Kaffeestunde.

BADEN-WÜRTTEMBERG

Vorsitzender der Landesgruppe: Erwin Seefeldt, 7417 Urach, Mauchentalstraße 45, Tel. 0 71 25 / 44 25.

Karlsruhe — Dienstag, 11. März, 15 Uhr, im Kolpinghaus, Zusammenkunft der Frauengruppe. — Beim Pfennig-Basar am 13. und 14. März in der Nancy-Halle haben auch die ostpreußischen Frauen wieder einen Stand: Tombola. Sachen für den Basar können jeden Vormittag bei Frau Kaul, Salierstraße 4, abgegeben werden oder zu den in der lokalen Presse bekanntgegebenen Annahmestunden in der Nancy-Halle. Helfende Hände werden für einen Gepäckbewahrungsstand am 13. und 14. März gesucht. Bitte melden bei Frau Kaschu, Telefon 81 12 76, oder bei Frau Grigo, Welfenstraße. — Bei der beliebten ostpreußischen Mundart verlebten die Mitglieder der Frauengruppe im Februar einen fröhlichen Faschingsnachmittag mit Lachen, Gesang und Tanz nach „Fuchsens Art".

Pforzheim — Bei der 36. „Preußischen Tafelrunde" am Mittwoch, dem 26. März, im Hotel Martinsbau wird der aus Königsberg stammende Konteradmiral a. D. Helmuth Kienast, letzter überlebender Offizier des legendären Hilfskreuzers „Wolf" aus dem Ersten Weltkrieg, über den Antarktisforscher Erich von Drygalski, ebenfalls gebürtiger Königsberger und dort häufiger Gast im Hause des Referenten, sprechen. Der über 80jährige Admiral kennt daher nicht nur noch persönlich diesen berühmten Geographen, sondern aus eigenen abenteuerlichen Kreuzfahrten jene antarktischen Breiten.

RHEINLAND-PFALZ

Vorsitzender der Landesgruppe: Hans Woede, 65 Mainz Ernst-Ludwig-Str. 11, Tel. 0 61 31 / 2 68 76.

Bad Kreuznach — Der Kreisverband des BdV bemüht sich seit einiger Zeit darum, für das Ehrenmal der Heimatvertriebenen einen neuen, würdigen Platz zu beschaffen. Seit Jahren ruht dieses mit viel Einsatzfreudigkeit geschaffene Werk unbeachtet in einem Raum. Wahrscheinlich wird es seinen Platz auf dem Friedhof vor der neu erbauten Friedhofskapelle finden, die im Sommer ihrer Vollendung entgegen gehen wird. Es wurde eine Aktion beschlossen, die eine würdige Gestaltung dieser Erinnerungsstätte ermöglicht. In einer besonderen Feier wird das Ehrenmal eingeweiht, das zu einem Blickpunkt werden soll. — Die Berlinreise vom 3. bis 7. Mai ist fast ausgebucht. Da die Zimmer rechtzeitig bestellt werden müssen, empfiehlt sich umgehende Anmeldung bei Erwin Rettig, Korellengarten 24, Telefon 6 46 06.

BAYERN

Vorsitzender der Landesgruppe: Walter Baasner, 8012 Ottobrunn, Rosenheimer Landstraße 124/IV.

München — Freitag, 28. Februar, 19 Uhr, Kleiner Saal des Pschorr-Kellers, Theresienhöhe 7, Treffen der Ost- und Westpreußen-Stiftung in Bayern im Zusammenwirken mit dem Witiko-Bund, Ortskreis München, und dem Waffenring der Kampftruppen, Kavallerie Schnelle Truppen e. V. Programmfolge: Begrüßung, Bericht über die Jahresplanung 1975, Aussprache und Anregungen, gemeinsames Abendessen, Vorführung des Spielfilms „Gefangene der Hölle" mit Einführungsreferat.

Nürnberg — Dienstag, 4. März, 19.30 Uhr, Sitzung des Hauptvorstandes im Geschäftszimmer, Prinzregentenufer 3. — Sonnabend, 8. März, 19.30 Uhr, in der Ratsstube des Mautkellers, Monatsversammlung.

Nassengärter Mittelschule — Zu dem Treffen der Nassengärter laden wir alle ehemaligen Schüler der Nassengärter Mittelschule, auch die, die nicht auf dem Nassen Garten wohnhaft waren, recht herzlich ein. Wir sind vier ehemalige Schulkameraden des Geburtsjahrs 1921/22 (Klassenlehrer Deckert), die sich nach langen Jahren zusammengefunden haben, und zwar: Kurt Schilawa aus Tharau, Ursula Leber, Christel Sauerbaum und Eva Schultz. Wir hoffen und wünschen, daß nicht nur weitere Schüler unseres Jahrgangs, sondern auch viele andere nach Stadthagen kommen. Wir haben es immer schon bedauert, daß im Gegensatz zu anderen Königsberger Schulen die Nassengärter Mittelschüler keinerlei Kontakt hatten und wir waren doch solch ein verschworener Haufen. Wir bitten also alle: kommt. Eine ganz besondere Freude wäre es, auch unsere ehemaligen Lehrer begrüßen zu können. Für die, die den Artikel vom 1. Februar nicht mehr in Händen haben, wiederhole ich: Treffen am 22./23. März in Stadthagen, Kreis Schaumburg-Lippe. Treffpunkt: Clubraum der Gaststätte Bornau-Eck, Habichhorster Straße 96, Telefon 0 57 21 / 45 56. Um 13 Uhr gemeinsames Mittagessen, anschließend geselliges Beisammensein; am 23. März Frühschoppen mit Lichtbildervortrag, 13 Uhr gemeinsames Mittagessen, anschließend geselliges Beisammensein. Anmeldungen für Übernachtung und Mittagessen bis spätestens zum 10. März an Herta Werner, 496 Stadthagen, Ortsteil Reinsen Nr. 19, Telefon 0 57 21 / 20 94. In Vorfreude auf Euer — hoffentlich zahlreiches — Erscheinen im Namen von uns Vieren grüßt Eva Carsted, geb. Schultz, 213 Rotenburg (Wümme), Kolberger Straße 1.

Osterode

Kreisvertreter: Hans Strüver, 333 Helmstedt, Schützenwall 13, Telefon 0 53 51/3 20 73.

Kreistreffen — Das für den 1. Juni in Pforzheim vorgesehene Kreistreffen mußte um eine Woche verschoben werden. Dieses Treffen findet nunmehr am 8. Juni in Pforzheim, Melanchtonhaus, statt. Unser Kreistreffen in Hamburg wird planmäßig am 4. Mai durchgeführt. Näheres über beide Treffen demnächst im Ostpreußenblatt; ich bitte, sich schon jetzt diese beiden Termine notieren zu wollen.

Pr.-Eylau

Kreisvertreter: Gerhard Doepner, 24 Lübeck-Moisling, Knusperhäuschen 5, Telefon 04 51 / 80 18 07.

Hauptkreistreffen — Im Februar fand in unserer Patenstadt eine Vorbesprechung über den Ablauf unseres diesjährigen, zwanzigsten Kreistreffens am 24. und 25. Mai in Verden statt, an der Vertreter unserer Paten, des Kreises und der Stadt Verden, des BdV und unsere Kreisgemeinschaft teilnahmen. Die Programmfolge für beide Tage, ähnlich der bisherigen Treffen gestaltet, wird zu einem späteren Zeitpunkt bekanntgegeben. Ich bitte aber alle Kreisbewohner, die es irgend ermöglichen können, in Anbetracht dieses Jubiläumstreffens diese Tage frei zu halten, um nach Verabredung mit Verwandten und Bekannten gemeinsam mit unseren Freunden in Verden unserer Heimat — 30 Jahre Vertreibung, 20 Jahre Patenschaft — zu gedenken.

Treuburg

Kreisvertreter: Theodor Tolsdorff, 56 Wuppertal-Barmen, Hohenzollernstraße 18.

Am 1. Juni haben wir unser Jahrestreffen, wie immer, in Opladen. Wir bitten alle, sich diesen Termin schon jetzt vorzumerken, damit wir an diesem Tag in großer Zahl erscheinen. Gerade in dieser Zeit ist es dringend notwendig, daß wir das Bekenntnis zu unserer Heimat immer wieder erneuern. Benachrichtigt bitte auch alle Eure Freunde und Verwandten und bringt auch Eure Kinder zu diesem Treffen mit. Auf ein frohes Wiedersehen hoffen Eure Th. Tolsdorff, P. Czygan, H. Kowitz.

Wehlau

Kreisvertreter: Werner Lippke, 2358 Kaltenkirchen, Oersdorfer Weg 37, Telefon 0 41 91/20 03.

Familienforschung — Es wird darum gebeten, daß diejenigen Landsleute, die sich als Familienforscher betätigen, sich bei der obigen Anschrift melden. Wir halten es für wertvoll, zu erfahren, wer sich in dieser Hinsicht betätigt, um mithelfend Verbindungen herstellen zu können. Wer Familienforschung betreibt, betreibt auch Heimatforschung. Auch unser Heimatbuch wird für den Familien- und Heimatforscher manchen Fingerzeig geben können. Bestellen Sie daher bald das Heimatbuch des Kreises Wehlau bei Ursula Weiß, 2818 Syke, Sulinger Straße 8, und überweisen Sie den Betrag von 38,— DM auf das Konto 1999, Kreissparkasse Syke. Der Betrag kann auch in zwei Raten gezahlt werden. Das Buch wird etwa im Mai erscheinen. Mit jeder Vorbestellung helfen Sie außerdem mit, das Buch zu finanzieren. Es wird ein reich bebilderter Band von über 600 Seiten, der gewiß die umfangreichste Quelle für unseren Heimatkreis darstellt. Sie finden darin: erdgeschichtliche Wissenswertes, Vor- und Frühgeschichte, Siedlungsgeschichte, Mundart, Kreisverwaltung, Abrisse der Geschichte der Städte Wehlau, Tapiau, Allenburg, Kirche, Schule, Bau- und Kunstdenkmäler, Verkehr, ländliche Industrie, Handwerk, Landwirtschaft auf Gut und Dorf, Bäuerliches Leben, Sagen, Geschichten, Kampfhandlungen 1945, Fluchtberichte, nach dem Kriege und etwas über den Patenkreis Landkreis Grafschaft Hyoa, im Anhang Kreiskarte, Stadtpläne, Ortsverzeichnis. Sagen Sie es im Familien- und Bekanntenkreis weiter, daß unser Heimatbuch erscheint. Werben Sie dafür. Es sollte in keiner Familie fehlen. Jedes Kind sollte es besitzen: Konfirmationsgeschenk, zum Abitur, zum Geburtstag. Das Interesse für die Heimat kann nur dann entstehen, wenn man sich mit diesen Gegebenheiten befaßt. In geschichtsloser Zeit bringen wir Heimatgeschichte!

Die ostpreußische Familie

Der Bücherschrank

Unser Bücherschrank ist weder eine Buchhandlung noch ein Antiquariat. Alle angezeigten Titel sind jeweils nur in einem Exemplar vorhanden. (Für Buchwunsch genügt eine Postkarte; bitte kein Telefonat.) Weiteres darüber finden Sie in unserer ständigen Rubrik „Die Ostpreußische Familie". Folgende Spenden sind abrufbereit:

„Berlin" (Kl. Bildband). — Frank Thiess: **„Stürmischer Frühling"** (Roman). — Fritz Rörig: **„Vom Werden und Wesen der Hanse"** (Historische Schilderung). — Die Kurische Nehrung: **„Wind, Sand und Meer"** (Erinnerungsbuch). — Buchers Miniaturen **„Herbst"** (Dichtung und Farbfotos). — Johannes von Guenther: **„Cagliostro"** (Roman). — Bonaventura Tecchi: **„Die Egoisten"** (Roman aus dem Italienischen). — Helmut Thielicke: **„So sah ich Afrika"** (Erlebnisbericht). — Luise Rinser: **„Nina"** (Mitte des Lebens und Abenteuer der Tugend). — Martin Kakies: **„Elche am Meer"** (Erzählungen und Bilder). — Vicki Baum: **„Die goldenen Schuhe"** (Roman). — Fritz von Graevenitz: **„Höchenschwander Tagebuch"** (Gedanken eines Künstlers). — Yoshida Kenko: **„Tsurezuregusa"** (Aufzeichnungen aus dem Japanischen). — Werner May: **„Benedicta"** (Histor. Roman). — Agnes Miegel: **„Heimkehr"** (Erzählungen). — **„Evangelisches Gesang- und Gebetbuch"** (Für die Bundeswehr). — Jutta Hecker: **„Corona"** (Das Leben der Schauspielerin Schröter). — Kalenderbuch: **„Der redliche Ostpreuße"** (Ausgabe 1971). — Stefan Zweig: **„Ungeduld des Herzens"** (Roman). — Thyde Monnier: **„Schloß Désirade"** (Roman aus dem Französischen). — Hans Leip: **„Jan Himp und die kleine Brise"** (Roman). — Warwick Deeping: **„Der Sang des Sommers"** (Roman aus dem Englischen). — Arno Surminski: **„Jokehnen"** (oder wie lange fährt man von Ostpreußen nach Deutschland). — Wilhelm Lobsien: **„Gesa Früddens Weg"** (Ein Hallig-Roman). — Trygve Gulbranssen: **„Und ewig singen die Wälder"** und **„Das Erbe von Björndal."** — Heinrich Federer: **„Regina Lob"** (Frauen-Roman). — Rudolf Naujok: **„Ostpreußische Liebesgeschichten."** — Aus den gesammelten Werken von **„Egon Erwin Kisch"** (Die Prager Geschichten). — D. H. Lawrence: **„Lady Chatterley"** (Roman). — Ferdinand Fried: **„Latifundien vernichteten Rom"** (Wirtschaftspol. Studie).

Aus den ostpreußischen Heimatkreisen . . .

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben.

Bartenstein

Kreisvertreter Hans-Hermann Steppuhn, Lübeck, Grönauer Baum 1, Telefon 50 32 28.

Vom 14. bis 17. Juni wird ein Kreistreffen in Bartenstein (Württemberg) abgehalten. Wie mir der Jugendvertreter unserer Kreisgemeinschaft, Dietrich Wever, 873 Bad Kissingen, Kurhausstraße 14, mitteilt, ist es auch erwünscht, wenn sich an diesem Treffen die Jugend beteiligt. Sie erhält hier zwecks Aufnahme von Kontakten einen besonderen Jugendraum. Ich bitte, daß zu dem geplanten Kreistreffen in Bartenstein nicht nur die erwachsene Generation, sondern auch die Jugend teilnimmt.

Vom 20. bis 28. September feiert unsere Patenstadt Nienburg (Weser) ihr 950jähriges Bestehen. Die Kreisgemeinschaft Bartenstein wird am 20. und 21. September in Nienburg ihr Hauptkreistreffen abhalten. Am 20. wird der Kreistag tagen und anschließend wird eine Zusammenkunft aller Bartensteiner im Festzelt stattfinden. Auch zu diesem Treffpunkt erbitte ich das zahlreiche Erscheinen der Bartensteiner zwecks Aufnahme näherer Kontakte. Dieses wird bereits jetzt bekanntgemacht, damit ein jeder seinen Urlaub danach einrichten kann.

Anfragen nach Anschriften ehemaliger Bartensteiner bitte ich nicht an mich, sondern an den Kreiskarteiführer Werner Mischke, 4404 Telgte (Westf.), Hasenkamp 5, zu richten, der auch im Besitz der Kreiskartei ist. — Für die Sterbekasse Bartenstein sind die Zahlungen weiter nach Rendsburg zu entrichten. Frau Margot Reinhold, wohnhaft in Rendsburg, Kampenweg 1, bearbeitet die Sterbekassenangelegenheiten genau wie früher.

Gumbinnen

Kreisvertreter: Dipl.-Ing. Dietrich Goldbeck, 4812 Brackwede 1, Winterberger Str. 14, Tel. 05 21/44 10 55.

Stuttgart, Sonntag, 9. März — Kreistreffen in Stuttgart-Bad Cannstatt, Hotel Schwabenbräu, Bahnhofstraße, Beginn 11 Uhr. Bericht über die Arbeit im Kreisausschuß und die weiteren Vorhaben der Kreisgemeinschaft. Vortrag mit Lichtbildern über eine Wanderung an der Angerapp im Kreis Gumbinnen. Aussprache und Unterhaltung. Lesen Sie bitte auch die Ankündigung in den Kreisnachrichten des Ostpreußenblattes, Folge 7, vom 15. Februar.

Mainz, Sonntag, 16. März — Gemeinschaftsveranstaltung mit der landsmannschaftlichen Kreisgruppe Mainz zugleich für alle Gumbinner im Großraum Frankfurt und Rheinpfalz. Beginn 15 Uhr im Saal des Blindenheims, Mainz, Untere Zahlbacher Straße 68, 10 bis 15 Gehminuten vom Hauptbahnhof. Wir zeigen eine Serie Lichtbilder „Gumbinnen vor und nach der Vertreibung". Dabei werden den Bildern aus der Zeit nach der Vertreibung (1964—1972) jeweils die gleichen Ansichten aus der früheren Zeit gegenübergestellt. Diese Gegenüberstellung ist sehr eindrucksvoll, weil gleichzeitig mit zwei Vorführgeräten und zwei Leinwänden gearbeitet wird. Außerdem berichten wir über die Arbeit des Gumbinner Kreisausschusses. Besuchen Sie diese **interessante heimatkundliche** Informationsveranstaltung und bringen Sie auch Ihre Jugend und Ihre Bekannten mit.

Das Haupttreffen der Gumbinner und Salzburger in Bielefeld, 10. und 11. Mai — Das Haupttreffen wird in diesem Jahr wieder mit der Sitzung des Kreistages im großen Sitzungssaal des Bielefelder Rathauses beginnen. Die einzelnen Arbeitsausschüsse des Kreistages werden aber bereits Freitag, 9. Mai, nachmittags zu eigenen Beratungen einberufen werden, weil in diesem Jahr keine besondere Arbeitstagung im Ostheim, Bad Pyrmont, stattfinden kann. Die Kreistagsmitglieder werden hierdurch gebeten, sich also bereits den Freitag zur Teilnahme freizuhalten. Das weitere Programm des Treffens wird rechtzeitig an dieser Stelle und im nächsten Gumbinner Heimatbrief Nr. 28 (1/75) bekanntgemacht, der Ende März erscheint.

Hamburg: Cecilienschülerinnen und Friedrichsschüler. Die nächste Zusammenkunft der „Ehemaligen" aus dem Hamburger Raum (11. Treffen) findet Freitag, 7. März, 15.30 Uhr, in Hamburg, Dammtorbahnhof, Bahnhofsgaststätte, Uniklause, statt. Alle Gumbinner mit Angehörigen sind zu diesem zwanglosen Beisammensein wie immer herzlich eingeladen.

Hannover: Friedrichsschule und Cecilienschule — Sonnabend, 22. März, Mitgliederversammlung in Hannover, Künstlerhaus, Sophienstr. 2, Clubraum B, Beginn 15 Uhr. Tagesordnung: 1. Begrüßung und Ehrungen, 2. Jahresbericht des Vorstandes für 1974 mit Aussprache und Ausblick auf 1975, 3. Kassenbericht des Schatzmeisters mit Aussprache, 4. Prüfungsbericht der Rechnungsprüfer, 5. Entlastung des Vorstandes, 6. Neuwahl der Rechnungsprüfer, 7. Prussia-Gesellschaft, 8. Verschiedenes. Hierzu sind alle ehemaligen Friedrichsschüler und Cecilienschülerinnen eingeladen; besonders werden diejenigen erwartet, die in Hannover und der weiteren Umgebung wohnen. Im weiteren Verlauf des Nachmittags werden wieder Lichtbilder aus der großen Diasammlung der Vereinigung vorgeführt. Zu dieser Zusammenkunft sind auch Familienmitglieder und andere Gäste, insbesondere ehemalige Gumbinner, gerne willkommen. Kaffee und Kuchen sowie Abendessen sind im Lokal erhältlich.

Insterburg Stadt und Land

Kreisvertreter Stadt: Professor Dr. Georg-Winfried Schmidt. Kreisvertreter Land: Fritz Naujoks. Geschäftsstelle: Georg Miethke, 4150 Krefeld-Fischeln, Kölner Straße 517, Rathaus.

Kreistreffen in Hannover am 4. Mai — Dafür hat die Heimatgruppe Hannover folgendes Programm aufgestellt: Sonnabend, 3. Mai, ab 19 Uhr, Zusammenkunft der Heimatgruppe Hannover mit ihren von auswärts kommenden Gästen, die bereits an diesem Tag angekommen sind, im Dorpmüllersaal des Bahnhofsgebäudes in Hannover. Sonntag, 4. Mai, Gaststätte Limmerbrunnen (zu erreichen mit den Straßenbahnlinien 1 und 3 in Richtung Limmer, Endstation, eine Haltestelle der Linie 3 befindet sich direkt vor dem Hauptbahnhof). Ab 10 Uhr werden die eintreffenden Insterburger Landsleute von der Heimatgruppe Hannover empfangen. Um 11 Uhr beginnt die Feierstunde, anschließend gemeinsames Mittagessen. Ab 14 Uhr heimatliche Stunden mit Lichtbildervorführungen aus unserer Heimat, Unterhaltung und Tanz. Die Heimatgruppe Hannover lädt zur Feier ihres 25. Geburtstages alle Insterburger aus Stadt und Land aus der ganzen Bundesrepublik, aus Mitteldeutschland und nach Möglichkeit dem Ausland herzlich ein.

Königsberg-Stadt

Amtierender Stadtvorsitzender: Dipl.-Ing. Ulrich Albinus, 53 Bonn. Geschäftsstelle: Günter Boretius, 4 Düsseldorf, Bismarckstraße 90, Telefon 35 03 80.

Königsberger Kartei — Tausende von Königsberger Landsleuten haben die Königsberger Kartei der Patenstadt Duisburg schon in Anspruch genommen, sei es, um Zeugen für den Rentenantrag zu erhalten, um alte Freunde zu suchen oder gar um verloren geglaubte Familienangehörige oder Verwandte wiederzufinden. Sehr viele hatten Erfolg, und daher hat sich die Königsberger Kartei auch 30 Jahre nach der Vertreibung noch vor wie als unentbehrlich erwiesen. 269 000 Personen (Lebende, Gestorbene, Vermißte) sind auf 153 000 Karten erfaßt. Die Kartei lebt aber nicht nur durch Suchanfragen, sie lebt auch von der laufenden Fortschreibung. Jeder Königsberger möge bedenken, daß Adressenänderungen und Änderungen im Familienstand (Eheschließungen) unterbleiben sind. Wer nicht sicher ist, ob er in der Königsberger Kartei vorkommt, möge seine Personalien mitteilen; Freunde, Bekannte, ehemalige Kollegen können auch ihm fragen. Um folgende Angaben wird gebeten: Name, Vorname, bei Frauen Geburtsname, Geburtsdatum und -ort, Wohnung, Beruf und Arbeitsstelle in Königsberg, Personalangaben des Ehegatten evtl. mit Sterbedatum, Kinder mit Geburtsdatum, Wohnung und Beruf heute. Wer Suchanfragen stellt, möge über die Gesuchten (z. B. Kollegen, Arbeitgeber, Personalsachbearbeiter, Lohnbuchhalter) bitte möglichst ausführliche Personenangaben machen. Schriftliche Mitteilungen und Anfragen sind „an die Stadt Duisburg, Patenstadt für Königsberg (Pr), 41 Duisburg 1" zu richten. Persönliche Besuche im Patenschaftsbüro im Haus Königsberg in Duisburg, Mülheimer Str. 39, Nähe Hauptbahnhof Ostausgang, sind während der Dienststunden möglich (Montag bis Freitag 8 bis 16 Uhr).

Die französische Volksfront zerbricht

Es gibt Bewegung im Bild der französischen Parteien. Zuerst setzte sich Ministerpräsident Chirac durch einen kleinen Putsch an die Spitze der gaullistischen Union und schaltete die Ultra-Gaullisten aus. Jetzt will der neugewählte Vorsitzende der Unabhängigen Republikaner, Innenminister Poniatowski, die Partei des Staatspräsidenten zur ersten Partei Frankreichs machen. Und Sozialistenführer Mitterand bekundete auf dem Parteitag in Peau zwar Treue zum Volksfront-Programm mit den Kommunisten, lehnte aber gemeinsame Aktionen ab, solange ihn die Kommunisten des Verrats am Linksfront-Bündnis verdächtigen. Um seine Verbundenheit mit der Volksfront-Bewegung zu beweisen, griff Mitterand besonders heftig die Wirtschaftspolitik von Staatspräsident Giscard d'Estaing an. Die Stimmengewinne seiner Partei bei den letzten Wahlen haben ihn offenbar so selbstbewußt gemacht, daß er sogar einen Bruch mit dem linken Parteiflügel, der die sofortige Wiederaufnahme gemeinsamer Aktionen mit der KPF fordert, in Kauf nimmt.

Was Giscard nicht erreicht hat, nämlich die Sozialisten wieder von den Kommunisten zu trennen, scheinen jetzt die Kommunisten mit ihren Verdächtigungen gegen Mitterand selbst zuwege zu bringen. In Peau hat offensichtlich das Ende der Volksfront begonnen. Aber die Aussicht, daß Giscard die Sozialisten zur Mitarbeit in der Regierungsarbeit gewinnen könnte, ist geringer geworden. Auf jeden Fall ist der Wunsch Mitterands, die Sozialisten zur stärksten Partei zu bringen, nicht so utopisch wie der Anspruch Poniatowskis, die Unabhängige Partei, sozusagen die französische FDP, die Giscard d'Estaing gegründet und bis zur Übernahme des Präsidentenamtes geführt hat, bis zu den nächsten Wahlen der Nationalversammlung 1978 zur gehobenen politischen Kraft zu machen.

Es ist jedoch schwer vorstellbar, wie Poniatowski ein so spektakulärer Durchbruch gelingen sollte. Die Unabhängigen Republikaner haben nur 55 Abgeordnete in der Nationalversammlung, gegenüber 183 Gaullisten. Diese kleine Fraktion verfolgt eine recht konservative Linie und übt sich sogar in Stimmenthaltung bei reformerischen Gesetzen des Staatspräsidenten.

Franz Modesto

Heilig soll die Stätte sein . . .

Haus der Heimat in Kiel besteht 20 Jahre

„Heilig soll dem Menschen die Stätte sein, wo er geboren ist, und ehrwürdig bleiben das, woran seine Kindheit erwuchs." Diese Worte von Ernst Moritz Arndt stehen in der Denkschrift, die der Verband der Heimatvertriebenen (VdH) zum 20jährigen Bestehen des Hauses der Heimat in Kiel herausgegeben hat.

Am 28. Januar 1955 war in der schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt diese für die Bundesrepublik Deutschland damals einmalige Begegnungsstätte für Flüchtlinge eingeweiht worden. Die Zielsetzung des Hauses wurde in der Grundstein-Urkunde mit den Worten umschrieben: „... zur Pflege unserer heimatlichen kulturellen Güter, als Zuflucht für die, die des Rates bedürfen, als Stätte der Mahnung und Sammlung für unsere Jugend, als Bekenntnis unseres Willens, der deutschen Einheit zu dienen." — Die Urkunde wurde auch von dem inzwischen verstorbenen Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Reinhold Rehs unterzeichnet.

In einem Geleitwort des 1. Vorsitzenden des VdH, Dr. Domabyl, heißt es: „Bei der Einweihung dieser Heimstätte vor nunmehr 20 Jahren habe ich in meiner Begrüßungsansprache besonders herausgehoben, daß für uns Heimatvertriebene und Flüchtlinge dieses Haus mehr darstellt als ein Menschenwerk aus Stein, und daß es das erste aus der freien Initiative der Heimatvertriebenen errichtete Gebäude dieser Zweckbestimmung in der Bundesrepublik Deutschland ist, das nicht allein den Heimatvertriebenen, sondern allen gehören soll, die im Geiste der Menschenrechte und Heimattreue wirken... Die Wahrung des Ostdeutschen Kulturgutes und die heimatpolitische und sozialpolitische Arbeit muß darüber hinaus aber auch Anliegen aller Deutschen sein, denen die auf Recht und Gerechtigkeit beruhende freiheitliche Gestaltung der Zukunft unseres Volkes am Herzen liegt."

Während der Feierstunde zum 20jährigen Bestehen konnte Dr. Domabyl eine Reihe von Vertretern von Behörden und Verbänden begrüßen. Der Dezernent des Amtes für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, Stadtrat Rösser, bezeichnete den Bau des Hause als eine Pioniertat. Alle Hoffnungen, die damit verknüpft waren, habe das Haus erfüllt. Nicht zuletzt sei auch der Anteil der Vertriebenen am Aufbau der Stadt zu würdigen.

Dr. Walsdorff führte als Vertreter des Chefs der Staatskanzlei aus, daß die Landesregierung Schleswig-Holstein als einziges Bundesland schon früh begonnen habe, die Kulturarbeit der Heimatvertriebenen zu unterstützen.

Während der Jubliäumsfeierlichkeiten wurde eine Woche lang eine vielseitige Ausstellung über das kulturelle Wirken in ost- und mitteldeutschen Gebieten gezeigt. So wird denn besonders die Kulturarbeit im Haus der Heimat Kiel seit langem gefördert. Anläßlich der Grundsteinlegung vor mehr als 20 Jahren sagte Reinhold Rehs: „Wenn Menschen sich Häuser bauen, wollen sie sich eine Heimstatt schaffen, jenen umhegten Bezirk, den sie mit ihrem Wesen erfüllen können. Auch wir Heimatvertriebenen in Kiel wollten mit diesem Haus eine Heimstatt schaffen, einen echten Hort der Erhaltung unserer Kulturgüter."

Viele Ausstellungen haben dort inzwischen stattgefunden. Während der Kieler Woche 1957 zeigten z. B. die Deutsche Jugend des Ostens die Ausstellung „Deutschland im Osten". Es folgten „Berlin — Deutschlands Hauptstadt", „Kostbarkeiten aus Bernstein, dem Gold des Ostens", „Heimat hier und dort" und „Ostdeutschland im Spiegel alter Graphik" wie auch „Ostdeutsche Nobelpreisträger". Die letztgenannten Ausstellungen fanden auf Initiative der Landesfrauenleiterin der Landesgruppe Schleswig-Holstein, Eva Rehs, statt.

Dichterlesungen und Chormusik, eine umfangreiche Bücherei und die Volkstanzgruppe der DJO vervollständigen nur das Bild der Arbeit, die im Haus der Heimat in Kiel geleistet wird. Auch die Ostpreußen-Hilfsgemeinschaft fand nach ihrem Umzug aus einer alten Baracke im Haus der Heimat eine neue Heimstätte. **S. St.**

Am 28. Februar 1975 feiert unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Oma

Elisabeth Jeworowski
geb. Sulimma
aus Weißuhnen
Kreis Johannisburg
jetzt 7311 Jesingen ü. Plochingen
Mittlere Straße 27

ihren 80. Geburtstag.

Dazu gratulieren herzlichst mit den besten Wünschen
IHRE KINDER
UND ENKELKINDER

Wir grüßen zum
78. Geburtstag
am 7. März 1975 Frau

Meta Hoffmann

und wünschen alles Gute
Eva
Gerd
Wilma
Joachim
Heidrun
David
Patricia
Donald

62 Wiesbaden, Arizonastraße 15

Ihren 85. GEBURTSTAG feiert am 7. März 1975 Frau

Elisabeth Fabian
geb. Romeike
zul. wohnhaft in Johannisburg
jetzt 3338 Schöningen,
Negenborntrift 9

Es gratulieren recht herzlich
Enkel Wolfgang Matzko
und Frau Brigitte

---

85 JAHRE
wird am 7. März 1975 unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Oma und Urgroßmutter

Elisabeth Fabian
geb. Romeike
aus
Johannisburg, Fischerstraße 4
jetzt 3338 Schöningen,
Negenborntrift 9

Herzliche Glückwünsche
von ihren Kindern



Am 4. März 1975 feiert unser lieber Vater, Schwiegervater, Opa und Uropa

Hermann Zwingelberg
aus Frischenau, Kreis Wehlau

seinen 80. Geburtstag.

Es gratulieren recht herzlich und wünschen alles erdenklich Gute und noch viele gemeinsame Jahre
seine Töchter
TRAUTE, URSULA und ELLI
mit Familien

45 Osnabrück, Liebigstraße 46



Am 19. Februar wurde

Emma Dobbrick
geb. Hennig
aus Gerswalde, Kr. Mohrungen
80 Jahre alt.

Es gratulieren herzlich und wünschen noch viele schöne Jahre
Tochter Elfriede
Schwiegersohn Richard
und Enkelkind Frank

41 Duisburg 17 (Homberg),
Mühlenstraße 49 a

90

Im Kreise ihrer Familie feierte am 26. Februar 1975 Frau

Auguste Peise
geb. Dukath
aus Otterwangen
Kreis Insterburg

ihren 90. Geburtstag.

Es gratulieren
TOCHTER
SCHWIEGERSÖHNE
ENKEL UND URENKEL

5605 Hochdahl, Eisenstraße 6

Jedes Abonnement

stärkt unsere Gemeinschaft

Am 9. Dezember 1974 verstarb unerwartet meine liebe Frau

Edith Gembries
verwitwete Engelmann
geborene Pogorzalski
aus Brückendorf, Kr. Osterode
(Ostpreußen)
geb. 22. 3. 31 gest. 9. 12. 74

In stiller Trauer
Walter Gembries

741 Reutlingen, Karlstraße 5

Nach einem arbeitsreichen Leben voller Fürsorge für die Seinen ist unser lieber, herzensguter Vater, Schwiegervater, Großvater, Urgroßvater, Schwager und Onkel kurz nach seinem 93. Geburtstag nach kurzer Krankheit sanft entschlafen.

Karl Steinert
Zugführer
aus Schmalleningken
Memelgebiet
* 1. 1. 1882 † 19. 2. 1975

In Dankbarkeit
und tiefer Trauer
Charlotte Steinert
Gertrud Laurus, geb. Steinert
Viktor Reitzenstein
und Frau Erika, geb. Steinert
Enkel und Urenkel
Erna und Käte Kruschel
zugleich im Namen aller Angehörigen

2 Hamburg 26, Bürgerweide 18a
Düsseldorf, Milwaukee, Chicago
Daytona Beach, Denver

Trauerfeier am Freitag, dem 28. Februar 1975, um 11 Uhr, auf dem Ohlsdorfer Friedhof, Kapelle 2.

Anscheinend durch einen Druckfehler in der Ausgabe „Amtliches Gemeinde- und Ortsnamenverzeichnis der Deutschen Ostgebiete unter fremder Verwaltung" Band II vom 1. 9. 1939, haben wir bei der Todesanzeige, Landwirt Gottfried Muscheites, in Folge 7 vom 15. Februar 1975 auf Seite 19 die Ortschaft Breunken in den Kreis Pr.-Eylau versetzt. Dieses ist ein Fehler, es handelt sich hierbei um den Kreis Pr.-Holland.

Die Todesanzeige

Franz Pohl

in unserer Folge Nr. 5 vom 1. Februar auf Seite 22 wurde erst nach der Veröffentlichung dahingehend berichtigt, daß der Heimatort Lissen, Kreis Angerburg heißen muß.

Am 30. Januar 1975 entschlief nach kurzer Krankheit im Alter von 75 Jahren unser lieber Bruder und Onkel

Emil Goerke

aus Weinsdorf, Kr. Mohrungen

In stiller Trauer
Brüder Richard und Herbert
sowie alle Angehörigen

4 Düsseldorf 30,
St.-Franziskus-Straße 78

Am 23. Februar 1975 entschlief im Alter von 86 Jahren unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Elisabeth Borbstädt
geb. Schlegelberger
aus Altbaum-Haselberg (Ostpr)

In stiller Trauer
Waltraut Bachler
geb. Borbstädt
Emil Bachler und Kinder
Elisabeth Drengemann
geb. Borbstädt
und Kinder

2352 Bordesholm, Im Winkel 8

Die Trauerfeier hat am Donnerstag, dem 27. Februar 1975, in Bordesholm stattgefunden.

Ein treues Mutterherz
hat aufgehört zu schlagen.

Martha Skorzik
geb. Sukowski
* 23. 6. 1901 † 27. 1. 1975
aus Gutten, Kreis Johannisburg, Ostpreußen

Sie war uns stets eine gute und treusorgende Mutter.

In stiller Trauer
Georg Lendrath und Frau Ruth,
geb. Skorzik
Horst Skorzik und Frau Miriana,
geb. Balc
Fritz Skorzik und Frau Ruth,
geb. Methfessel
Enkelkinder und Anverwandte

4132 Kamp-Lintfort, Moerser Straße 158,
Homberg und Erfurt-Bindersleben, den 27 Januar 1975

Die Beerdigung war am Freitag, dem 31. Januar 1975, um 11.45 Uhr auf dem Waldfriedhof.

Nach langem, schwerem Leiden, das sie mit großer Tapferkeit ertragen hat, ist unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Urgroßmutter

Anni Hundsdörfer
geb. Skrodzki
* 18. 7. 1894 † 14. 2. 1975
aus Corallischken, Kreis Memel, Ostpreußen

sanft für immer eingeschlafen.

Wir werden sie sehr vermissen.

In stiller Trauer
Jutta Michael, geb. Hundsdörfer
Heide (Holst), Prof.-Henning-Str. 43
Ilse Maguhn, geb. Hundsdörfer
Wedel (Holst), Breitscheidstraße 15
Marianne Schoenrank, geb. Hundsdörfer
Jackson's Point/Ontario (Canada)
Hans-Joachim Hundsdörfer
Hochberg (Neckar), Amselweg 10
Barbara Hoffmann, geb. Hundsdörfer
Lüneburg, Schützenstraße 9
sowie 13 Enkel- und 7 Urenkelkinder
und alle andern Verwandten und Freunde

314 Lüneburg, Schützenstraße 9

Plötzlich und unerwartet verstarb in Penig (Sachs.) unsere liebe Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

Emma Kellermann
geb. Saborowski
aus Goldap (Ostpreußen), Insterburger Straße 16
* 27. 1. 1901 † 6. 2. 1975

In stiller Trauer
Franz Saborowski und Frau
Martha Klößer, geb. Saborowski
Lotte Kray, geb. Trott
als Nichte

495 Minden, Ginsterweg 22, Bielefeld, Hamburg

Völlig unerwartet entschlief nach einem reichen und erfüllten Leben unsere inniggeliebte Mutter, Großmutter und Urgroßmutter

Gertraud von Frantzius
geb. van Hees
* 4. 7. 1898 † 19. 2. 1975
aus Podollen, Kreis Wehlau (Ostpreußen)

In stiller Trauer
Ingrid Belau, geb. von Frantzius
Joachim Belau
Eberhard Belau und Frau Gerlind
Monika Nökel-Belau und Frank Nökel
Christian, Gisela, Verena und Nikola Belau
Ilse Proksch, geb. von Frantzius
Dr. Adolf Proksch
Christoph, Ilse, Marie-Theres und Stefan Proksch
und 2 Urenkel

8309 Meckenheim, A. d. Ev. Kirche 25
Wien 1119, Nußwaldgasse 13
813 Starnberg, Dampfschiffstraße 4, Telefon (0 81 51) 63 45

Die Beerdigung hat am Montag, dem 24. Februar 1975, auf dem Waldfriedhof in Starnberg stattgefunden.

Am 16. Januar 1975 entschlief unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Oma, Schwägerin, Tante und Kusine

Gertrud Sillus
geb. Kausch
aus Kuckerneese (Ostpreußen)

im 82. Lebensjahr.

Im Namen aller Angehörigen
Helmut Sillus

3361 Badenhausen, Eisdorfer Straße 9

Herr, Dir in die Hände
sei Anfang und Ende
sei alles gelegt.

Alfred Rosenfeld
* 24. 2. 1898 † 15. 2. 1975
aus Bischofsburg (Ostpreußen)

Nach einem erfüllten Leben ging er heim in die Ewigkeit.

In stiller Trauer
Annaliese Rosenfeld, geb. Jeske
Karla Bradtke, geb. Rosenfeld
Harald Bradtke
Hans-Peter Rosenfeld
Marianne Rosenfeld, geb. Kiesel
Marianne Knoll, geb Rosenfeld
Horst Erhardt Knoll
Hildegard Deutsch, geb. Rosenfeld
Werner Deutsch
und neun Enkelkinder

4358 Haltern, Burbrockstraße 11, Dortmund, München, Türkenfeld und Lüdenscheid, den 15. Februar 1975

Nach einem reicherfüllten Leben voller Liebe und Fürsorge ist heute nachmittag unsere herzensgute Mutter, Schwiegermutter, Oma und Uroma, unsere liebe Schwägerin und Tante

Anna Führer
geb. Fritzler
aus Eichbaum, Kreis Tilsit-Ragnit

im 83. Lebensjahre nach kurzer, schwerer Krankheit, jedoch unerwartet, im Frieden Gottes heimgegangen.

In stiller Trauer
Erich Führer und Frau Gisela,
geb. Möhlmann
Reinhold Führer und Frau Anni,
geb. Widdelmann
Enkel, Urenkel
und Angehörige

56 Wuppertal 12 (Cronenberg), den 26. Januar 1975
Henspes Neuhaus 31
Frechen-Buschbell

Am 19. Februar 1975 entschlief sanft nach kurzer, schwerer Krankheit, für uns doch unerwartet, meine liebe Mutter, Schwiegermutter und Oma

Hilda Stepputat
geb. Neumann
aus Königsberg (Pr), Vorst. Hospitalstraße 13

im 81. Lebensjahre.

In stiller Trauer
Harry Stepputat und Frau Eleonore
geb. Neumann
Enkelkinder Regine, Birgit und Petra

2 Hamburg 61, Grotkoppelweg 21
Die Beerdigung fand am Donnerstag, dem 27. Februar 1975, in Hamburg-Ohlsdorf statt.

Was Gott tut, das ist wohlgetan!

Am 10. Februar 1975 entschlief meine liebe Jugendfreundin, Patentante und Verwandte

Ida Kaufmann
85 Jahre alt.
aus Gr. Skirlack, Kreis Darkehmen
zuletzt 2148 Zeven/Bremen

In stillem Gedenken
Meta Radßun, geb. Skribeleit

3 Hannover-Herrenhausen, Obentrautstraße 48

Am 9. Februar 1975 verstarb nach langem Leiden unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Omi, Frau

Louise Schneidereit
geb. Stannull
Labiau (Ostpreußen), Dammstraße 10

In stiller Trauer
Kurt Schneidereit und Frau Edith,
geb. Greilich
Werner Schneidereit und Frau Gerda,
geb. Hadeler
und Enkelkinder

28 Bremen 66, Robbenplate 17 und Scharhörn 5

Die Liebe höret nimmer auf.

Unerwartet und für mich unfaßbar verschied mein Leben erfüllt von Treue, Pflicht und Hilfsbereitschaft am 4. Februar 1975 mein über alles geliebter Mann

Arno Papendick
Landwirt
aus Cullmen-Jennen (Memelland)

Er folgte nach 30 Jahren unserem einzigen Sohn Helmut in die Ewigkeit.

In tiefer Trauer
Elfriede Papendick
im Namen aller Angehörigen

643 Bad Hersfeld, Sturmiusstraße 4, im Februar 1975
Wir haben ihn in Bad Hersfeld zur letzten Ruhe gebettet.



Fern der Heimat verstarb nach kurzer Krankheit, am 17. Februar 1975, unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, liebe Oma, Schwester, Schwägerin und Tante

Hedwig Prahl
geb. Blank
geb. 7. 10. 1888
aus Lettau bei Waltersdorf, Kreis Mohrungen

In stiller Trauer
Anton Prahl und Frau Margarete
Klaus Braatz und Frau Irmgard (Wendesse)
Josef Hahn und Frau Walli
Kurt Raschke und Frau Paula
Benno Prahl und Frau Hulda
sowie neun Enkelkinder

Ferner gedenken wir unseres lieben Vaters
Anton Prahl
verstorben am 14. 3. 1955
unseres lieben Bruders
Alfred Prahl
gefallen 1943 in Rußland
unserer lieben Schwester
Hedwig Prahl
nach Rußland verschleppt

3154 Wendesse, Post Stederdorf, den 19. Februar 1975

Sei getreu bis in den Tod,
so will ich Dir die Krone des Lebens geben.
Offb. 2—10

Nach langer Krankheit entschlief heute sanft im 90. Lebensjahr

Dr. Herbert Rohde
letzter Regierungspräsident des Bezirks Gumbinnen

Wir danken ihm für alle Liebe und Güte.

Thea Rohde, geb. Jentges
Dr. Renate Rohde
Günter Rohde
Elisabeth Rohde, geb. Esch
und Enkel

415 Krefeld, den 14. Februar 1975
Westparkstraße 54

Nach einem langen, erfüllten Leben verließ uns unser gütiger Vater, Schwiegervater, Großvater und Urgroßvater

Reichsbahnoberinspektor i. R.
Hans Seyda
8. 1. 1877 — 18. 2. 1975

Er war bis zuletzt der geliebte Mittelpunkt seiner Familie.

In tiefer Trauer
Käte Lemke, geb. Seyda
Annemarie Rutz, geb. Seyda
Ilse Urbat, geb. Seyda
Willy Urbat
seine 3 Enkel und Urenkelin

2418 Ratzeburg, den 18. Februar 1975
Trauerhaus Rutz, Bergstraße 23



Plötzlich und unerwartet entschlief fern unserer geliebten ostpreußischen Heimat meine liebe und herzensgute Frau, Mutter und Oma, Schwägerin und Tante

Gertrud Kaspar
geb. Oertel
aus Hindenburg, Kreis Labiau

im 66. Lebensjahr.

In tiefer Trauer
Kurt Kaspar
nebst Angehörigen

24 Lübeck, Beerenweg 7

Herr, Dir in die Hände
sei Anfang und Ende,
sei alles gelegt.

Plötzlich und unerwartet entschlief heute mein lieber, guter Mann, unser herzensguter Vati, Schwiegervater und Opa

Emil Wach
* 24. 1. 1907 † 17. 2. 1975
aus Grenzdamm, Kreis Neidenburg

In tiefer Trauer
Elfriede Wach, geb. Samulowitz
Robert Katjejowsky und Frau Erika, geb. Wach
Josef Skupski und Frau Ilse, geb. Wach
Friedrich Wach und Frau Helga, geb. Mix
Thomas und Michael als Enkelkinder
und Anverwandte

43 Essen-Bredeney, Bredeneyer Straße 5

Die Beisetzung fand am Freitag, dem 21. Februar 1975, um 11 Uhr in der Kapelle des Bredeneyer Friedhofes an der Meisenburgstraße statt.

Nach einem Leben voll unermüdlicher Schaffensfreude und Sorge für die Seinen ging heute mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Großvater, Schwager und Onkel

Artur Mühlbrecht
aus Altsnappen, Kreis Schloßberg, Ostpreußen

nach langer, schwerer Krankheit, im 72. Lebensjahre für immer von uns.

In stiller Trauer
Ida Mühlbrecht, geb. Jegminat
Kinder und Enkelkinder

542 Lahnstein, Emser Landstraße 9, den 10. Februar 1975

Die Trauerfeier hat am 13. Februar 1975 auf dem Friedhof Lahnstein 1 stattgefunden.

Leben wir, so leben wir dem Herrn.
Sterben wir, so sterben wir dem Herrn.
Darum: wir leben oder sterben,
so sind wir des Herrn.

Dem Herrn über Leben und Tod hat es gefallen, heute unseren lieben Vater, Schwiegervater, Großvater, Urgroßvater, Bruder, Schwager und Onkel

Karl Jotzo
aus Funken, Kreis Lötzen (Ostpreußen)

im 86. Lebensjahr zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

In stiller Trauer
Fritz Jotzo, 673 Neustadt 16, Magdeburger Str. 8
Elli Jotzo, geb. Dudzek
Margarete Siebert, geb. Jotzo
673 Neustadt 16, Magdeburger Straße 10
Henning Siebert
Frida Alscher, geb. Jotzo
4 Düsseldorf, Corneliusstraße 78
Hertha Beindorf, geb. Jotzo
28 Bremen 66, Brüggerstraße 9
Georg Beindorf
Karl Jotzo, 673 Neustadt 16, Uhlandstraße 7
Liesel Jotzo, geb. Tebbing
Hans Jotzo
655 Bad Kreuznach, Rüdesheimer Straße 68
Betty Jotzo, geb. Fischer
Werner Jotzo, 3405 Rosdorf, Mengershäuserweg 8
Rita Jotzo, geb. Pieper

673 Neustadt 16, den 14. Februar 1975

Die Beerdigung hat am 18. Februar 1975 in Mußbach stattgefunden.

Wir trauern um den Heimgang unseres lieben Vaters, Schwiegervaters, Groß- und Urgroßvaters, Bruders, Schwagers und Onkels

August Kirschnick
aus Luxethen, Kreis Pr.-Holland, Ostpreußen

der am 5. Februar 1975 im 87. Lebensjahre von uns ging.

In stiller Trauer
Hedwig Fritz, geb. Kirschnick
Fritz Kirschnick und Frau Emmi
Paul Kirschnick und Frau Elfriede,
Kurt Pessel und Frau Ida, geb. Kirschnick
Fritz Kruse und Frau Gertrud, geb. Kirschnick
Rudolf Kirschnick
Kurt Sühs und Frau Edith

2152 Horneburg, Bürgermeister-Löhden-Straße 15

Nach einem erfüllten Leben ist mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Großvater, Urgroßvater und Bruder

Landwirt
Otto Zerulla
aus Moorbad Waldfrieden, Kreis Insterburg

im gesegneten Alter von 88 Jahren von uns gegangen.

In stiller Trauer
Martha Zerulla, geb. Perlbach
Gerhard Zerulla mit Familie
Else Schurkus mit Familie
Käthe Wendt mit Familie

8044 Unterschleißheim, den 10. Februar 1975
Alexander-Pachmann-Straße 11 a
Haus am Lohwald

Am 14. Februar 1975 entschlief nach einem tätigen Leben voller Hilfsbereitschaft und Güte meine Tante, Frau

Anneliese Lübbert
geb. Onezeit

kurz vor Vollendung ihres 88. Lebensjahres.

Während eines längeren Besuches in Bremen erlitt sie am 26. Januar 1975 einen Schlaganfall, an dessen Folgen sie am 14. Februar verstarb.

Nach ihrer Vertreibung aus Georgenswalde (Samland) 1947 fand sie in Süchteln (Rheinl) ein neues Zuhause, dem Leben bis zuletzt bei völliger geistiger und körperlicher Frische in allen Bereichen zugewandt.

Luise Weichert
und Angehörige

28 Bremen, Am Lehester Deich 32

Nach kurzer, schwerer Krankheit ging in Gottes Frieden heim unsere liebe Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

Dr. phil. Margarete Krebs
* 20. Dezember 1899 in Scharnigk, Ostpreußen
† 17. Februar 1975 in Düsseldorf
langjährige Direktorin der Agnes-Miegel-Schule

Im Namen aller Angehörigen
Dr. jur. Karl Krebs und Frau Dr. med. Hannelore geb. Hellbrügge
Maria Faensen, geb. Krebs
Hanna Krebs, geb. Splanemann
Anny Krebs, geb. Ohlwerther
Else Krebs, geb. Brinckschulte
Toni Krebs, geb. Cremer

4 Düsseldorf, Meerbusch, Berlin, Bonn und Rinteln
Trauerhaus 4005 Meerbusch, Rosenstraße 20

Die Exequien wurden am Montag, dem 24. Februar 1975, um 9 Uhr in der Kapelle des Johannes-Höfer-Heimes, Düsseldorf, Rather Broich 155, gehalten.
Die Beerdigung fand um 10.30 Uhr von der Kapelle des Nordfriedhofes aus statt.
Evtl. Blumenspenden werden zum Friedhof erbeten.

Das Ostpreußenblatt

Angola vor einer ungewissen Zukunft

Entlassung in die Unabhängigkeit im November birgt Gefahren und Probleme

Nach der Entlassung von Guinea-Bissau, Moçambique und der Capverdischen Inseln in jenen Zustand, den man ebenso häufig wie leichtsinnig als „die Freiheit" bezeichnet, hat die Junta in Lissabon nunmehr den Zeitpunkt dafür auch für Angola bestimmt. Damit aber ist nicht nur ein Punkt im politischen Konzept der neuen Machthaber in Portugal erfüllt, sondern vielmehr wurde auch ein in seiner Auswirkung katastrophales welt- und wirtschaftspolitisches Problem mit erneuter Deutlichkeit in den Raum gestellt.

Es besteht zwar kein Zweifel, daß mit den Ereignissen vom 25. 4. 74 in Portugal sich ein Vorgang wiederholt, der in Europa, ja in der Welt während des letzten halben Jahrhunderts geradezu Gesetzmäßigkeit gewonnen hat. Desolate Zustände unter dem Banner der Demokratie werden durch Diktatur ins Reine gebracht, jedoch wird in eben solchen Diktaturen im Rausch der neugewonnenen Macht schlechthin vergessen, daß, wenn überhaupt, die einzige Rechtfertigung einer Diktatur auf geschichtlicher und auch sittlicher Ebene nirgend anders als in der möglichst raschen Beendigung der eingeleiteten Maßnahmen zum Zwecke der Errichtung einer echten und vor allem besseren Demokratie liegen kann.

Die Durchführung einer solchen Überlegung hatte Dr. Oliveira Salazar spätestens seit dem Jahre 1928 versäumt, und sein Nachfolger Gaetano, einst gemäßigter Oppositioneller im Regime Salazar, besaß nicht das Durchsetzungsvermögen, um diesen Schritt insbesondere auf dem Gebiet der Innenpolitik trotz der übergroßen Verspätung zu vollziehen.

Einzig im Bereich außenpolitischen Handelns gelang es bereits Salazar und in der Folge vor allem Caetano, die dem damaligen portugiesischen System anhaftende Sterilität bedingt durch ein klares und unmißverständliches anti-marxistisches Konzept zu durchbrechen. Hierbei kamen dem portugiesischen Staat der Vergangenheit seine überseeischen Besitzungen insbesondere in Afrika hilfreich entgegen. „Im Kampf", so schrieb vor noch nicht allzu langer Zeit einer der Vertreter Portugals bei den Vereinten Nationen, „der die Welt zerteilt — in die westliche auf der einen, und in die östliche auf der anderen Seite — besitzt Portugal auf Grund der wechselvollen Schicksale der Geschichte und der geographischen Realitäten die zum Überleben der westlichen Welt notwendigsten Schlüsselpositionen".



... mit Waffen aller Art...

Wie recht er damit hatte, ist, vor allem im Hinblick auf Afrika, aus den Fakten ersichtlich, daß auf der maritimen Route aus den Ländern des Nahen Ostens, durch den Kanal von Moçambique, um das Kap und in den Atlantik und hin schließlich zu den Häfen Westeuropas täglich 200 bis 300 Schiffe fahren, daß täglich ungefähr 2 Millionen Tonnen Öl auf dieser Route befördert werden, und daß davon ca. 65 Prozent nach Westeuropa gelangen. Diese Route aber wurde in der Vergangenheit neben der Beteiligung Südafrikas hauptsächlich von Portugal durch seine Präsenz in den überseeischen Provinzen Moçambique, Angola, São Tomé, Guinea-Bissau und auf den Capverdischen Inseln vor allem militärisch geschützt.

Darüber hinaus resultierte aus diesem schützenden Gürtel die für die Seestreitkräfte der NATO so dringend benötigte Verlängerung ihres maritimen Einflußbereiches über den Äquator hinweg, nicht zuletzt angesichts eines innerhalb der letzten 10 Jahre um ein Vielfaches angewachsenen Potentials der sowjetischen Streitkräfte auf den Meeren der Welt.

Genau diese ökonomisch-strategisch unentbehrliche Schlüsselposition aber war der Sowjetunion auf ihrem Weg zur imperialistischen Machtentfaltung von jeher ein mächtiger Dorn im Auge, und mit allen den kommunistischen Herrschaftsbereichen zur Verfügung stehenden Agitationsmitteln erging in der Vergangenheit über Portugal eine wahre Flut an Diffamierungen, die nicht zuletzt bei den nützlichen Mitläufern des Kremls im westlichen Teil der Welt eifrige Claqueure fand.

Den zum beharrlichen Warten auf endgültige „Lösungen" in ihrem Sinne programmierten Machthabern der Sowjetunion mußte, als nach dem 25. 4. 1974 die angestrebte „Lösung" ihnen wie ein reifer Apfel in die Hände fiel, förmlich das Herz im Leibe lachen. Das harakirihafte Verhalten des Monokelträgers Spinola zum einen und die Aktionen der zum größten Teil kommunistisch durchsetzten „Bewegung der Streitkräfte" zum anderen haben mit teuflischer Präzesion Stück um Stück dieses Schutzgürtels herausgebrochen und unter dem bis zum Erbrechen propagierten Deckmantel der marxistisch-leninistischen Humanität den Menschen dieser solchermaßen „befreiten" Territorien ein mehr als ungewisse Schicksal beschert. Moçambique geriet in die Hände des sowjetisch geprägten Raubaukenmusketiers Somora Machel, und Guinea-Bissau zusammen mit den Capverdischen Inseln ist gänzlich in die Abhängigkeit des Sowjetimperiums geraten, das dann auch nicht lange mit „qualifizierten Beraterstäben" auf sich warten ließ.

Gewissermaßen als Schlußpunkt dieser tragischen, weil im gleichen Maße aus Dummheit und aus eiskalter taktischer Überlegung entstandenen Entwicklung bildet die Entlassung Angolas in die Unabhängigkeit, die im November dieses Jahre unter der Führung des von der roten Junta in Lissabon bewußt eingesetzten Stadthalters in Luanda, des Admirals und Marxisten Rosa Coutinho, durchgeführt werden soll.

Die besondere Tragik dieses zu erwartenden Ereignisses liegt vor allem darin begründet, daß keine der überseeischen Provinzen Portugals das „antiimperialistische" Gezeter, angefangen von der Sowjetunion bis hin zu den christlichen Kirchen der westlichen Hemisphäre, weniger rechtfertigt als das Territorium Angola.

Als die Weltöffentlichkeit zum ersten Male in den Jahren 1961/62 von Unruhen in den Nordprovinzen dieses Landes, das etwa das Fünffache der Bundesrepublik ausmacht, erfuhr, war, obwohl eben diese Unruhen weit weniger den Portugiesen als den stammespolitischen Fehden angelastet werden mußte, die damalige Regierung in Lissabon nicht untätig geblieben. Spät, doch gemessen an der Bedeutung der Aufgabe nicht zu spät, begann man sich dessen zu erinnern, was den eigentlichen Kern portugiesischer Geschichte ausmacht — nämlich Integration! Das Ministerium für die Überseeprovinzen stellte sich von da an zur Aufgabe, weniger der sog. Weltöffentlichkeit, als vor allem den Bewohnern der afrikanischen Provinzen, und innerhalb eines Stufenprogrammes vor allem den Angolanern, klarzumachen, daß wahrer Fortschritt in diesen Territorien, die häufig wenig über die Endphase der Steinzeit hinausgekommen sind, bei technisch-zivilisatorischer Entwicklung nur unter größter Beachtung ethnischer d. h. spezifisch afrikanischer Gegebenheiten möglich ist. So entstand der Gedanke der „multirassialen Gesellschaft" und dessen Durchführung. Die Leistungen dieser großartigen Idee, der insbesondere jeglicher Rassismus und damit die Grundlage jeglicher anti-imperialistischer Propaganda fehlte, ist vor allem für den Kenner Afrikas ein unumstrittener Fakt.



Guerilla-Kämpfer unterschiedlicher Gruppen...

Der ärztliche Beistand, der der Bevölkerung den in allen afrikanischen Ländern gleichermaßen benötigten kollektiven Gesundheitsschutz und die medizinische Fürsorge sichern sollte, verfügte bis zum 25. 4. 74 über unzählige besondere Behandlungsstellen zur Bekämpfung von Schwindsucht und Lepra. Dazu gesellten sich weitreichende Organisationen zur Bekämpfung der Beulenpest. Das Netz der ärztlichen Fürsorge in Angola verfügte über 4 zentrale Krankenhäuser, 1 sekundäres Krankenhaus auf zentraler Ebene, 11 regionale Krankenhäuser, 3 sekundäre regionale Krankenhäuser, 64 Landkrankenhäuser und 306 Sanitätsposten. Daneben bestanden 2 Psychiatrische Kliniken, 2 Sanatorien, 12 Leprakrankenhäuser, 27 Entbindungsanstalten und insgesamt 23 medizinische Beratungsstellen. Die bis zum Zeitpunkt des Umsturzes bestehenden privaten Anstalten umfaßten 80 Krankenhäuser, 9 Lepra-Stationen, 16 Entbindungsanstalten und eine Vielzahl an ärztlichen Beratungsstellen. Die öffentliche Fürsorge verfügte über 28 Anstalten für Kinder und über 17 solcher Anstalten für Erwachsene. Die Zahl der insgesamt zur Verfügung gestandenen Betten zur medizinischen Betreuung belief sich auf 15 037. Dazu standen medizinische Geräte modernster Ausfertigung in solcher Anzahl zur Verfügung, die oftmals europäische Maßstäbe zurückstehen ließ.

Nicht minder erfolgreich war die Arbeit Lissabons im Bereich von Erziehung und Unterricht. Im Jahre 1971 gab es im ganzen bereits 5 166 Unterrichtsanstalten, unterteilt in Grundschulen, Mittelschulen und Oberschulen, zu denen sich 1969 die Universität Luanda gesellte. Insgesamt standen zu jenem Zeitpunkt 15 682 Lehrer für 483 134 Schüler zur Verfügung, Zahlen, die jeden anderen „befreiten" Staat Afrikas vor Neid erblassen ließen. Vergleichszahlen zum Analphabetentum z. B. im benachbarten Zaire unterstreichen die hervorragende Arbeit der Portugiesen hinsichtlich ihrer Bildungsarbeit in Übersee.

Neben den Lehrgängen zur Ausbildung der öffentlichen Beamtenschaft bestanden Ausbildungsmöglichkeiten in den verschiedensten Berufen wie zivile Luftfahrt, Vermessungs- und Fernmeldewesen, Krankenpflege, etc.

Die enorme Ausdehnung Angolas mit den entsprechenden Klima- und Bodenverschiedenheiten bot und bietet die Möglichkeit einer maximalen landwirtschaftlichen Nutzung. Infolge der günstigen Bedingungen in manchen Gegenden und durch die erfolgreichen Versuche zur Beseitigung von Krankheitserregern durch einen vorbildlich durchgeführten veterinärmedizinischen Dienst bietet Angola enorme Möglichkeiten zur Zucht eines weltbedeutenden Viehbestandes, der sich im Augenblick auf 4 Millionen — in der Hauptsache Rinder — beläuft. Tierprodukte stellen einen weiteren wichtigen Wirtschaftszweig Angolas dar.

Ein besonderes Gepräge erhält Angola durch seinen technisch gut entwickelten Bergbau im Hinblick auf Diamanten, Eisen und Kupfererze und des so bedeutungsvollen Erdöls. Auch die verarbeitende Industrie besaß bis zur Mitte des vergangenen Jahres eine große Reihe tätiger Zweige wie Zement- und Asbestverarbeitung, Schiffsbau, Erdölraffinerien, Textilerzeugnisse, Holzverarbeitung und vieles andere mehr.

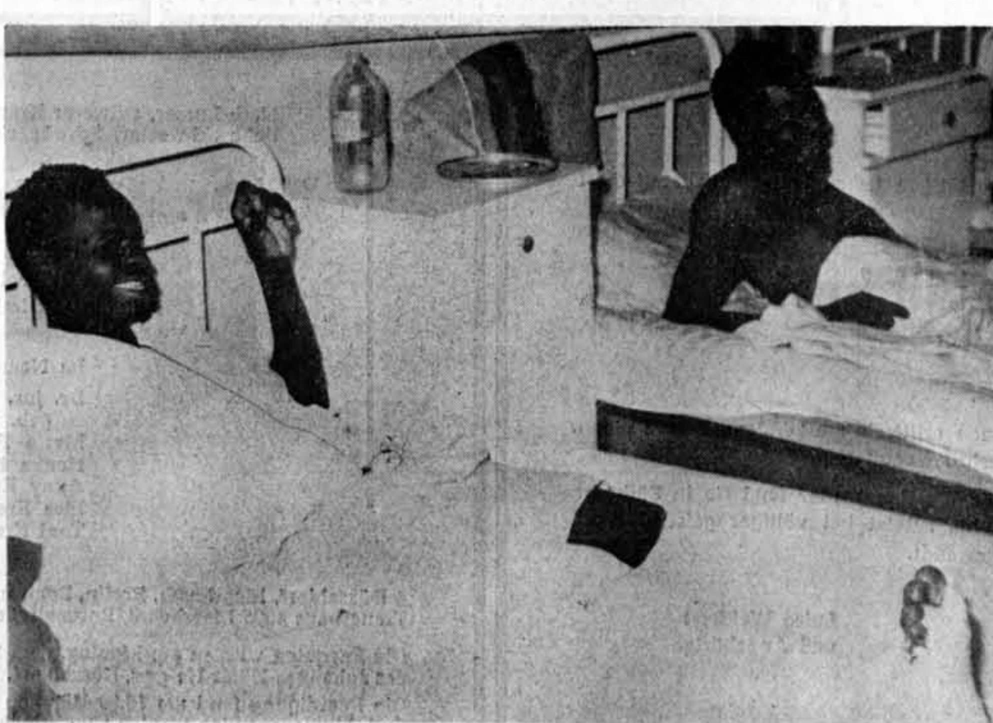
Eine der reichsten Energiequellen Angolas besteht zweifellos in der außerordentlich großen Reserve an Wasserkraft, die ungefähr 5 Pozent der gesamten Wasserkraftreserve Afrikas ausmacht. Bis jetzt stehen in Angola 46 Wasserkraftzentralen, die über drei Viertel des normalen Verbrauches des Territoriums decken. Der restliche Teil der benötigten Energie wird in 832 Wärmekraftwerken erzeugt. Die wichtigsten Staudämme sind die von Biopio, Mabubas, Matala, Luachimo, Lomaum und Cambambe, der einer der größten des gesamten afrikanischen Kontinents ist und mehr Energie erzeugen kann als alle Wasserkraftwerke in Portugal zusammen. Schließlich ist noch der im Lauf des vergangenen Jahres fertiggestellte Cunene-Damm zu erwähnen.

Solches sind die Fakten der so viel geschmähten Arbeit der Portugiesen in nur einem Teil ihrer Besitzungen in Afrika, und dergestalt ist das Erbe beschaffen, um das sich nach hastiger und gedankenloser, provisorischer Übergabe die ehemaligen Rebellen, die wie eh und je kaum von der Gesamtbevölkerung Angolas getragen werden, in ihren verschiedenen Formationen streiten.

Da ist zum einen die MPLA, die „Volksbewegung für die Befreiung Angolas", mit ihrem militanten und Moskau sehr wohlgefälligen kommunistischen Führer Dr. Neto. Das ist zum anderen die FNLA, die „Nationale Front zur Befreiung Angolas", unter ihrem sattsam bekannten Guerillaführer Roberto Holden, der in der Hauptsache Unterstüzung aus dem nahegelegenen Zaire bezieht, aber ungeachtet dessen sowohl auf das sowjetische als auch auf das chinesische, wenn nicht gar auf das amerikanische Pferd zu setzen vermag. Und da ist schließlich die Bewegung des Dr. Savimbi, die sich UNITA nennt und aus einer Abspaltung von der MPLA formierte. Die UNITA allerdings scheint im Augenblick, was die Zahl der Anhänger anbetrifft, die populärste Gruppierung zu sein. Ihre Ziele bieten trotz marxistischer Tendenz bei weitem das gemäßigtere Programm, und nicht wenige der rund 600 000 weißen Bewohner Angolas haben sich in der Hoffnung auf ein angolanisches Brasilien Dr. Savimbi und seinen Freischärlern angeschlossen.

Dennoch aber bleibt zu erkennen, daß wieder einmal mehr im Entwicklungsprozeß der afrikanischen Völker ein Umstand eine ganz entscheidende Rolle spielt — eine hauchdünne Oberschicht gelangt zur Macht und zögert nicht, im Rahmen ganz spezifisch europäischen Machtdenkens, gepaart mit einem oft unerträglichen schwarzen Rassismus, die wirklichen Bedürfnisse der Bevölkerungen zu mißachten. Dieser Umstand erhält vor allem in Angola angesichts der dortigen ethnischen Vielfalt und nie zu Ende gegangenen Stammesrivalitäten eine zusätzliche Bedeutung. Vom Norden zum Süden sind rund 14 verschiedene Sprachen anzutreffen, das einigende Ferment aber ist und bleibt in allen Bereichen, im Bösen wie im Guten, die portugiesische Sprache, der lusotropicale Geist. Die neuen Herren im Lande sollten dies beachten.

PA



... lassen Zweifel an der demokratischen Zukunft Angolas entstehen: Patientenzimmer in einem der fast 200 von Portugal eingerichteten Krankenhäuser

Fotos (3) Achtmann